

# Studien zur Deutschen und Europäischen Außenpolitik



*Die griechische außenpolitische  
Identität im Namenskonflikt mit  
Mazedonien und im Kosovo  
Krieg*

Von Christos Katsioulis

10/2002

---

Herausgegeben vom Lehrstuhl Internationale  
Beziehungen/ Außenpolitik, Universität Trier

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>1</b>
<b>Zur Schreibweise griechischer Namen und Begriffe</b>	<b>4</b>
<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>5</b>
<b>1.1. Relevanz und Fragestellung</b>	<b>5</b>
<b>1.2. Fallstudienauswahl</b>	<b>7</b>
<b>1.3. Aufbau</b>	<b>7</b>
<b>2. THEORIE UND METHODE</b>	<b>10</b>
<b>2.1. Theorie</b>	<b>10</b>
2.1.1. Konstruktivismus	10
2.1.2. Identitätsansatz	11
2.1.2.1. Identität	12
2.1.2.2. Diskurs	13
<b>2.2. Methode</b>	<b>15</b>
2.2.1. Einleitung	15
2.2.2. Diskursanalyse	16
<b>3. VORSTUDIEN</b>	<b>19</b>
<b>3.1. Einführung in die Geschichte des neugriechischen Staates</b>	<b>19</b>
3.1.1. Von der Revolution 1821 bis zur kleinasiatischen Katastrophe 1923	20
3.1.1.1. Η Μεγάλη Ιδέα – Die Große Idee	21
3.1.1.2. Die Balkankriege und der I. Weltkrieg	23
3.1.1.3. Die Kleinasiatische Katastrophe	25
3.1.2. Von der kleinasiatischen Katastrophe 1923 bis zum Ende der Diktatur 1974	25
3.1.2.1. Die Metaxas-Diktatur	26
3.1.2.2. Der II. Weltkrieg	27
3.1.2.3. Der griechische Bürgerkrieg 1944-1949	29
3.1.2.4. Die „gezähmte“ Demokratie	31

3.1.2.5. Die Militärdiktatur 1967-1974	32
<b>3.2 Außenpolitisches Verhaltensprofil Griechenlands</b>	<b>35</b>
3.2.1 Sicherheitspolitik	36
3.2.2 Europapolitik	41
3.2.2.1. Griechische Positionen in der EU	43
3.2.2.1. Griechische Verhandlungspositionen zu den wichtigen europäischen Vertragswerken	46
3.2.3 Wirtschaftspolitik	47
<b>3.3. Diskursprofil</b>	<b>49</b>
3.3.1. Griechischer Diskurs über den EG-Beitritt 1976-1979	49
3.3.1.1. Einleitung	49
3.3.1.2. Die Befürworter des EG-Beitritts	50
3.3.1.3. Die Gegner des Beitritts	53
3.3.1.4. Zusammenfassung	56
3.3.1.5. Identitätselemente aus der EG-Debatte	58
3.3.2. Überprüfung der Identitätselemente aus 3.3.1. anhand der Sekundärliteratur	59
3.3.3. Besonderheiten der griechischen Diskursstruktur	63
<b>4. FALLSTUDIEN</b>	<b>67</b>
<b>4.1. Fallstudie 1: Der Namenskonflikt mit Mazedonien</b>	<b>67</b>
4.1.1. Fallstudienkontext und das griechische Verhalten im Konflikt	68
4.1.2. Analyse des Mazedonien-spezifischen Diskurses	76
4.1.2.1. Innenpolitischer Diskurskontext, Diskursverlauf und Analyseraster	76
4.1.2.2. Die Akteure	78
4.1.2.3. Von der Unabhängigkeitserklärung FYROMs bis zur griechischen Parlamentswahl	79
4.1.2.4. Von der Parlamentswahl bis zum Abschluss des Interim-Abkommens	90
4.1.3. Synthese: Identität, Diskurshegemonie und Verhalten	98
4.1.3.1 Identität und Diskurs	98
4.1.3.2 Identität und Verhalten: Kontinuität und Wandel	101
<b>4.2. Fallstudie 2: Der Kosovo - Konflikt</b>	<b>103</b>
4.2.1. Fallstudienkontext und das griechische Verhalten im Konflikt	103

---

4.2.2. Analyse des Kosovo-spezifischen Diskurses	113
4.2.2.1. Innenpolitischer Diskurskontext, Diskursverlauf und Analyseraster	113
4.2.2.2. Die Akteure	115
4.2.2.3. Februar 1998 bis zum 24. März 1999 – Der Diskurs schwelt	115
4.2.2.4. 24. März 1999 bis Juni 1999 – Der Diskurs kocht	120
4.2.3. Synthese: Identität, Diskurshegemonie und Verhalten	132
4.2.3.1 Identität und Diskurs	132
4.2.3.2 Identität und Verhalten: Kontinuität und Wandel	137
<b>4.3. Vergleich der Fallstudien</b>	<b>138</b>
4.3.1. Die Akteure	138
4.3.2. Die Identitätselemente und die Diskursmuster	138
<b>5. FAZIT</b>	<b>143</b>
<b>6. BIBLIOGRAPHIE</b>	<b>146</b>
<b>6.1. Dokumente und Presse</b>	<b>146</b>
<b>6.2. Sekundärliteratur</b>	<b>148</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>172</b>

### ***Zur Schreibweise griechischer Namen und Begriffe***

In der vorliegenden Arbeit werden sehr viele griechische Namen und Begriffe verwendet. In einzelnen Fällen werden dabei aus Gründen der Authentizität griechische Buchstaben verwendet und die Transkription in lateinische Buchstaben in Klammern hinzugefügt. Im Normalfall soll aber das lateinische Alphabet benutzt werden. Dabei wird nach der untenstehenden Tabelle transkribiert, um einen einheitlichen Eindruck von der griechischen Schreibweise geben zu können. Auf Akzente wird dabei gänzlich verzichtet.<sup>1</sup> Lediglich bei im Deutschen gebräuchlichen Ortsangaben und Zitaten wird von diesem Muster abgewichen.

<b>Griechisch</b>	<b>Lateinisch</b>	<b>Griechisch</b>	<b>Lateinisch</b>
A, α	A, a	Ν, ν	N, n
B, β	B, b	Ξ, ξ	X, x
Γ, γ	G, g	Ο, ο	O, o
Δ, δ	D, d	Π, π	P, p
E, ε	E, e	Ρ, ρ	R, r
Z, ζ	Z, z	Σ, σ, ς	S, s
H, η	Î, î	Τ, τ	T, t
Θ, θ	Th, th	Υ, υ	U, u
I, ι	I, i	Φ, φ	F, f
K, κ	K, k	Χ, χ	Ch, ch
Λ, λ	L, l	Ψ, ψ	Ps, ps
M, μ	M, m	Ω, ω	Ô, ô

<sup>1</sup> Es handelt sich dabei also nicht um eine aussprachegerechte Wiedergabe der griechischen Worte. Vgl. dazu: PONS (1997), *Kompaktwörterbuch: Neugriechisch - deutsch, deutsch - neugriechisch. Vollständige Neuentwicklung*. Stuttgart u.a.: Ernst Klett Verlag, S. XIII-XVI.

# 1. Einleitung

## 1.1. Relevanz und Fragestellung

Die griechische Politik seit dem Beginn der Kriege im ehemaligen Jugoslawien wird oft mit einem Bild aus der Mythologie umschrieben: Das Schiff des Odysseus, der den Gesängen der Sirenen verfiel, ihren Verlockungen aber nicht nachgeben konnte, weil er sich wohlweislich an den Mast seines Schiffes hatte binden lassen. Im Fall der griechischen Politik werden die Sirenen mit den nationalistischen und irredentistischen Versuchungen auf dem Balkan gleichgesetzt, während der Schiffsmast für Europa steht.

Griechenland stellt innerhalb der europäischen Staaten unbestritten einen Sonderfall dar. In der Forschungsliteratur, aber auch in den Zeitungen und Zeitschriften Westeuropas, wird es allzu oft mit Begriffen wie „schwarzes Schaf“<sup>2</sup>, „odd man out“<sup>3</sup> oder „European Paradox“<sup>4</sup> belegt. Im europäischen Kontext gilt es als rückständig, unberechenbar und ständiger Unruheherd.

Zwei besonders augenfällige Beispiele für die griechische Sonderrolle in Europa sind der Namenskonflikt mit Mazedonien und der Kosovo Krieg. In beiden Fällen bewegte sich die griechische Politik am Rande des europäischen Konsenses, wobei sie im Falle Mazedoniens teilweise weit jenseits desselben war. Angesichts der kaum nachvollziehbaren griechischen Außenpolitik stellt sich die Frage, ob und wo das moderne Griechenland einen Platz in der Europäischen Union hat. Genauer gefragt: Was bindet Griechenland an Europa? Um ins Bild zurückzukehren: Welcher Teil Griechenlands verfällt den Sirenen und welcher greift selbstständig zum Mast?

Die Grundfrage der vorliegenden Arbeit ist deswegen folgende: Auf welchen ideellen Grundlagen basiert die griechische Politik oder – anders gefragt – wie wird griechische Politik legi-

---

<sup>2</sup> Kalypso Nicolaïdis (1997), "What is the Greek Paradox?" In: *The Greek Paradox. Promise vs. Performance*, Graham T. Allison und Kalypso Nicolaïdis (Hrsg), S. 1-22. Cambridge Mass.: MIT Press, S. 2.

<sup>3</sup> Elias Mossialos und Achilleas Mitsos (2000), "Contemporary Greece and Europe: Introduction and Synopsis." In: *Contemporary Greece and Europe*, Elias Mossialos und Achilleas Mitsos (Hrsg), S. 3-30. Aldershot: Ashgate, S. 4.

<sup>4</sup> Christos Markou, George Nakos und Nikolaos Zahariadis (2001), "Greece: A European Paradox." In: *The European Union and the Member States. Cooperation, Coordination, and Compromise*, Eleanor E. Zeff und Ellen B. Pirro (Hrsg), S. 217-233. Boulder: Lynne Rienner.

timiert? Der dabei verwendete Ansatz ist der im PAFE<sup>5</sup> – Projekt am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik der Universität Trier entwickelte Identitätsansatz. Ausgehend von einer Analyse der griechischen außenpolitischen Identität anhand der beiden ausgewählten Fällen wird zunächst der Verhaltensspielraum griechischer Außenpolitik umrissen. Damit kann das Verhalten Griechenlands in den beiden Fallstudien zwar nicht erklärt, aber verstanden und plausibilisiert werden.<sup>6</sup> Mit der Erarbeitung einer griechischen außenpolitischen Identität sollen anschließend Aussagen über die ideelle Basis der griechischen Außenpolitik gemacht werden und in einem Ausblick Annahmen über den zukünftigen Kurs Griechenlands getroffen werden können. Der empirische Ertrag der Arbeit besteht in einer systematischen Analyse der ideellen Grundlagen griechischer Außenpolitik – der griechischen nationalen Identität..

Der zweite Beitrag, den diese Arbeit leistet, ist ein Indiz dafür zu liefern, dass der Ansatz von PAFE dazu beitragen kann, Außenpolitik zu verstehen, selbst wenn diese – wie im griechischen Fall – durch andere Erklärungsansätze nur schwer erfasst werden kann.

Die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse der griechischen Identität stellt sich nicht nur wegen der offenkundigen ‚Verhaltensanomalien‘, sondern auch angesichts des Forschungsstandes auf diesem Gebiet. Zwar gibt es zahlreiche Artikel und auch einige Monographien über griechische „Identität“, „Kultur“, u.ä., aber diese konzentrieren sich entweder nur auf einen Teilaspekt oder verfügen zumeist nicht über ein stringentes und in sich schlüssiges theoretisches Konzept, sondern verfolgen eher eine historisierende Linie, die teils intuitiv, teils klischeehaft, teils anekdotisch ‚belegt‘ wird.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe.

<sup>6</sup> Vgl. zum Unterschied zwischen Erklären und Verstehen: Anna Jóhannesdóttir (1999), *Vergleich als Methode*. Vol. 3 *PAFE-Arbeitspapier*. Trier: Universität Trier; Bernhard Zangl (1999), *Interessen auf zwei Ebenen: internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik*. Baden-Baden: Nomos, S. 15-18.

<sup>7</sup> Vgl. beispielsweise: Graham T. Allison und Kalypso Nicolaïdis (1997) (Hrsg), *The Greek Paradox. Promise vs. Performance*. CSIA Studies in International Security: Vol. Cambridge Mass.: MIT Press; Gustav Auernheimer (2001a), "Fallmerayer, Huntington und die Diskussion um die neugriechische Identität." In: *Griechenland zwischen Tradition und Moderne. Zur politischen Kultur eines europäischen Landes*, Gustav Auernheimer (Hrsg), S. 127-150. Baden-Baden: Nomos; Gerasimos Augustinos (1989), "Culture and Authenticity in a small state: Historiography and National Development in Greece." In: *East European Quarterly*, Vol. XXIII, Nr. 1, S. 17-31; George Babiniotis (1995), "The Blending of Tradition and Innovation in Modern Greek Culture." In: *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Dimitri Conostas and Theofanis G. Stavrou (Hrsg), S. 223-252. Washington: The Woodrow Wilson Center Press; K. Kotsiopoulos (1998), *Orthodoxy and Europe*. Thessaloniki: Hellenic College of Thessaloniki; Thanos Lipowatz (1993), "Orthodox Christianity and Nationalism: Two Aspects of the Modern Greek Political Culture." In: *Greek Political Science Review*, Vol. 2, S. 31-47; Nikos Mouzelis (1994), *Der Nationalismus in seiner äußersten Entwicklung*. Athen: Themelio (in gr); Damianos Papadimitropoulos (1991), "Der Balkan und Wir." In: *Politis*, Vol. 115 (Okt. 1991), S. 77-94 (in gr).

## 1.2. Fallstudienauswahl

Die Auswahl der beiden Fallstudien kann mit dem allgemeinen Wechsel, der in der griechischen Außenpolitik im Jahr 1995 festgestellt wird, gerechtfertigt werden. Quer durch die Literatur zieht sich die Einschätzung, dass sich Griechenland zwischen 1990 und 1995 wie ein Balkanstaat verhalten hat und erst nach 1995 ein europäisches Profil an den Tag gelegt hat.<sup>8</sup> Da in beiden Fällen die Politiken von der griechischen außenpolitischen Identität gedeckt sein müssen und mit Rekurs auf dieselbe begründet und legitimiert werden, erscheint es notwendig, diese Fälle zu untersuchen.

In beiden Fällen hat eine breite öffentliche Debatte stattgefunden. Sowohl Mazedonien, als auch der Kosovo fallen regional in einen Bereich, der in der griechischen Politik und Öffentlichkeit einen besonderen Raum einnimmt. Ebenso wie die Politik gegenüber der Türkei und diejenige hinsichtlich Zyperns, genießt auch der Balkan besondere Aufmerksamkeit. Die sicherheitspolitischen Aspekte in diesen Bereichen werden in Griechenland unter der Rubrik „Εθνικά Θέματα“ (Ethniká Themata - Nationale Themen) diskutiert.<sup>9</sup> Ihre Darstellung und Diskussion wird sowohl in den Medien als auch im Parlament prioritär behandelt, und es wird auch großen Wert darauf gelegt, diesen Themen genügend Raum in der ausländischen Presse einzuräumen, um Verständnis von seinen europäischen und amerikanischen Partnern zu bekommen und die jeweilige Diaspora zu mobilisieren.<sup>10</sup>

Zudem lassen sich die beiden Fälle verschiedenen Politikfeldern zuordnen: Die Mazedonien – Fallstudie fällt in den europapolitischen Bereich, während es sich bei Kosovo um einen sicherheitspolitischen Fall handelt.

## 1.3. Aufbau

Die theoretische Grundlage bildet - wie oben erwähnt - das Identitätskonzept; das zentrale methodische Instrument ist die Diskursanalyse. Dazu wird in einem ersten Schritt dieser Ansatz und seine Methodik vorgestellt. Anschließend werden als Vorstudien ein Verhaltensprofil und ein Diskursprofil Griechenlands erstellt. Ersteres dient einer Orientierung des allgemei-

---

<sup>8</sup> Damit sollte ausgedrückt werden, dass die griechische Politik bis 1995 eher irrational und ab 1995 eher rational erschien. Vgl. Panagiotis C. Ioakimidis (2000), "The Europeanisation of Greece's Foreign policy: Progress and Problems." In: Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), *Contemporary Greece and Europe*, S. 359-372, Aldershot: Ashgate, S. 360.

<sup>9</sup> Vgl. dazu: R. Panagiotopoulou (1997), "Greeks in Europe: Antinomies in National Identities." In: *Journal of Modern Greek Studies*, Vol. 15, Nr. 2, S. 350-370, S. 357f., FN 9.; [http://www.greekwwf.com/national\\_issues/cyprus.htm](http://www.greekwwf.com/national_issues/cyprus.htm); vgl. auch den Aufbau des Vortrags des griechischen Präsidenten: Constantine Stephanopoulos (1997), "Issues of Greek Foreign Policy." In: *The Greek Paradox. Promise vs. Performance*, Graham T. Allison und Kalypso Nicolaïdis (Hrsg), S. 135-144. Cambridge Mass.: MIT Press.

<sup>10</sup> Evangelos Benizelos (1996), *Massenmedien . Demokratie und Außenpolitik. Das Dreieck der Spannung*. Athen: Nea Sunora - A. Libani, S. 194f.. (in gr.)



nen außenpolitischen Verhaltens Griechenlands; es ist in die Bereiche Sicherheit, Europa und Wirtschaft unterteilt. Aufgrund des Umstandes, dass die jüngere griechische Geschichte in Deutschland weitgehend unbekannt ist, in den Diskursen jedoch ständig darauf rekurriert wird, werde ich dem Verhaltensprofil eine Einführung in die neugriechische Geschichte voranstellen.

Für die Erstellung des Diskursprofils werden folgende Vorstudien angefertigt. Als historischer Diskurs, der eine erste Identifizierung von Identitätselementen aus der Sekundärliteratur ermöglicht, wird die Debatte um den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gewählt. Diese ist zeitlich klar einzugrenzen (1976-1979), in der Sekundärliteratur breit behandelt und sowohl wirtschaftspolitisch, als auch sicherheitspolitisch (die EG als Alternative zur NATO, aus der Griechenland kurz vorher teilweise ausgetreten war) relevant.<sup>11</sup> Die Elemente, die in dieser Debatte identifiziert werden, können in einem kurzen Unterkapitel (3.3.2.) anhand der allgemeinen Sekundärliteratur getestet werden. Methodisch gesehen wäre es korrekt, die in der ersten historischen Debatte herausgearbeiteten Identitätselemente durch die Analyse einer zweiten Debatte abzusichern. Diese müsste zeitlich in genügendem Abstand liegen und zwar möglichst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die Zeitspanne, die untersucht werden kann, ist aber relativ kurz, da erst seit 1974 demokratische Verhältnisse in Griechenland herrschen.<sup>12</sup> Zudem wird die wichtigste Debatte direkt nach Ende des Kalten Krieges in der ersten Fallstudie behandelt. Aus diesem Grund habe ich diesen ‚methodischen Feldweg‘ gewählt.

Nach diesen Vorstudien folgen im Kapitel 4 die beiden Fallstudien. Die Analyse der Fallstudien verläuft parallel. In einem ersten Unterkapitel wird das fallstudienpezifische Verhalten Griechenlands dargestellt. Im zweiten Unterkapitel erfolgt die Analyse des jeweiligen Diskurses. Die Diskurse habe ich in chronologische Abschnitte unterteilt, um dem Leser<sup>13</sup> die Übersicht über den Diskurs zu vereinfachen. Im dritten Unterkapitel findet eine Synthese zwischen dem analysierten Diskurs, den aus den Vorstudien gewonnenen Identitätselementen und dem Verhalten in der Fallstudie statt und es wird versucht Aussagen über die Diskurshegemonie zu machen. Die Ergebnisse aus den beiden Fallstudien werden in Kapitel 4.3. miteinander verglichen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Diskursmustern, die sich durchsetzen konnten und ihrer jeweiligen Verknüpfung mit den Identitätselementen. Die Identitätselemente werden in

---

<sup>11</sup> Vgl. zu der sicherheitspolitischen Bedeutung der EG für Griechenland: Theodore A. Coulombis und Prodromos Giannas (1993), *Die Sicherheit Griechenlands im Umfeld nach dem Kalten Krieg*. Athen: Idrima Goulandri-Horn, S. 17f. (in gr.)

<sup>12</sup> Vgl. dazu das Kapitel 3.1.: ‚Einführung in die neugriechische Geschichte‘.

<sup>13</sup> Aufgrund des höheren Komforts beim Lesen wird auf die geschlechtsneutrale Sprache in dieser Arbeit verzichtet; dass die Erwähnung des Lesers auch die der Leserin mit einschließt, setze ich als selbstverständlich voraus.

diesem Kapitel in die von PAFE entwickelte Systematik der Identitätselemente eingeordnet.<sup>14</sup>

Zudem wird eine Priorisierung der Identitätselemente vorgenommen.

Im Kapitel 5 erfolgt schließlich eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte dieser Arbeit.

---

<sup>14</sup> Hanns W. Maull und Bernhard Stahl (2002), *Abschlussbericht des DFG-geförderten Projekts: "EUROPÄISCHE AUßENPOLITIK IM DYNAMISCHEN MEHREBENENSYSTEM"*. Trier, (<http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/bericht.pdf>), S. 15f..

## 2. Theorie und Methode

### 2.1. Theorie

Der in dieser Arbeit verwendete theoretische Ansatz ist der an der Universität Trier im „Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe“ (PAFE) von Henning Boekle, Jörg Nadoll und Bernhard Stahl entwickelte Identitätsansatz. Im Folgenden werden die konstruktivistischen Theorien in der Außenpolitikforschung, in die dieser Ansatz einzuordnen ist, kurz und holzschnittartig dargelegt. Darauf wird der Identitätsansatz vorgestellt, und im Unterkapitel „Methode“ (2.2.) die wesentlichen methodischen Instrumente erläutert.

#### 2.1.1. Konstruktivismus

Der Identitätsansatz wird in den Bereich der konstruktivistischen Theorien der Außenpolitik/Internationalen Beziehungen eingeordnet.<sup>15</sup> Der Konstruktivismus stellt ein Bündel von Theorien und Ansätzen dar, die sich vor allem in den Neunziger Jahren etabliert haben.<sup>16</sup> Dabei wird der Konstruktivismus teilweise als Ergänzung zu den traditionellen Theorien der Internationalen Beziehungen, teilweise als Konkurrenz dazu angesehen.<sup>17</sup> Er entstand vor allem aus der Aporie der ‚alten‘ Theorien der IB, das Ende des Kalten Krieges und das Verhalten der ‚Siegermächte‘ zu erklären. Daneben profitierte der Konstruktivismus von interdisziplinären Verbindungen in andere Richtungen, wodurch Anregungen, Ansätze und Methoden v.a. aus der Soziologie, Psychologie, oder auch anderen Disziplinen Eingang in die politikwissenschaftliche Analyse fanden.<sup>18</sup> Konstruktivistische Ansätze gehen ontologisch davon aus, dass es sich bei der sozialen Welt um ein Konstrukt handelt. „Was allgemein als „Realität“ bezeichnet wird, ist vielmehr eine soziale Konstruktion.“<sup>19</sup> Daraus folgt für ihre Epistemologie, dass gewonnene Erkenntnisse und Wissen ebenfalls konstruiert sind. Das Ziel kon-

---

<sup>15</sup> Zur Abgrenzung von rationalistischen und positivistischen Theorien werden diese Ansätze auch als post-positivistische oder post-rationalistische Ansätze bezeichnet. Vgl. Yosef Lapid (1989), "The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist-Area." In: *International Studies Quarterly*, Vol. 33, S. 235-254, S. 235.

<sup>16</sup> Christoph Weller (2000), *Die konstruktivistische Perspektive in den Internationalen Beziehungen. Ein Beipackzettel Tagungspapiere der Ersten Arbeitstagung der Ad-hoc Gruppe der DVPW "Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns" im Rahmen des DVPW-Kongresses in Halle am 5. Oktober 2000.*

<sup>17</sup> Emanuel Adler (1997), "Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics." In: *European Journal of International Relations*, Vol. 3, S. 319-363; Jeffrey T. Checkel (1998), "The Constructivist Turn in International Relations Theory." In: *World Politics*, Vol. 50, Nr. 2, S. 324-348; Ted Hopf (1998), "The Promise of Constructivism in International Relations Theory." In: *International Security*, Vol. 23, Nr. 1, S. 171-200.

<sup>18</sup> Vgl. Weller 2000.

<sup>19</sup> Nadoll, Jörg (2001), *Diskursanalyse und Außenpolitikforschung*; PAFE-Arbeitspapier, Band 2, Trier. ([http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe\\_texte.htm](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe_texte.htm)).

struktivistischer Ansätze ist es deshalb, die Entstehung und Wirkung dieser Konstrukte zu beschreiben und zu verstehen.

Ihnen ist allen die Annahme gemeinsam, dass Akteur und Struktur kodeterminiert sind<sup>20</sup>, dass die Unterscheidung zwischen unabhängiger und abhängiger Variable schwieriger wird, da davon ausgegangen wird, dass Akteur und Struktur sich wechselseitig konstituieren und reproduzieren.<sup>21</sup> Die Akteure und ihre Interessen werden als Ergebnis eines Konstruktionsprozesses verstanden, der auch durch ideelle Faktoren wie bspw. Kultur, Normen oder Identitäten beeinflusst wird. Damit muss in konstruktivistischen Ansätzen der Akteur immer im Kontext analysiert werden – historisch, kulturell oder institutionell – um sein Handeln verstehen zu können. Dabei können konstruktivistische Theorien keine eindeutige Kausalkette entwickeln, die das Verhalten „Alpha“ des Akteurs auf die Idee „Omega“ zurückführt. Das Problem ist folgendes:

„Norms may ‚guide‘ behavior, they may ‚inspire‘ behavior, they may ‚rationalize‘ or ‚justify‘ behavior, they may express ‚mutual expectations‘ about behavior, or they may be ignored. But they do not effect cause in the sense that a bullet through the heart causes death or an uncontrolled surge in the money supply causes price inflation.“<sup>22</sup>

Der Beitrag, den konstruktivistische Theorien leisten können, ist das Verständnis für außenpolitisches Verhalten oder die Plausibilisierung eines bestimmten Verhaltens angesichts der analysierten Faktoren. Das zentrale Betätigungsfeld des Konstruktivismus ist den traditionellen Theorien vorgeschaltet und damit eine notwendige und sinnvolle Ergänzung. Vor der Erklärung des Verhaltens muss dasselbe verstanden werden. Zudem eröffnen konstruktivistische Ansätze mit der Analyse ideeller Faktoren neue empirische Untersuchungsfelder für die politikwissenschaftliche Forschung.<sup>23</sup>

### 2.1.2. Identitätsansatz

Der Ansatz von PAFE versucht das außenpolitische Verhalten der EU-Mitgliedsstaaten anhand ihrer nationalen Identität zu verstehen und zu plausibilisieren.<sup>24</sup> Die Grundannahme ist hierbei, dass die nationale Identität sich auf die Außenpolitik eines Staates auswirkt. Dabei

---

<sup>20</sup> Checkel 1998, S. 326.

<sup>21</sup> Thomas Risse-Kappen (1995), "Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität." In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Vol. 2, Nr. 1, S. 171-184, S. 176f.

<sup>22</sup> Friedrich V. Kratochwil und John Gerard Ruggie (1986), "International Organization. A State of the Art on an Art of the State." In: *International Organization*, Vol. 40, Nr. 4, S. 753-775, S. 767.

<sup>23</sup> Adler 1997, S. 348.

<sup>24</sup> Henning Boekle, Jörg Nadoll und Bernhard Stahl (2000), *Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise*. PAFE-Arbeitspapier, Nr. 1. Trier, ([http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe\\_texte.htm](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/pafe_texte.htm)), S. 8.

kann aufgrund des konstruktivistischen Ansatzes nicht davon ausgegangen werden, dass nationale Identität direkt ein spezifisches Verhalten hervorruft, sie wird vielmehr als Motiv verstanden, das bestimmte Handlungsweisen privilegiert.<sup>25</sup> „Der Identitätsansatz ist keine Entscheidungstheorie.“<sup>26</sup> Vielmehr stellt Identität eine handlungsleitende Hintergrundvariable dar.<sup>27</sup> Die Verbindung zwischen der nationalen Identität und dem außenpolitischen Verhalten der Staaten verorten Boekle/Nadoll/Stahl im Diskurs. Ausgegangen wird dabei von der Grundannahme, dass in demokratischen Gesellschaften Entscheidungen mit innergesellschaftlichen Diskursen verknüpft sind, weil die Entscheidungsträger damit versuchen ihre Handlungen zu legitimieren. Diese Diskurse werden entweder deliberativ – also vorher – oder legitimatorisch – also nachher – geführt. Die Legitimierung einer Handlung erfolgt über die inhaltliche Verknüpfung mit der nationalen Identität.

Die drei Unterprämissen, die sich an die oben dargelegte Grundannahme anschließen, sind folgende:

1. Nationale Identität ist ein Konstrukt, das für die einzelnen EU-Staaten spezifisch ist und diachron relativ stabil.
2. Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sind die wichtigsten Akteure in der europäischen Außenpolitik.
3. Das außenpolitische Verhalten der Regierungen bleibt generell innerhalb eines Verhaltensrahmens, der sich aus dem gesellschaftlich weitgehend geteilten Verständnis der nationalen Identität ergibt. Es wird also davon ausgegangen, dass Regierungshandeln in pluralistischen demokratisch verfassten Gesellschaften an dieses Konstrukt rückgebunden werden muss.<sup>28</sup>

Die wichtigsten Begriffe des PAFE – Ansatzes sind Identität und Diskurs. Sie sollen im Folgenden kurz erläutert werden. Im Anschluss daran werde ich das methodische Vorgehen erläutern.

### **2.1.2.1. Identität**

Allgemein bezeichnet Identität die spezifischen Charakteristika einer Person, die in einem Prozess sozialer Interaktion und Kommunikation zur Beziehung zu und in Abgrenzung von anderen Individuen erworben werden. Neben dieser individuellen oder personalen Identität

---

<sup>25</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 11.

<sup>26</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 11.

<sup>27</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 17.

<sup>28</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 10.

werden von den einzelnen Individuen auch soziale Identitäten ausgebildet. Bei geteilter sozialer Identität bilden die betroffenen Individuen eine kollektive Identität aus und grenzen sich damit von anderen Gruppen ab. Die Grundlage einer kollektiven Identität sind Gemeinsamkeiten innerhalb der Gruppe, wie Sprache, Abstammung, Kultur oder auch Zugehörigkeit zu einem Fußballverein. Nationale Identität ist eine spezifische Form der kollektiven Identität, bei der sich die Gruppe selbst als Nation definiert.<sup>29</sup> Die gemeinsame Sprache, Kultur oder Abstammung bildet dabei das „Rohmaterial“<sup>30</sup> für die nationale Identität. In diskursiven Prozessen wird aus Teilen dieses Materials die gemeinsame Identität konstruiert. Ein zentraler Bestandteil dieser Gemeinsamkeiten und einer der wichtigsten ‚Schuttplätze‘ zum Aufbau der nationalen Identität ist die gemeinsame Geschichte und ihre Deutung. Die Gemeinsamkeiten dienen auch der Abgrenzung der ingroup von anderen Nationen bzw. Gruppen (outgroup), wodurch sie identitätsbildend wirken.<sup>31</sup> Die Identitätskonstruktion von Gesellschaften besteht dabei aus aktiven und passiven Teilen. Die Hauptbestandteile einer nationalen Identitätskonstruktion sind:

- eine als gemeinsam wahrgenommene Vergangenheit,
- die Betonung der Gemeinsamkeiten, insbesondere der geteilten Werte und Normen zur Abgrenzung von anderen Nationen,
- Institutionen, die einerseits selbst ‚geronnene‘ Identität darstellen und andererseits identitätsstiftend wirken,
- ein geteilter Erwartungsrahmen hinsichtlich des außenpolitischen Regierungshandelns.<sup>32</sup>

#### 2.1.2.2. Diskurs

Der Diskurs ist das zwischen der Identität und der konkreten Situation angesiedelte Medium. Die hohe Bedeutung des Sprachgebrauchs in konstruktivistischen Ansätzen und auch im Identitätsansatz weist dem Diskurs eine zentrale Stellung bei der Analyse außenpolitischen Verhaltens zu. Im Diskurs werden die einzelnen Elemente der Identität mit Bedeutung aufgeladen. Hier entscheidet sich, welche Elemente aktiv werden und welche passiv bleiben. Der Diskurs wird dabei verstanden als Sprachgebrauch, als Kommunikation über Wertvorstellungen und

---

<sup>29</sup> Vgl. dazu auch Paschalis M. Kitromilides (1989), "'Imagined communities' and the origins of the national question in the Balkans." In: *European Historical Quarterly*, Vol. 19, Nr. 2, S. 149-192.

<sup>30</sup> Christoph Weller (1999), "Kollektive Identitäten in der internationalen Politik." In: *Identität und Interesse*, Walter Reese-Schäfer (Hrsg), S. 249-277. Opladen: Leske + Budrich, S. 261.

<sup>31</sup> Weller 1999, S. 259-261.

<sup>32</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 12-22.

deren Vermittlung sowie als Interaktion in sozialen Kontexten.<sup>33</sup> Der Begriff bezeichnet „...eine kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Sinne einer Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik – die auf der nationalen Identität beruht – miteinander zu verbinden.“ (Hervorhebungen im Original)<sup>34</sup> Die nationale Identität bildet damit einen „kommunikativ zu aktivierenden Referenzrahmen“<sup>35</sup> für den Diskurs. In den innergesellschaftlichen Diskursen wird festgelegt, welches Verhalten in bestimmten Situationen von der Gesellschaft als akzeptabel erachtet wird.

In den Diskursen spiegelt sich nicht ‚objektive‘ Realität, sondern vielmehr die Interpretation der Wirklichkeit innerhalb der Gesellschaft. Erst durch die Thematisierung im Diskurs erfahren die ‚traditionellen‘ Faktoren der Außenpolitik – Größe, Bevölkerungszahl, BIP, etc. – Aufnahme in den Kommunikationsprozess über das Verhalten, sie sind nicht per se vorhanden. Sprache wird als entscheidendes Instrument zur Konstruktion sozialer Realität angesehen. Erst wenn Ereignisse im Diskurs thematisiert werden – also zu diskursiven Ereignissen werden – ergeben sich daraus Folgen für das außenpolitische Handeln, weil erst dann das Ereignis wahrgenommen wird.

Ausgehend von der Grundannahme, dass soziale Fakten wie nationale Identität im Diskurs konstruiert werden, rückt der identitätsbezogene innergesellschaftliche Diskurs über außenpolitisches Verhalten als prägendes Strukturelement in den Vordergrund.

Zusammenfassend kann der Zusammenhang von Identität, Diskurs und Verhalten wie folgt dargestellt werden:

- Der Diskurs ist das Medium, durch das Identität in einer bestimmten Situation mit Bedeutung aufgeladen wird.
- Der Diskurs konstituiert einen Rahmen für die außenpolitische Grundorientierung und bestimmt damit in der jeweiligen Situation die Parameter für außenpolitische Optionen.
- Dabei wirkt Identität nicht als „Ursache“ von Verhalten im Sinne direkter und linearer Kausalität. Sie bietet vielmehr "Gründe" für mögliche Verhaltensweisen und deren Legitimation an.
- Dabei geht ein Diskurs dem Verhalten, auf das er sich bezieht, nicht notwendigerweise zeitlich voraus, sondern kann auch *post factum* legitimatorisch geführt werden.<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> Nadoll 2001, S. 5.

<sup>34</sup> Nadoll 2001, S. 6.

<sup>35</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 29.

<sup>36</sup> Maull und Stahl 2002, S. 5.

## 2.2. Methode

### 2.2.1. Einleitung

Auf Grund der Probleme bei der Konzeptualisierung und Operationalisierung nationaler Identität, wird im Forschungsdesign von PAFE eine analytische Trennung zwischen Verhaltens- und Diskursanalyse und damit ein ‚zweigleisiges Vorgehen‘ gewählt. Zuerst wird das außenpolitische Verhalten eines Landes im Untersuchungsfall analysiert (Verhaltensprofil). In einem zweiten Schritt werden die Diskurse untersucht, die diesem Verhalten vorausgehen (Diskursprofil). Die Diskursanalyse dient als entscheidendes ‚Werkzeug‘ zur Operationalisierung von nationaler Identität und zur Verbindung von Identität und Verhalten. Über den methodischen Aspekt hinaus kommt dieser Analyse auch ein eigener Erkenntniswert zu. Boekle/Nadoll/Stahl gehen davon aus, dass die Analyse eines mit einem bestimmten Verhalten verknüpften Diskurses darüber Aufschluss gibt, wie das Verhalten zustande gekommen ist.<sup>37</sup>

Der erste methodische Schritt ist die Erstellung außenpolitischer Verhaltensprofile. Das außenpolitische Verhalten des jeweiligen Staates stellt den Ausgangspunkt für die Untersuchung dar. Als „außenpolitisches Verhalten“ definiert das PAFE – Team „...alle außenpolitischen, willentlichen Handlungsweisen von Mitgliedstaaten, die von internationalen Akteuren als außenpolitisch relevant erachtet werden (z.B. Abstimmungsverhalten, Bereitstellung von Truppenkontingenten, positive und negative Anreize, etc.).“<sup>38</sup> Methodisch bedeutet dies für die Untersuchung: Aus der Sekundärliteratur über das Untersuchungsland soll ein „Profil des *allgemeinen* außenpolitischen Verhaltens“ (Hervorhebung im Original)<sup>39</sup> des Staates erstellt werden. Dieses Profil erleichtert die Erstellung des fallstudien-spezifischen Verhaltensprofils. Es sollte die drei Felder Sicherheitspolitik, Europapolitik und Wirtschaftspolitik abdecken, bei denen es sich um jeweils unterschiedliche Kommunikationszusammenhänge handelt.

Der zweite Schritt bei der Erstellung der Verhaltensprofile ist die Darstellung des fallstudien-spezifischen Verhaltens.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 25.

<sup>38</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 25f..

<sup>39</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 26.

<sup>40</sup> Über die Abfolge der Analyseschritte im PAFE – Projekt und die schriftliche Form einer kompletten Analyse liegen leider keine Angaben vor. In dieser Arbeit wurde das fallstudien-spezifische Verhalten der Analyse der fallstudien-spezifischen Diskurse vorangestellt und damit vom allgemeinen Verhaltensprofil getrennt, um eine inhaltliche Einheit und bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit zu erreichen. Eine Zusammenfassung aller verhaltensorientierten Teile und aller diskursorientierten Teile der Arbeit würde, meiner Ansicht nach, den Leser lediglich verwirren.



Die zentrale Methode im PAFE – Ansatz ist die Diskursanalyse, mit deren Hilfe der fallstudien-spezifische Diskurs untersucht werden soll und Aussagen über die Diskurshegemonie und die identitär verankerte Legitimation der Außenpolitik getroffen werden sollen. Diese soll im folgenden Absatz kurz vorgestellt werden.

### 2.2.2. Diskursanalyse

Bei der Diskursanalyse<sup>41</sup> geht es darum, die Regeln zu erfassen, die einen bestimmten Diskurs konstituieren. Da es in der Sprache an sich keine Bedeutung gibt, muss die Bedeutung der Sprache im jeweiligen Kontext entschlüsselt werden. Dabei unterscheidet Nadoll eine Mikro- und eine Makroebene. Die Mikroebene kann zusammengefasst als fehlerfreies Verständnis bzw. sehr gute Kenntnis der Sprache des Untersuchungslandes bezeichnet werden. Die Makroebene bezeichnet die Einordnung dieser Sprache in den historisch gewachsenen Hintergrund aus Sinngewandungen und Wertvorstellungen. So kann das griechische Wort *αντάρτης* (lt. Lexikon: Rebell, Partisan) nur verstanden werden, wenn dem Leser bewusst ist, dass mit diesem Begriff die Widerstandskämpfer gegen die Besetzung durch Deutschland im II. Weltkrieg belegt wurden, es also eine grundsätzlich positive Konnotation enthält.

Auch die Diskursanalyse wird im PAFE – Ansatz in zwei Schritte unterteilt. Der erste ist die Erstellung eines allgemeinen Diskursprofils. Dies besteht einerseits aus einer Diskursstruktur. „Diese bezeichnet den Weg, den ein außenpolitischer Diskurs typischerweise nimmt. Zu diesem Zweck ist auf die außenpolitisch relevanten Strukturen des jeweiligen Regierungssystems einzugehen.“<sup>42</sup> Dieses Vorgehen hat sich meiner Ansicht nach aber zu einer Institutionenkunde und Untersuchung des Regierungssystems der untersuchten Länder entwickelt und hat damit ihren Sinn als Hilfsmittel und ‚Wegweiser‘ für die Diskursanalyse verloren.<sup>43</sup> In dieser Arbeit wird deswegen auf eine ausführliche Analyse des griechischen Regierungssystems verzichtet und stattdessen lediglich die Besonderheiten der griechischen Diskursstruktur dargelegt, wie beispielsweise die Struktur der politischen Parteien, die Rolle der Medien im politischen Diskurs oder auch die Stellung der orthodoxen Kirche.

Der zweite Schritt bei der Erstellung des allgemeinen Diskursprofils ist die Rekonstruktion zweier historischer Diskurse anhand der Sekundärliteratur. Idealerweise sollten diese Diskurse zeitlich weit auseinander liegen – der eine möglichst vor 1989 und der andere möglichst

---

<sup>41</sup> Vgl. zur Diskursanalyse: Nadoll 2001.

<sup>42</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 32.

<sup>43</sup> Vgl. dazu die Diskursstrukturen für die untersuchten Länder: <http://www.univ-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/baum.htm>.

danach.<sup>44</sup> In der vorliegenden Arbeit kann diesem Gebot leider nicht Rechnung getragen werden. Erstens kann in Griechenland erst seit 1974 von einer demokratisch verfassten Gesellschaft gesprochen werden und somit von einer Kontinuität des Diskursverlaufs, oder auch der Diskursträger, seit dem II. Weltkrieg keine Rede sein. Zweitens wäre der naheliegendste außenpolitische Diskurs, der sich nach 1989 anbieten würde, die Auseinandersetzung um die Mazedonienpolitik. Dieser Komplex erscheint mir jedoch zu wichtig und interessant, als dass er ‚lediglich‘ als Vorstudie verwendet werden sollte. Ich habe mich aus diesem Grund dafür entschieden, die Mazedonienfrage als Fallstudie in diese Arbeit einzubauen und behelfe mich anstelle des zweiten historischen Diskurses mit einer Hilfskonstruktion – einem methodischen ‚Feldweg‘. Dieser besteht aus einer Überprüfung der im ersten historischen Diskurs herausgearbeiteten Identitätsmerkmale anhand der *allgemeinen* Sekundärliteratur zur griechischen Kultur, Identität und ähnlicher Konstrukte und analysiert nicht – wie gefordert – die spezifische Sekundärliteratur zu einem bestimmten Fall.

Bei der Fallstudienbearbeitung wird ausgehend vom fallstudienpezifischen Verhalten und anhand des erstellten Diskursprofils der verhaltensbegleitende Diskurs ermittelt und hinsichtlich der Diskursmuster analysiert. Damit sollen Aussagen über die dominanten Diskursmuster, die zur Legitimation des Verhaltens führten, und über die Erlangung der Diskurshegemonie getroffen werden können.<sup>45</sup> Dabei kann die gesellschaftsinterne Bewertung der Situation herausgearbeitet werden und auch, wie die Gesellschaft sich im untersuchten Fall selbst kategorisiert.

Die Auswahl der Textquellen für die Diskursanalyse soll sich an dem erstellten Diskursprofil orientieren. Angesichts des Umstandes, dass es sich beim Untersuchungsgegenstand um eine Demokratie westlichen Musters handelt, kann davon ausgegangen werden, dass die Regierung den Diskurs maßgeblich mitbestimmt. Daneben können Institutionen, die eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Entscheidungen und ihrer Legitimation spielen, in der Analyse von Bedeutung sein. Als weitere Textquellen, deren Auswahl jedoch von den idiosynkratischen Diskursstrukturen der verschiedenen Länder abhängig gemacht werden muss, können genannt werden:

- Presseerklärungen von Fraktionen und Parteien,
- Parlamentsdebatten,
- Leitartikel,
- Interviews,

---

<sup>44</sup> Nadoll 2001, S. 22.

<sup>45</sup> Nadoll 2001, S. 23.

- politische Reden.<sup>46</sup>

Durch die Diskursanalyse lässt sich zeigen, auf welchen Wertvorstellungen und Identitätselementen eine Gesellschaft basiert und welche Bedeutung diese in verschiedenen Kontexten haben. Zugleich ermöglicht die Analyse verschiedener Diskurse eines Landes Aussagen über die identitären Hintergründe außenpolitischen Verhaltens, das aus der Außenperspektive schwer verständlich erscheint. Zudem lassen sich anhand der Kontinuität oder des Wandels von Zuweisungen und Wertzuschreibungen an bestimmte Identitätselemente Rückschlüsse über die Beständigkeit der Identitätselemente und den Verhaltensrahmen des untersuchten Staaten in ähnlichen zukünftigen Situationen ziehen.<sup>47</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. auch: Nadoll 2001, S. 24.

<sup>47</sup> Nadoll 2001, S. 25.

### 3. Vorstudien

#### 3.1. Einführung in die Geschichte des neugriechischen Staates

Die Geschichte des neugriechischen Staates ist der zentrale Bezugspunkt für die meisten Konstruktionen griechischer Identität, griechischer politischer Kultur oder auch griechischen Nationalbewusstseins, die in der historischen und auch politikwissenschaftlichen Literatur zu finden sind.<sup>48</sup>

Aus diesem Grund soll an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die wichtigsten Ereignisse und Prozesse der neugriechischen Geschichte gegeben werden, der es ermöglicht die vielfältigen Verweise und Rückbezüge in den Diskursen in ihren historischen Kontext einzuordnen.

---

<sup>48</sup> Vgl. Gustav Auernheimer (1995), "Historische Voraussetzungen der politischen Kultur Griechenlands." In: *Südosteuropa*, Vol. 44, Nr. 6-7, S. 337-372; Peter Bratsis (1994), "The Macedonian Question and the Politics of Identity: Resonance, Reproduction, Real Politik." In: *Journal of Modern Hellenism*, Vol. 11, S. 108-122; Richard Clogg (1988), "The Greeks and their Past." In: *Historians as Nation-Builders. Central and South-East Europe*, Dennis Deletant und Harry Hanak (Hrsg), S. 15-31. London: Macmillan; P. Nikiforos Diamandouros (1993), "Politics and Culture in Greece 1974-91: An Interpretation." In: *Greece, 1981-89. The Populist Decade*, Richard Clogg (Hrsg), S. 1-25. Basingstoke: Macmillan; Spyros Economides (1995), "Nationalism and Foreign Policy: Greece and the 'Macedonian Question'." In: *Brassey's Defence Yearbook*, Vol. 105, S. 107-121; V. Georgiadou (1995), "Greek Orthodoxy and the Politics of Nationalism." In: *International Journal of Politics*, Vol. 9, Nr. 2, S. 295-315; Ines Kallis (1999), *Griechenlands Weg nach Europa. Das Ringen um demokratische Strukturen im 20. Jahrhundert*. Münster: Theophano Verlag; Kitromilides 1989; Yorgos Kourvetaris und Betty A. Dobratz (1987), *A Profile of Modern Greece in Search of Identity*. Oxford: Clarendon Press; Lipowatz, In, Vol., S; James Pettifer (1996), "Greek political culture and foreign policy." In: *Greece in a Changing Europe. Between European Integration and Balkan Disintegration?*, Kevin Featherstone und Kostas Ifantis (Hrsg), S. 17-23. Manchester: Manchester University Press; Elisabeth Prodromou (1996), "Paradigms, power, and identity: Rediscovering Orthodoxy and regionalizing Europe." In: *European Journal of Political Research*, Vol. 30, Nr. 2, S; Thodoros Skylakakis (1995), *Im Namen Makedoniens*. Athens: Elliniki Euroekdotiki (in gr.); Theofanis G. Stavrou (1995), "The Orthodox Church and the Political Culture in Modern Greece." In: *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Dimitri Constan und Theofanis G. Stavrou (Hrsg), S. 35-58. Washington: The Woodrow Wilson Center Press; Byron Theodoropoulos (2001), *Parameter der Außenpolitik*. Athen: Sideris; Basilios E. Tsingos (1997), "Greece between Yesterday and Tomorrow." In: *The Greek Paradox. Promise vs. Performance*, Graham T. Allison und Kalypso Nicolaïdis (Hrsg), S. 97-102. Cambridge Mass.: MIT Press; Pavlos Tzermias (1994), *Die Identitätssuche des neuen Griechentums. Eine Studie zur Nationalfrage mit besonderer Berücksichtigung des Makedonienproblems*. Freiburg/Schweiz: Universitätsverlag; Nikolaus Wenturis (2000), "Kritische Bemerkungen zu der Diskussion über die neugriechische Identität am Beispiel von Fallmerayer, Huntington und Auernheimer." In: *Südosteuropa*, Vol. 49, Nr. 5-6, S. 16.

### 3.1.1. Von der Revolution 1821 bis zur kleinasiatischen Katastrophe 1923

Der Beginn des griechischen Freiheitskampfes<sup>49</sup> gegen die osmanische Herrschaft wird gemeinhin auf den 25. März 1821 festgelegt, den Tag, an dem der Metropolit von Patras, *Germanos*, den Aufruf zum Widerstand verkündete.<sup>50</sup> Das Zentrum des Widerstandes lag auf der Peloponnes, als Führer der Aufstandsbewegung stachen *Theodóros Kolokotrónis* und *Alexandros Mavrokordatos* hervor. Trotz anfänglicher militärischer Erfolge gegen die türkischen Truppen konnte der Widerstand auch aufgrund innerer Zwistigkeiten und Machtkämpfe keinen entscheidenden Vorteil erringen. Auch die Unterstützung durch freiwillige Kämpfer aus Europa<sup>51</sup>, die im Namen des Philhellenismus auf der Seite der Griechen kämpften, brachte keinen entscheidenden Vorteil. Bis Anfang des Jahres 1827 zeichnete sich eine Niederlage der Freiheitsbewegung gegen die aus dem türkisch besetzten Ägypten entsandten Truppen ab.<sup>52</sup> Erst die Einflussnahme der damaligen Großmächte Russland, Frankreich und England auf Seiten der griechischen Nationalbewegung brachte die Wende. Die Vernichtung der ägyptisch-türkischen Flotte in der Bucht von Navarino durch einen Flottenverband dieser drei Staaten, das Vordringen russischer Truppen auf Adrianopel und ein französisches Kontingent auf der Peloponnes zwangen die Hohe Pforte zu einem Waffenstillstandsabkommen, welches die griechisch-türkische Grenze auf der Linie Arta-Volos festschrieb.<sup>53</sup> Da insbesondere die englische Regierung eine russische Prädominanz auf dem griechischen Territorium befürchtete – der „Gouverneur“ Griechenlands seit 1827, *Ióannis Kapodistriás*, war ein ehemaliger russischer Staatssekretär griechischer Abstammung – wurde am 3. Februar 1830 das Protokoll von London unterzeichnet, durch das Griechenland seine Unabhängigkeit erlangte.<sup>54</sup> Zum Herrscher der neugegründeten Monarchie bestimmten die Großmächte 1832 den bayerischen

---

<sup>49</sup> Die Geschichte Griechenlands soll hier erst mit dem Befreiungskampf gegen die Türkenherrschaft begonnen werden. Ich bin mir dessen bewusst, dass die Wurzeln griechischen Nationalbewusstseins und auch einige wichtige Bezugspunkte identitärer Argumentationen, wie beispielsweise das Kirchenschisma (1054) oder die Eroberung Konstantinopels durch katholische Kreuzfahrer (1204), weiter in der Vergangenheit zurück liegen. Es ist aber nicht möglich an dieser Stelle die gesamte Geschichte Griechenlands von der Antike oder zumindest der byzantinischen Epoche an wiederzugeben. Vgl. die Gesamtdarstellung von der Antike bis ins 19. Jahrhundert das mehrbändige Werk von Konstantinos Paparrigopoulos (1860-1874), *Geschichte der griechischen Nation von den frühesten bis zu den neuesten Zeiten*. Athen (in gr.); vgl. zur byzantinischen Epoche Apostolos E. Vacalopoulos (1970), *Origins of the Greek Nation. The Byzantine Period, 1204-1461*. New Brunswick: Rutgers University Press; vgl. die Überblicksdarstellung von Byzanz resp. Antike bis in die heutige Zeit Richard Clogg (1992), *A Concise History of Greece*. Cambridge: Cambridge University Press; Pavlos Tzermias (1993) *Neugriechische Geschichte. Eine Einführung*. 2 ed. Tübingen: Francke; Apostolos Vakalopoulos (1985), *Griechische Geschichte von 1204 bis heute*. Köln: Romiosini; vgl. die kurze Darstellung bei Auernheimer 1995.

<sup>50</sup> Vgl. zum Verhältnis der orthodoxen Kirche und des griechischen Nationalismus: Georgiadou 1995.

<sup>51</sup> Der prominenteste Philhellene ist sicherlich Lord Byron, der während des Freiheitskampfes ums Leben kam – allerdings starb er nicht im Kampf, sondern am Fieber.

<sup>52</sup> Tzermias 1993, S. 87.

<sup>53</sup> Vakalopoulos 1985, S. 112f.

<sup>54</sup> Vgl. zum griechischen Unabhängigkeitskrieg: C.M. Woodhouse (1952), *The Greek war of independence*. London: Hutchinson's University Library.

Prinzen *Otto*.<sup>55</sup> Dieser regierte trotz der Einführung einer Verfassung<sup>56</sup> 1844 weitgehend absolutistisch und stützte sich dabei hauptsächlich auf einen kleinen Kreis bayerischer Berater. Der Ausschluss griechischer Politiker aus diesem Beratergremium und das als arrogant empfundene Auftreten der Bayern verhinderten eine Identifikation der Bevölkerung mit der oktroyierten Herrschaft und führten zur verstärkten Ablehnung der „Bauarokratia“, der Bayernherrschaft.<sup>57</sup>

Die Eingriffe der Schutzmächte in die innenpolitischen Angelegenheiten Griechenlands setzten sich durch Diplomaten und Drohungen nach der Staatsgründung fort und hatten zur Folge, dass sich sogenannte „ausländische“ Parteien bildeten, die in Anlehnung an eine bestimmte Großmacht versuchten, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen.<sup>58</sup> Die Zustimmung der Großmächte machte auch die Abwahl *Ottos* 1862 durch die griechische Nationalversammlung möglich. Die ständige Ignoranz des Königs gegenüber der Verfassung hatten eine Revolte der bürgerlichen Opposition provoziert, die in der Nationalversammlung den dänischen Prinzen *Christian Ferdinand Adolf Wilhelm aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Gücksburg* zum „König der Griechen“ wählte.<sup>59</sup>

### 3.1.1.1. Η Μεγάλη Ιδέα – Die Große Idee

Das Staatsterritorium zum Zeitpunkt der Gründung umfasste nur einen kleinen Teil des heutigen Griechenlands: die Peloponnes mit einigen naheliegenden Inseln, Sterea Ellada (der Teil Festlandgriechenlands bis zur Linie Arta-Volos), die Kykladen, die Nördlichen Sporaden und die Insel Euböa. Die übrigen Gebiete, die heute den griechischen Staat bilden, kamen erst im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts hinzu: die Ionischen Inseln (1864), Thessalien (1881), Epirus, Makedonien, Kreta, die östlichen Inseln des Ägäischen Meeres und Thrakien (in der Folge der Balkankriege 1912-13 und des I. Weltkriegs 1914-1918) und die Dodekanes-Inseln (1947).<sup>60</sup> Sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politischen Eliten erzeugte diese territoriale Situation Unzufriedenheit. Schon beim Beginn der nationalen Definition Griechenlands sollten aufgrund der gemeinsam wahrgenommenen Vergangenheit des Hellenismus und des byzantinischen Reiches sowie des gemeinsamen christlich-orthodoxen Glaubens alle Grie-

---

<sup>55</sup> Kallis 1999, S. 60.

<sup>56</sup> Vgl. zum militärischen Aufstand, der die Einberufung der Nationalversammlung und Einführung einer konstitutionellen Monarchie erzwang: Tzermias 1993, S. 95-99; Vakalopoulos 1985, S. 135-138.

<sup>57</sup> Vakalopoulos 1985, S. 128.

<sup>58</sup> Kallis 1999, S. 62; Vakalopoulos 1985, S. 141f..

<sup>59</sup> Kallis 1999, S. 62; Vakalopoulos 1985, S. 143-145. Vgl. zum britischen Einfluss auf den Thronwechsel: Eleutherios Prevelakis (1953), *British policy towards the change of dynasty in Greece. 1862-63*. Athen: Gertrude Christou & Son.

<sup>60</sup> Tzermias 1993, S. 89f..

chen und alle noch nicht befreiten hellenischen Gebiete in einem griechischen Staat zusammengefasst werden.<sup>61</sup> Der Anschluss der noch nicht vereinten hellenischen Gebiete wurde zum außenpolitischen Hauptziel des neugegründeten Staates, das auch von allen Politikern und Parteien gleichermaßen mitgetragen wurde.<sup>62</sup> Dieses zentrale politische Konzept des griechischen Gemeinwesens bis 1923 ist unter dem Namen Μεγάλη Ιδέα (Megalí Idea - Große Idee) bekannt geworden. Damit war aber nicht nur der Wunsch nach der Wiedereingliederung der solchermaßen perzipierten Irredenta verknüpft, sondern darüber hinausgehend auch ein expansionistischer Nationalismus, der sich in Forderungen nach dem Anschluss von Gebieten wie Bulgarien, Dakien oder Syrien äußerte.<sup>63</sup> Der Einfluss der Μεγάλη Ιδέα führte zur Unterstützung verschiedener Aufstandsbewegungen der griechischen Bevölkerung der Ionischen Inseln (1848/49) und Kretas (1866-69, 1878, 1895, 1897).

Die Einmischung des ‚Mutterlandes‘ in den Konflikt zwischen den Kretern und der türkischen Besatzung in Form einer Intervention einer griechischen Armeeeinheit am 1. Februar 1897 führte zum ersten griechisch-türkischen Krieg. Nach verheerenden Niederlagen in Epirus und Thessalien musste Griechenland im Friedensvertrag vom 22. November 1897 einigen geringfügige Grenzänderungen zugunsten der Türkei zustimmen und eine Entschädigung von 4 Mio. türkischer Lira entrichten.<sup>64</sup> Im Zuge der Auseinandersetzungen um Kreta war ein junger Rechtsanwalt und Politiker in den Vordergrund getreten, der die Politik Griechenlands im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts maßgeblich mitbestimmen sollte: *Eleutherios Benizelos*. Als Vertreter einer liberalen Bewegung kam er nach einem Militäraufstand in Goudi 1909 an die Regierung.<sup>65</sup>

Die Regierung *Benizelos* führte in den ersten Regierungsjahren bis 1915 eine Verfassungsreform durch, mit der Griechenland die Entwicklung hin zum Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsstaat begann. Unter anderem wurde der Ermessensspielraum des Königs eingeschränkt, die Schulpflicht für den Elementarunterricht eingeführt und die mögliche Enteignung<sup>66</sup> bei öffentlichem Interesse ermöglicht.<sup>67</sup> Parallel zu diesen verfassungspolitischen Maßnahmen führte

---

<sup>61</sup> George Huxley (1998), "Aspects of modern Greek historiography of Byzantium." In: *Byzantium and the Modern Greek Identity*, David Ricks und Paul Magdalino (Hrsg), S. 15-23. Aldershot: Ashgate, S. 15f.; Thanos Veremis (1990), "From the National State to the Stateless Nation 1821-1910." In: *Modern Greece: Nationalism and Nationality*, Martin Blinkhorn und Thanos Veremis (Hrsg), S. 9-22. Athen: ELIAMEP, S. 11.

<sup>62</sup> Tzermias 1994, S. 43.

<sup>63</sup> Kallis 1999, S. 81-84.

<sup>64</sup> Vakalopoulos 1985, S. 172-174.

<sup>65</sup> Kallis 1999, S. 65.

<sup>66</sup> Mit der Möglichkeit der Enteignung sollten einerseits die aus türkischer Zeit stammenden großen Landbesitze bei Bedarf aufgeteilt werden können, andererseits wollte sich die Regierung ein Instrument zur Beruhigung sozialer Unruhen verschaffen. Diese Maßnahme war der Regierung bei der Versorgung der Flüchtlinge nach 1922/23 von Vorteil, als sehr viele Menschen kurzfristig versorgt werden mussten.

<sup>67</sup> Kallis 1999, S. 68f..

die liberale Regierung eine Verwaltungsreform durch, sie restrukturierte Kommunalverwaltungen und Ministerien und führte erstmals eine progressive Einkommenssteuer ein.

### 3.1.1.2. Die Balkankriege und der I. Weltkrieg

Die bedeutendsten Entwicklungen für Griechenland auf außenpolitischem Gebiet ergaben sich bis zum ersten Weltkrieg infolge der beiden Balkankriege<sup>68</sup> 1912/1913. Im ersten Balkankrieg kämpfte eine Koalition aus Griechenland, Serbien, Bulgarien und Montenegro gegen die Türkei und zwangen sie, die europäischen Besitzungen bis auf einen schmalen Streifen vor Istanbul aufzugeben. Die Türkei verzichtete im Friedensvertrag auch auf Besitzansprüche auf Kreta, das damit endgültig dem Hoheitsgebiet Griechenlands zugeordnet wurde.<sup>69</sup> Als ‚Nebenprodukt‘ dieses Krieges erklärte Albanien am 28. November 1912 seine Unabhängigkeit. Die Auseinandersetzungen um die Aufteilung des eroberten Makedoniens zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland andererseits, führten Mitte 1913 zu einem Auseinanderbrechen der Koalition und in der Folge zum zweiten Balkankrieg.<sup>70</sup> In diesem sah sich Bulgarien den Angriffen seiner beiden vorherigen Verbündeten, sowie der Türkei und Rumäniens ausgesetzt und wurde nach nur wenigen Wochen besiegt. Die Folge beider Kriege war ein enormer Gebietszuwachs für Griechenland, das nicht nur einen großen Teil Makedoniens mit der (heute zweitgrößten) Stadt Thessaloniki erobert hatten, sondern auch Epirus<sup>71</sup> in Besitz nehmen konnte. Hinzu kamen noch einige Inseln der Ägäis wie Thassos, Chios und Lesbos.<sup>72</sup> Das Territorium Griechenlands hatte sich damit fast verdoppelt und die Bevölkerungszahl stieg um etwa 63%.<sup>73</sup> Mit den industriell relativ hoch entwickelten Städten Ioannina, Kavala und vor allem dem Handelsknotenpunkt Thessaloniki, erfuhr die griechische Wirtschaft eine enorme Belebung.

Der Erste Weltkrieg war in Griechenland weniger eine außenpolitische, als vielmehr eine innenpolitische Belastungsprobe. Der seit 1913 amtierende und mit einer deutschen Prinzessin

---

<sup>68</sup> Vgl. ausführlicher zu den Balkankriegen: Kallis 1999, S. 78f.; Wolfgang Libal (1993), *Mazedonien zwischen den Fronten. Junger Staat mit alten Konflikten*. Wien, Zürich: Europaverlag, S. 47-50; Tzermias 1993, S. 115-119; Vakalopoulos 1985, S. 189-192.

<sup>69</sup> Kallis 1999, S. 77f.; Tzermias 1993, S. 115-117; Vakalopoulos 1985, S. 189f.

<sup>70</sup> Vgl. ausführlich: Douglas Dakin (1993), *The Greek Struggle in Macedonia, 1897-1913*. Thessaloniki: Institute for Balkan Studies.

<sup>71</sup> Die Bezeichnung Epirus bezieht sich auf die heutige Provinz in Griechenland und beinhaltet nicht das im heutigen Südalbanien gelegene ‚Nordepirus‘ um Argyrokastró (albanisch Gërokastrë), in dem weiterhin eine griechische Minderheit lebt und das im 19. und 20. Jahrhundert das Ziel irredentistischer Bestrebungen in Griechenland war. Tzermias 1993, S. 118f..

<sup>72</sup> Vgl. zu den Balkankriegen: Helen Gardikas Katsiadakis (1995), *Greece and the Balkan imbroglio. Greek foreign policy, 1911-1913*. Athen: Syllogos pros Diadosin Ophelimon Biblion (Vereinigung zur Weitergabe nützlicher Bücher).

<sup>73</sup> Vakalopoulos 1985, S. 191f..



verheiratete König *Konstantin*, der durch seine militärischen Erfolge in den Balkankriegen sehr populär war, tendierte zu einer Allianz mit den Mittelmächten und verhandelte hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten *Benizelos* über mögliche Gegendeckungen für eine Neutralität Griechenlands. *Eleutherios Benizelos* wollte, im Gegensatz dazu, Griechenland an der Seite der Entente in den Krieg führen und damit die in den Balkankriegen gewonnenen Gebiete erweitern und sämtliche irredentistischen Ansprüche befriedigen.<sup>74</sup> Diese Auseinandersetzung führt zu einer, in alle Bereiche der Gesellschaft reichenden, Spaltung zwischen den traditionalistischen, rückwärtsgewandten Kräften der Krone und den fortschrittlichen, bürgerlichen Kräften auf Seiten der Liberalen Partei (Benizelisten).<sup>75</sup> „Es setzte eine tiefgreifende Politisierung sämtlicher sozialer Kräfte und Institutionen ein, wobei kein Minimalkonsens über den Konfliktaustrag bestand, so dass jeder seine Machtmittel einsetzte...“<sup>76</sup> Der König bediente sich zweimal des Mittels der Parlamentsauflösung, um eine Regierung seines Vertrauens installieren zu können, obwohl die Regierung funktionsfähig war und eine tragfähige Mehrheit im Parlament hatte. Der Boykott der darauf folgenden Wahlen durch die Liberale Partei verhalf den königstreuen Kräften zwar zu einer Mehrheit, das Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes war jedoch unterminiert und die beiden Konfliktparteien schreckten auch vor offener Gewalt nicht mehr zurück. Im September 1916 wurde diese Spaltung Griechenlands auch territorial vollzogen. Während der König und seine Anhänger in Athen und Südgriechenland die Herrschaft innehatten, gründete *Benizelos* den „Staat von Thessaloniki“ in Nordgriechenland, der auch von der Entente anerkannt wurde.<sup>77</sup> *Benizelos* konnte 1917 Griechenland mit Hilfe der Alliierten, an deren Seite er zuerst den „Staat von Thessaloniki“ und später ganz Griechenland in den Krieg führte, wieder vereinigen, nachdem der germanophile König *Konstantin* zu Gunsten seines Sohnes *Alexander* abgedankt hatte und das Parlament von 1915 wieder eingesetzt worden war. Die Kluft zwischen Royalisten und Benizelisten wurde in dieser Zeit, durch eine strenge Verfolgung vieler Royalisten und ihre Entfernung aus dem öffentlichen Dienst, insbesondere der Justiz, noch zusätzlich vergrößert.<sup>78</sup>

---

<sup>74</sup> Tzermias 1993, S. 119-123.

<sup>75</sup> Kallis 1999, S. 71.

<sup>76</sup> Kallis 1999, S. 73.

<sup>77</sup> Kallis 1999, S. 75.

<sup>78</sup> Tzermias 1993, S. 122.

### 3.1.1.3. Die Kleinasiatische Katastrophe

Das Ende des I. Weltkrieges brachte Griechenland als Siegermacht große Gebietsgewinne.<sup>79</sup> Im Friedensvertrag von Sèvres (10.8.1920) wurde festgelegt, dass Bulgarien Westthrakien und die Türkei Ostthrakien, sowie einige Inseln der Ägäis abtreten mussten. Zusätzlich erhielt das Gebiet rund um Smyrna (Izmir), in das schon 1919 griechische Truppen einmarschiert waren, einen Sonderstatus. Dieser hätte es erlauben können, dass die Einwohner dieser Region – vornehmlich Griechen - innerhalb von fünf Jahren per Plebiszit entscheiden hätten können, zu welchem Staatsgebiet sie gehören sollten.<sup>80</sup> Damit war scheinbar der erste Schritt zur Verwirklichung der Vision eines Großgriechenlands getan. Der Einmarsch des griechischen Militärs in Smyrna und die überaus harten Bedingungen des Friedensvertrags für die Türkei waren jedoch ein Motor für die Entstehung eines türkischen Nationalbewusstseins. An die Spitze der nationalen Bewegung setzte sich der in Thessaloniki geborene Kemal Pascha. Dessen Volkspartei konstituierte sich schon im April 1920 zur Türkischen Nationalversammlung und erklärte alle eingegangenen Vereinbarungen und Verträge des Sultans für nichtig – darunter fiel auch der Friedensvertrag von Sèvres, der zwar unterzeichnet, aber nie ratifiziert worden war.<sup>81</sup> Gegen den Rat Großbritanniens, Frankreichs und Italiens weitete Griechenland seine Offensive in Anatolien bis kurz vor Ankara aus und erlitt dort eine vernichtende Niederlage.<sup>82</sup>

Im Friedensvertrag von Lausanne 1923 musste Griechenland Ostthrakien an die Türkei abtreten und auf alle Rechte hinsichtlich Smyrnas verzichten. Gleichzeitig wurde ein Bevölkerungsaustausch vereinbart, der lediglich die griechischen Einwohner Konstantinopels (Istanbul) und die Türken in Westthrakien aussparte: 1 500 000 Griechen mussten das seit 2500 Jahren hellenisch besiedelte Kleinasien verlassen und 400 000 Türken, insbesondere aus Makedonien, wurden in das türkische Staatsgebiet umgesiedelt.<sup>83</sup>

### 3.1.2. Von der kleinasiatischen Katastrophe 1923 bis zum Ende der Diktatur 1974

Die Kleinasiatischen Katastrophe markiert das endgültige Ende des territorialen Traums der „Megali Idea“. Die außenpolitische Mission, die in der Rückführung aller Irredenta in den

---

<sup>79</sup> Vgl. zur Rolle Griechenlands im I. Weltkrieg: George Leontaritis (1990), *Greece and the First World War: from neutrality to intervention, 1917-1918*. New York: Columbia University Press.

<sup>80</sup> Kallis 1999, S. 85.

<sup>81</sup> Kallis 1999, S. 86.

<sup>82</sup> Heinz A. Richter (1990), *Griechenland im 20. Jahrhundert. Band 1: Megali Idea - Republik - Diktatur. 1900-1940*. Köln: Romiosini, S. 34f..

<sup>83</sup> Auernheimer 1995, S. 346. Vgl. ausführlich zum Bevölkerungsaustausch: John A. Petropoulos (1976), "The compulsory exchange of populations: Greek-Turkish peacemaking, 1922-1930." In: *Byzantine and Modern Greek Studies*, Vol. 2, S. 135-150.

griechischen Staat bestanden hatte, war gescheitert, und es galt nun das Bestehende zu bewahren. Aufgrund des Bevölkerungszuwachses von 25%-29%<sup>84</sup> standen soziale und ökonomische Probleme im Vordergrund und die Konzentration der Politiker richtete sich vornehmlich auf die Integration der Flüchtlinge. Damit wurde Griechenland zu einem ethnisch relativ homogenen Staat, in dem die Mehrheit der Griechen lebte.

Die direkten Folgen der Niederlage waren der Sturz der Regierung durch einen Militärputsch, die Hinrichtung einiger Minister, die für die Katastrophe verantwortlich gemacht wurden, und die Abschaffung der Monarchie, die aber nur vorübergehend war. Die Politisierung des Offizierskorps, die schon in der Revolte von 1909 deutlich geworden war, äußerte sich in der Republik, die 1924 gegründet wurde, besonders stark und mündete in der Diktatur des Generals *Iōannis Metaxas* von 1936-1941.<sup>85</sup> Die Entwicklung der Republik von 1924 war geprägt von politischer Instabilität, Militärputschen und der Verschärfung der sozialen Gegensätze.<sup>86</sup> Die Integration der Flüchtlinge aus Kleinasien zwang die Regierung zu einer Landreform, die zu deren Ansiedlung besonders in Thessalien und Makedonien führte. Gleichzeitig bildeten sich in Athen und Thessaloniki erste Industrien und damit auch eine Arbeiterschicht.<sup>87</sup> In diese Periode fällt auch die Gründung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) 1924.

### 3.1.2.1. Die Metaxas-Diktatur

Der Lösungsversuch für die instabilen politischen Verhältnisse war, nach der 1935 erfolgten Restauration der Monarchie, 1936 – ähnlich wie zuvor schon in Italien und Deutschland – die Errichtung eines autoritären Regimes mit faschistischen Zügen durch General *Metaxas*.<sup>88</sup> Nach einer parlamentarischen Patt-Situation war er Anfang 1936 von König Georg II. erst zum Heeresminister und später zum Ministerpräsidenten ernannt worden und in dieser Position auch vom Parlament bestätigt worden.<sup>89</sup> Dazu kam, dass das Parlament einem Ermächtigungsgesetz zustimmte, das es *Metaxas* erlaubte bis zum September 1936 mit Notverordnungen zu regieren. Ein Anlass dafür waren massive Streiks insbesondere in Thessaloniki gewesen, die von kommunistischer Propaganda begleitet waren. Neben dieser ‚kommunistischen Gefahr‘ wurden noch die sich verschlechternde internationale Situation und eine mögliche

---

<sup>84</sup> Kallis 1999, S. 98.

<sup>85</sup> Tzermias 1993, S. 130-133.

<sup>86</sup> Vgl. ausführlich: Nicos Alivizatos (1985), *Political Institutions in Crisis, 1922-74*. Athens: Themelio.

<sup>87</sup> Nikos G. Sboronos (1994), *Überblick über die Neugriechische Geschichte*. Athen: Themelio, S. 129f. (in gr.)

<sup>88</sup> Vgl. ausführlich: Robin Higham und Thanos Veremis (1993) (Hrsg), *The Metaxas dictatorship. Aspects of Greece 1936-1940*. Athen: ELIAMEP und Vryonis Center.

<sup>89</sup> Kallis 1999, S. 139-142.

Kriegsgefahr als Begründung für die Notwendigkeit der Notverordnungen angeführt.<sup>90</sup> Am 4. August 1936 hob *Georg II.* in zwei Dekreten die verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte auf und veranlasste die Auflösung des Parlaments, ohne Neuwahlen anzusetzen. Diesen Schritt rechtfertigten *Georg II.* und *Metaxas* mit der Behauptung, dass nur auf diese Weise die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten werden könne.<sup>91</sup>

*Ióannis Metaxas* versuchte mit seinem „neuen Staat“ ideologisch an Griechenlands glorreiche Vergangenheit anzuknüpfen, indem er den Beginn einer „Dritten Zivilisation“ propagierte. Die beiden ersteren waren nach seiner Interpretation das Perikleische Zeitalter im klassischen Athen und die Byzantinische Epoche gewesen. Im Unterschied zu *Hitler* und *Mussolini* verfügte *Metaxas* jedoch über keine faschistische Massenpartei, die als Unterbau seines Regimes funktionieren hätte können. „Einen gewissen Ersatz für die fehlende Massenpartei bildete eine auf Zwangsmitgliedschaft beruhende nationale Jugendorganisation, die dem Vorbild der Hitlerjugend nacheiferte.“<sup>92</sup> Das Regime stützte sich auf die alten klientelistischen Strukturen, die in der Folge auf *Metaxas* selbst ausgerichtet wurden, und auf die Praxis der Verfolgung des politischen Gegners und der Zensur. Dies ging so weit, dass der „Epitaph“ des *Thukydides* und „Antigone“ von *Sophokles* wegen ihrer demokratischen Ideen verboten wurden.<sup>93</sup>

### 3.1.2.2. Der II. Weltkrieg

Außenpolitisch änderte das Regime, trotz seiner ideologischen Verwandtschaft mit Italien und Deutschland, nichts an der traditionellen Bindung Griechenlands zu Großbritannien.<sup>94</sup> Es geriet deshalb bald nach dem Ausbruch des II. Weltkriegs in den Fokus der expansiven Politik *Mussolinis*, der 1939 Albanien besetzt hatte<sup>95</sup>. Am 28. Oktober 1940 überbrachte der italienische Botschafter in Athen *Metaxas* ein Ultimatum, in dem gefordert wurde, die Besetzung verschiedener strategischer Positionen in Griechenland durch die italienische Armee zu gestatten. Die unverzügliche Antwort *Metaxas*’ auf diese Ultimatum war Nein (Οχι - Ochi). Die-

---

<sup>90</sup> Richter 1990, S. 174.

<sup>91</sup> Vgl. dazu und zu den vorausgegangenen propagandistischen Schritten der Regierung: Kallis 1999, S. 144f..

<sup>92</sup> Auernheimer 1995, S. 347.

<sup>93</sup> Sboronos 1994, S. 132.

<sup>94</sup> Nikos Psuroukis (1983), *Neugriechische Außenpolitik. Historischer Überblick*. Athen: Epikairotitia O.E., S. 216f.. (in gr.) Dort heißt es zugespitzt: „Aber das Regime war in Wirklichkeit weder italophil noch germanophil. Es war die Herrschaft der Engländer in anderer Form.“ (Alle Übersetzungen aus Literatur und Quellen in der vorliegenden Arbeit, die in griechischer Sprache vorliegen, stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, vom Verfasser).

<sup>95</sup> In der ersten Hälfte des Jahres 1940 hatte Italien eine Reihe von Zwischenfällen gegenüber Griechenland provoziert, bspw. die Bombardierung griechischer Marineeinheiten (angeblich eine Verwechslung) und die Versenkung eines griechischen Kreuzers im Hafen von Tinos durch ein italienisches U-Boot. Kallis 1999, S. 150.

se Ablehnung der italienischen Aggression markiert noch heute einen nationalen Feiertag in Griechenland (28. Oktober – „Tag des Neins“) und brachte *Metaxas* in der Bevölkerung viele Sympathien ein. Während der erfolgreichen Abwehr des italienischen Angriffs im Winter 1940/41, die nach Albanien zurückgeworfen wurde<sup>96</sup>, starb *Metaxas* am 29. Januar 1941. Zwar blieb auch der zweite Angriff Italiens erfolglos, aber mit dem Eingreifen der deutschen Truppen in den Kampf gegen Griechenland im April 1941 war die Schlacht entschieden. Nach der Kapitulation der griechischen Armee wurde Griechenland von den Truppen Deutschlands, Italiens und Bulgariens besetzt und es wurde eine Kollaborationsregierung eingesetzt, die aber lediglich als ausführendes Organ der Besatzungsmächte diente.<sup>97</sup>

Der Widerstand gegen die Besatzung (*Ethnikî Antistasî* – nationaler Widerstand) formierte sich aus der Mitte der griechischen Gesellschaft. Während die alten Eliten des Landes sich eher ins Private zurückzogen und in der Exilregierung im Nahen Osten repräsentiert waren, organisierte eine jüngere Generation von Politikern und Offizieren die *Resistance*. Ein wichtiger Träger dieses Widerstandes war die KKE, die mit ihren Forderungen nach nationaler Befreiung und demokratischer Erneuerung weite Teile der Bevölkerung mobilisierte und damit erstmals zu einer der wichtigsten politischen Kräfte des Landes wurde.<sup>98</sup> Der Partisanenkampf konzentrierte sich bis auf einige wenige spektakuläre Aktionen wie der Entfernung der deutschen Kriegsflagge von der Akropolis vom 30. Mai 1940, auf die unwegsamen Bergregionen Griechenlands, die ein ideales Terrain für eine Guerillakriegführung darstellen.<sup>99</sup> Die Widerstandsbewegung war aber in verschiedene Gruppierungen gespalten, die sich sowohl in ihrer ideologischen Herkunft, als auch in ihrer Vorstellung von der Nachkriegsordnung drastisch unterschieden. Zum einen gab es die „Nationale Republikanische Griechische Liga“ (EDES)<sup>100</sup>, die ab 1943 zu einem Sammelbecken der politischen Rechten wurde, die kleinere Gruppe der „Nationalen und Sozialen Befreiung“ (EKKA), sowie die zahlenmäßig stärkste „Nationale Befreiungsfront“ (EAM), die von der KKE gegründet wurde.<sup>101</sup> Der militärische Arm der EAM, der 1942 gegründet wurde, war die „Griechische Befreiungsarmee“ (ELAS). Die EAM und damit auch die ELAS wurden zum Sammelbecken für patriotische Widerstandskämpfer fast jeder Couleur, weil sie als einzige Widerstandsorganisation die Möglichkeit zur Massenteilnahme am Kampf gegen die Besatzung ermöglichte. Die Schätzungen über

---

<sup>96</sup> Hagen Fleischer (1986), *Im Kreuzschatten der Mächte. Griechenland 1941-1944 (Okkupation - Resistance - Kollaboration). Band I. Vol. 2 Studien zur Geschichte Südosteuropas*. Frankfurt a. M. u.a.: Peter Lang, S. 54.

<sup>97</sup> Tzermias 1993, S. 148-153.

<sup>98</sup> Tzermias 1993, S. 155.

<sup>99</sup> Kallis 1999, S. 156-158.

<sup>100</sup> Vgl. ausführlicher zur Gründung und Zielsetzung: Fleischer 1986, S. 95-98.

<sup>101</sup> Vgl. ausführlicher zur Gründung und Zielsetzung: Fleischer 1986, S. 83-94.

die Zahl der Mitglieder schwanken zwischen einer halben und zwei Millionen (bei einer Gesamtbevölkerung von 7,5 Millionen). Die Aktivitäten von EAM und ELAS deckten ein breites Spektrum ab: in den Großstädten organisierte sie Massenkundgebungen, und auf „Sühnemaßnahmen“ der Besatzungsmächte hin organisierte sie 1943 einen Generalstreik. Daneben führte die ELAS in den Bergen einen Guerillakrieg und störte dort die Nachschublinien der Besatzer. In den befreiten Gebieten errichtete die EAM eine Art „Graswurzeldemokratie“ mit kommunaler Selbstverwaltung und einem eigenen Rechtskodex. Damit konnte die Bevölkerung der Bergregionen erstmals ihr politisches Leben selbst gestalten und war nicht mehr durch den Athener Zentralismus kontrolliert.<sup>102</sup>

Mit dem nahenden Ende des Krieges verschärfen sich die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Resistance und auch der 1944 zurückgekehrten Exilregierung. Bei den Auseinandersetzungen ging es letztlich um die Frage, ob Griechenland in den sowjetischen Einflussbereich fallen oder ein Teil des Westens bleiben sollte. Ausländische Interventionen und Einflussnahmen waren deshalb entscheidend für den Ausgang des Konflikts.

### 3.1.2.3. Der griechische Bürgerkrieg 1944-1949

Noch vor dem Abzug der letzten deutschen Streitkräfte aus Griechenland im November 1944 kam es zu Gefechten zwischen der kommunistisch orientierten ELAS und der inzwischen extrem rechts stehenden royalistischen EDES, die noch von den Besatzungsmächten unterstützt wurde. An der Seite der EDES kämpften die „Sicherheitsbataillone“, die von der Kollaborationsregierung gegründet worden waren.<sup>103</sup> Die militärisch unterlegenen rechtsgerichteten Kräfte wurden dabei vom britischen Hauptquartier Nahost und der Exilregierung unterstützt. Der Konflikt zwischen der EAM/ELAS, die den größten Teil Griechenlands kontrollierte, und der Exilregierung mit ihrer rechten Gefolgschaft entwickelte sich im Dezember 1944 zu einer Schlacht um Athen, die letztlich von britischen Interventionstruppen entschieden wurde. Das britische Eingreifen wird meist mit dem Geheimabkommen zwischen *Stalin* und *Churchill* vom Oktober 1944 begründet, das Griechenland der britischen Einflusszone zurechnete.<sup>104</sup> Die EAM/ELAS, die von diesem Abkommen nichts wusste und weiterhin mit der Unterstützung durch die Sowjetunion rechnete, flüchtete nach ihrer Niederlage in Athen in die Berge. Dabei verschleppten sie eine Vielzahl von Bürgern als Geiseln (die Zahlen schwanken zwi-

---

<sup>102</sup> Kallis 1999, S. 161-164.

<sup>103</sup> Kallis 1999, S. 170.

<sup>104</sup> Michael W. Weithmann (1994), *Griechenland. Vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart*. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet, S. 244.

schen 15 000 und 35 000), von denen später viele hingerichtet wurden.<sup>105</sup> Diese Tat führte dazu, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung zunehmend der Exilregierung und den Royalisten zuneigte.<sup>106</sup> Der Antikommunismus, der schon unter Metaxas ein bindendes Element gewesen war, erstarkte auch angesichts der Situation in den nordöstlichen Nachbarstaaten Griechenlands (Jugoslawien, Bulgarien, Albanien) von neuem. Der Friede von Varkiza, der am 12. Februar 1945 zwischen den Parteien ausgehandelt wurde, blieb brüchig, weil die staatlichen Organe sich im Anschluss auf die Verfolgung angeblich krimineller Angehörigen der Linken konzentrierte, während die rechtsextremen Gruppen weiterhin ungestraft Mitglieder der EAM terrorisierte. Die Gerichte verhängten meist mildere Strafen für Kollaborateure als für Angehörige der Linken. Aber auch die ELAS umging den Vertrag von Varkiza und gab nur einen Teil ihrer Waffen zurück. Aufgrund der Verfolgungen boykottierten alle Parteien des linken Spektrums die im März 1946 stattfindenden Wahlen, die deutlich vom rechten Bündnis der „Nationalgesinnten“ gewonnen wurde. Nach der Wahl steigerte sich das Ausmaß der Verfolgungen und die Willkür rechtsextremer Gruppen gegen alle linken Kräfte zusätzlich, so dass sich die frühere EAM/ELAS im Oktober 1946 unter Federführung der Kommunisten in der „Demokratischen Armee Griechenlands“ (DSE) sammelte, die vor allem in Nordgriechenland einen Guerillakrieg begann. Anfang 1947 musste Großbritannien seine Hilfeleistungen an Griechenland aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Lage einstellen. Mit der Verkündung der Truman-Doktrin am 12. März 1947 und der Bereitstellung umfangreicher Beihilfen für die griechische Regierung, übernahmen die USA die Rolle der Schutzmacht Griechenlands von Großbritannien. Diese Unterstützung und die gleichzeitige Zurückhaltung der Sowjetunion entschied den Bürgerkrieg. Die von der KKE in Nordgriechenland gegründete Volksdemokratie wurde zwar anfangs aus Albanien und Jugoslawien mit Hilfsmitteln versorgt, aber mit der Erklärung ein unabhängiges Mazedonien schaffen zu wollen, geriet die KKE nicht nur in Griechenland selbst, sondern auch bei den vormaligen Verbündeten in die völlige Isolation.<sup>107</sup>

Mit der Reorganisation der griechischen Armee und der Übernahme des Oberkommandos durch den Sieger gegen die italienische Armee General *Papagos* im Januar 1949 begann die letzte Phase des Bürgerkrieges. Ende August des selben Jahres verließen die letzten Verbände des DSE griechischen Boden und die „Provisorische Regierung“ der Volksdemokratie erklärte im Oktober die Einstellung des bewaffneten Widerstandes. Die KKE, die während des Krieges zeitweise bis zu einer halben Million Mitglieder gehabt hatte, hörte damit auf, in

---

<sup>105</sup> Vakalopoulos 1985, S. 238.

<sup>106</sup> Weithmann 1994, S. 248f..

<sup>107</sup> Kallis 1999, S. 189.

Griechenland zu existieren, das ZK ging ins Moskauer Exil. Der Bürgerkrieg hatte mehr als 150 000 Menschenleben gefordert, etwa 100 000 Kommunisten waren in benachbarte sozialistische Staaten geflüchtet und Griechenland hatte wertvolle Zeit für den Wiederaufbau nach dem II. Weltkrieg verloren.

#### 3.1.2.4. Die „gezähmte“ Demokratie

Der Bürgerkrieg prägte Griechenland tief. Der Antikommunismus wurde zur Staatsideologie, dem alle Institutionen untergeordnet wurden. Die Entstehung rechtsstaatlicher Strukturen wurde von den „Nationalgesinnten“ mit dem ständigen Verweis auf die kommunistische Gefahr verhindert. „Die „außerordentlichen Maßnahmen“ wie Militärgerichte, Deportationen, Entzug der Staatsbürgerschaft, Gesinnungszertifikate für die Ausstellung eines Passes oder Gewerbescheins, die Zulassung zur Universität u.ä. blieben rund 20 Jahre in Kraft und boten der Exekutive die Möglichkeit zum Machtmissbrauch gegen Oppositionelle überhaupt.“<sup>108</sup> Das monarchistische Lager, das als wahrhaft nationalgesinnt galt und zudem von der Armee unterstützt wurde, erhielt Zulauf von Politikern der Mitte und der Rechten.

Das politische Leben Griechenlands wurde weitgehend von Parteien des Zentrums, dem Militär und den USA bestimmt.<sup>109</sup> Die beiden führenden Politiker, die Griechenland bis 1963 prägten, waren der vormalige General *Alexandros Papagos*, der bis zu seinem Tod 1955 im Stile de Gaulles regierte und das Land nach dem Bürgerkrieg stabilisierte und *Kónstantinos Karamanlís*. In die Regierungszeit von *Papagos* fällt der Beitritt Griechenlands zur NATO 1952 (gleichzeitig mit der Türkei) und unter *Karamanlís* wurde ein Assoziationsabkommen mit der EG geschlossen, das am 1. November 1962 in Kraft trat.<sup>110</sup> Ein wichtiger Faktor der griechischen Politik blieb aber der König *Paul*, der häufig in die Politik intervenierte und auch die Wahl von *Karamanlís* zum Ministerpräsidenten begünstigte.<sup>111</sup> Der Rücktritt von *Karamanlís* und sein Rückzug aus der Politik waren dann auch die Folge einer Auseinandersetzung mit dem König. Von 1963 bis 1965 erfuhr Griechenland eine liberale Wende, die in der Person von *Geörgios Papandreou*<sup>112</sup> ihren herausragenden Vertreter hatte. Die Eigenständigkeit

---

<sup>108</sup> Kallis 1999, S. 192f.

<sup>109</sup> Andreas Papandreou überschreibt das Kapitel seines Buches, in dem er sich mit dieser Zeit befasst mit: „Griechenland wird Satellit“, Andreas Papandreou (1970), *Griechische Tragödie. Von der Demokratie zur Militärdiktatur*. Wien - München - Zürich: Verlag Fritz Molden, S. 91.

<sup>110</sup> Tzermias 1993, S. 184.

<sup>111</sup> Kallis 1999, S. 205f.

<sup>112</sup> Dieser *Geörgios Papandreou* war der Vater des späteren Ministerpräsidenten *Andreas Papandreou*, der während der Regierungszeit seines Vaters erstmals die politische Bühne Griechenlands betrat: Weithmann 1994, S. 255f.. Der Sohn von *Andreas Papandreou*, wieder *Geörgios Papandreou*, wurde im Februar 1999 zum Außenminister ernannt.



des Militärs, der unabhängig agierende Königshof und die Einflussnahme der USA in innenpolitische Angelegenheiten bestanden jedoch fort. Diese Einflussfaktoren – häufig zusammengefasst unter dem Begriff „Parakratos“ (Parastaat) ließen eine demokratische Wende in Griechenland nicht zu und begünstigte entscheidend die Entstehung der Militärdiktatur. Von 1965 bis 1967 konnte sich aufgrund ständiger Interventionen des seit 1964 herrschenden Königs *Kōnstantin II.* keine stabile Regierung bilden. Diese instabile Periode wurde am 21. April 1967 durch den Putsch der Obristen unter der Führung von *Geōrgios Papadopoulos* beendet.

### 3.1.2.5. Die Militärdiktatur 1967-1974

In der Nacht vom 21. April 1967 übernahm eine Junta mittlerer Offiziere die Macht in Griechenland.<sup>113</sup> Unter Zuhilfenahme des Notfallplans „Prometheus“ der NATO, der für den Fall eines kommunistischen Angriffs ausgearbeitet worden war, besetzten sie strategisch wichtige Punkte und verhafteten zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens, insbesondere aus dem linken und liberalen Spektrum.<sup>114</sup> Die Billigung des Putsches durch das gesamte Militär und den König, die Außerkraftsetzung wichtiger Artikel der Verfassung und das brutale Vorgehen gegen mögliche politische Gegner von Beginn an, sicherten den Bestand des Regimes. Eine Beteiligung der USA an den Umsturzplänen kann wohl ausgeschlossen werden, wegen der engen Kontakte des Pentagons und vor allem des CIA zu den griechischen Streitkräften muss eine Mitwisserschaft aber angenommen werden.<sup>115</sup> Allein das Gerücht der Komplizenschaft der USA, das von den Putschisten gestreut wurde, sicherte ihnen die Unterstützung des Militärs und der Konservativen. Die EG setzte das Assoziationsabkommen mit Griechenland aus und begründete dies mit der Abschaffung der Demokratie und der Menschenrechte.<sup>116</sup>

Die Bevölkerung reagierte auf die Militärherrschaft mit Apathie und nur sukzessive entwickelte sich der Widerstand gegen das Regime. Anlässe für Massendemonstrationen waren die Begräbnisse von *Geōrgios Papandreou* 1968 und *Geōrgios Seferis*, einem Literaturnobelpreisträger und erklärten Gegner der Diktatur, 1971. Aber erst mit dem Beginn der Studentenunruhen 1972 und dem Aufstand im Athener Polytechnion (Technische Universität) entstand

---

<sup>113</sup> Vgl. ausführlich: Kevin Andrews (1980), *Greece in the Dark, 1967-1974*. Amsterdam: Hakkert; Stephen G. Xydis (1974), "Coups and countercoups in Greece, 1967-1973." In: *Political Science Quarterly*, Vol. 89, Nr. 3, S. 507-538.

<sup>114</sup> Vgl. die lebendige Beschreibung der Machtübernahme und der Anfangszeit der Junta bei Papandreou 1970, S. 233-309.

<sup>115</sup> Kallis 1999, S. 245f.; A. Papandreou geht nicht nur von einer Mitwisserschaft des CIA und der US-Militärmission in Griechenland aus, sondern weist ihnen auch konkrete Verantwortung für die Planung des Putsches und die Etablierung des Regimes zu. Papandreou 1999, S. 233-247.

<sup>116</sup> Vgl. ausführlicher bei Karl H. Buck (1978), *Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Erwartungen und Probleme des Beitritts*. Bonn: Europa Union Verlag, S. 41-45.

eine breite Gegnerschaft in der Bevölkerung.<sup>117</sup> Die Versuche der Junta, ihre Herrschaft zu liberalisieren und wieder in ein System der „gezähmten Demokratie“ zu überführen, scheiterte an internen Widerständen. Der Chef der Griechischen Militärpolizei *Dimitrios Ioannidis*, einer der Hardliner des Regimes, sah die Stellung des Militärs durch die Reformen und die gleichzeitigen Unruhen gefährdet und putschte mit einer eigenen Junta im November 1973 gegen *Papadopoulos*.<sup>118</sup> Die Verschärfung der repressiven Maßnahmen durch diese neue Junta führte zu einer verstärkten Kritik des Regimes aus dem In- und Ausland. Der von der griechischen Militärregierung inszenierte Putsch gegen den zypriotischen Regierungschef Erzbischof *Makarios* am 15. Juli 1974 und der darauf erfolgte Einmarsch türkischer Truppen im Namen des durch die Garantieerklärung von 1960 eingeräumten Interventionsrechts war der Auslöser für den Zusammenbruch des Regimes.<sup>119</sup> Angesichts der drohenden Kriegsgefahr entzogen auch weite Teile des Militärs der Junta ihre Unterstützung und erzwangen die Rückkehr ziviler Politiker in die Regierung. Am 24. Juli 1974 kehrte *Kôstas Karamanlîs* aus seinem Pariser Exil nach Athen zurück und wurde vorläufiger Ministerpräsident, mit dem Auftrag der Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit“.<sup>120</sup>

Die vordringlichsten außenpolitischen Aufgaben der neuen Regierung waren das Zypernproblem und die Klärung des Verhältnisses zur NATO. Innenpolitisch musste sie die Demokratisierung Griechenlands, die Entfernung von Unterstützern der Junta aus dem Staatsapparat und die Neutralisierung der Armee bewältigen. Die „Politik der vorsichtigen Normalisierung“<sup>121</sup>, die *Karamanlîs* insbesondere innenpolitisch wählte, trug stark zur Etablierung der griechischen Demokratie bei, indem er keine neuen Gegensätze wie vor dem I. Weltkrieg oder nach dem Bürgerkrieg schuf, sondern über ausgleichende Maßnahmen und eine feste Verankerung seiner Politik in der Bevölkerung (Plebiszit über Staatsform, schnelle Durchführung von Wahlen) die Demokratie auf eine breite Basis der Anerkennung stellte. Mit den freien Wahlen<sup>122</sup> vom 17. November 1974 (erster Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Studentenunruhen), die klar von *Karamanlîs* und seiner Parte *Nea Dîmokratia* gewonnen wurde, und der Volksabstimmung vom 8. Dezember 1974, in der eine Mehrheit von fast 70 % für eine Republik und damit für die Abschaffung der Monarchie stimmte, war die Aufgabe der „Re-

---

<sup>117</sup> Kallis 1999, S. 260f.

<sup>118</sup> Beate Kohler (1981), *Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie*. Hrsg. von: Institut für Europäische Politik. *Europäische Schriften* Vol. 57. Bonn: Europa Union Verlag, S. 141.

<sup>119</sup> Auernheimer 1995, S. 351.

<sup>120</sup> Kallis 1999, S. 283.

<sup>121</sup> Kohler 1981, S. 143.

<sup>122</sup> Die KKE durfte erstmals nach dem Bürgerkrieg wieder an einer Wahl teilnehmen.

gierung der Nationalen Einheit“ beendet und die erste Amtszeit von *Kônstantinos Karamanlîs* als Ministerpräsident nach 1974 begann.

### ***3.2 Außenpolitisches Verhaltensprofil Griechenlands***

Im folgenden Abschnitt werde ich die griechische Außenpolitik seit dem Ende des II. Weltkriegs skizzieren. Nach einer allgemeinen Phaseneinteilung der außenpolitischen Orientierungen und einer knappen Einführung soll das außenpolitische Verhalten Griechenlands – aufgeschlüsselt in die drei Bereiche Sicherheitspolitik, Europapolitik und Wirtschaftspolitik – dargestellt werden. Die Unterscheidung insbesondere zwischen Sicherheits- und Europapolitik kann dabei nicht immer trennscharf vorgenommen werden, da die Mitgliedschaft in der EG/EU für Griechenland eine explizit sicherheitspolitische Komponente beinhaltet.<sup>123</sup> Für die Identifikation der relevanten Politiken und den Vergleich zu anderen Länderstudien bietet sich eine Unterteilung dennoch an. Zudem gibt es für die griechische Außenpolitik auch keine Politikfelder oder bilaterale Beziehungen, die so wichtig wären, dass sie explizit behandelt werden müssten. Die einzigen beiden Beziehungen Griechenlands, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, ist die Bindung an die USA vor 1974 und das Verhältnis zur Türkei, die aber in der Sicherheits- und auch Europapolitik ausreichend behandelt werden.

Bei der Darstellung der Außenpolitik wird Griechenland als einheitlicher Akteur behandelt und lediglich das Verhalten beschrieben. Sollte sich die Erwähnung von Motivunterstellungen nicht vermeiden lassen<sup>124</sup>, werde ich dies kenntlich machen und im Einzelfall begründen.

Die Außenpolitik Griechenlands nach dem II. Weltkrieg kann in sieben Phasen eingeteilt werden. Von 1944 bis 1949 war die Außenpolitik der Regierung geprägt vom griechischen Bürgerkrieg. Die Phase ab 1949 bis etwa 1960 kann als eine Periode der Anbindung an die USA betrachtet werden. In diese Zeit fällt auch der Eintritt in die NATO (1952). Von 1960 bis 1967 tritt die griechische Außenpolitik in eine Phase der vorsichtigen Emanzipation von den USA und einer Annäherung an Europa in Form der EWG. Die Herrschaft der Junta 1967-1974 markiert einen Stillstand der Außenbeziehungen Griechenlands, wenn auch nicht die völlige internationale Isolation. Nach der Diktatur 1974 wird die Politik der Abnabelung von den USA und der Annäherung an Europa forciert, wobei das außenpolitische Profil Griechenlands gleichzeitig durch die „multidimensionale“ Außenpolitik von *Karamanlīs* und *Papand-*

---

<sup>123</sup> Vgl. das Schaubild der sicherheitspolitischen Kreise in: Couloumbis und Giannas 1993, S. 18f..

<sup>124</sup> Vgl. die Richtlinien zur Erstellung eines allgemeinen Verhaltensprofils in: Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 25-28, insbesondere S. 27.

reou erweitert wird.<sup>125</sup> Nach dem Ende des Kalten Krieges werden in der Literatur zwei Phasen der griechischen Politik unterschieden: von 1990-1995 befindet sich Griechenland in einer Phase der außenpolitischen Reorientierung, in der kein eindeutiger Trend verfolgt wird. Nach 1995 schlägt Griechenland einen klaren Kurs der Integration in internationale Organisationen, insbesondere in die EU, ein.<sup>126</sup>

Die Hauptbezugspunkte der griechischen Außenpolitik liegen im Westen. Die enge Bindung an die USA nach dem II. Weltkrieg und der spätere Eintritt in die EG waren der institutionelle Ausdruck dieser Westbindung. Griechenland ist Mitglied in vielen internationalen Organisationen. Die wichtigsten sind die EU, die NATO, die OSZE und die UNO. Es ist der einzige NATO-Staat, der einen anderen NATO-Staat – Türkei – als größte Gefahr für die eigene Sicherheit ansieht. Griechenland ist auch das einzige Mitglied der EU, das über keine Landgrenzen zu einem anderen EU – Mitglied verfügt und dennoch (geographisch) zu Kontinentaleuropa gezählt wird. Zudem ist es das einzige EU – Mitglied auf dem Balkan, was bedeutet, dass es sich in seiner nächsten Umgebung mit instabilen Staaten konfrontiert sieht.

### 3.2.1 Sicherheitspolitik

Die zwei Hauptfelder der griechischen Sicherheitspolitik sind das Verhältnis zu den nördlichen Nachbarstaaten des Balkans und die Beziehung mit dem östlichen Nachbar – der Türkei.<sup>127</sup> Die Konzentration auf diese beiden Bereiche wird nicht nur historisch, sondern ebenso geostrategisch begründet.<sup>128</sup> Chronologisch betrachtet genoss die Verteidigung gegen einen möglichen Angriff der kommunistischen Staaten bis 1974 oberste Priorität. Nach der Invasion der türkischen Truppen auf Zypern im August 1974 änderte sich diese Reihenfolge und die perzipierte Bedrohung durch die Türkei rückte an die erste Stelle sämtlicher Sicherheitsüberlegungen Griechenlands.<sup>129</sup> Gleichzeitig bemühte sich Griechenland um eine Stabilisierung der Beziehungen zu den kommunistischen Staaten Südosteuropas. Damit konnte die bislang

---

<sup>125</sup> Heinz-Jürgen Axt (1992), *Griechenlands Außenpolitik und Europa: Verpaßte Chancen und neue Herausforderungen*. Hrsg. von: Ebenhausen Stiftung Wissenschaft und Politik. *Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik* Vol. 26. Baden-Baden: Nomos, S. 30-32.

<sup>126</sup> Dimitris Keridis (1997), "Greece in the 1990s: The Challenge of Reform." In: *The Greek Paradox. Promise vs. Performance*, Graham T. Allison und Kalypso Nicolaïdis (Hrsg), S. 85-96. Cambridge Mass.: MIT Press, S. 90; Ioakimidis 2000, S. 360.

<sup>127</sup> Vgl. zur historischen Entwicklung der Beziehungen mit der Türkei seit 1945: Andrea K. Riemer (2000), *Griechenland und die Türkei im neuen Millennium. Stabilisierer versus Regionalmacht*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 41-52.

<sup>128</sup> Niki Sarantidou (2000), *Die griechische Aussenpolitik in den frühen 90er Jahren: Bestimmungsfaktoren, Konflikte und Ergebnisse*. Bern u.a.: Peter Lang, S. 51f.; Thanos Veremis (1982), *Greek Security: Issues and Politics. Adelphi Papers Vol. 179*, S. 1, 5-9.

<sup>129</sup> Ministry of National Defence (2000), *White Paper of the Hellenic Armed Forces 1989 - 1999*. Athen, Paragraph 1.1 – 2.4; Veremis 1982, S. 5.

im Mittelpunkt der Sicherheitsüberlegungen stehende Nordflanke ruhig gestellt werden.<sup>130</sup> Eine zentrale Bedeutung für diese Politik besaß Jugoslawien. Deswegen reagierte die griechische Regierung auf die beginnende Auflösung der Republik Anfang der Neunziger mit Bestürzung und stimmte erst nach massivem Druck der EG-Partner – insbesondere Deutschlands – einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu.<sup>131</sup>

Die Kooperationszusammenhänge, die Griechenland für die Gewährleistung der eigenen Sicherheit wählte, waren nach dem Ende des Bürgerkrieges bzw. schon seit der Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947, ein enges Verhältnis zu den USA und der logisch folgende Schritt des NATO-Beitritts am 18. Februar 1952 (gleichzeitig mit der Türkei). Als Folge des Bürgerkrieges, der die erste „heiße“ Auseinandersetzung des Kalten Krieges darstellte, war eine feste Zusammenarbeit zwischen Griechenland und den USA entstanden. Die Militärhilfe der Amerikaner sicherte den Sieg der Regierung gegen die Kommunisten, und die Wirtschaftshilfe im Rahmen des Marshallplans garantierte den Aufbau der griechischen Gesellschaft nach 1949.<sup>132</sup> Die Bindung an die USA wurde in den fünfziger Jahren durch eine Reihe von Abkommen gestärkt, die den US-Streitkräften die Nutzung zahlreicher Basen in Griechenland ermöglichten und auch die Stationierung amerikanischer Atomwaffen erlaubten.<sup>133</sup> Der Eintritt Griechenlands in die NATO verankerte die Bindung an die USA auch im transatlantischen Bündnis.<sup>134</sup> Die Aufgaben Griechenlands in der NATO waren die Bereitstellung von See- und Flughäfen für die Truppen der Verbündeten, die Einrichtung von militärischen Kommunikationskapazitäten im östlichen Mittelmeer und die Überwachung der Aktivitäten der Staaten des Warschauer Pakts sowie des Nahen und Mittleren Ostens.<sup>135</sup>

Die ersten Spannungen zwischen Griechenland und der NATO entstanden 1955, als der Regierungschef *Papagos* Offiziere aus dem NATO-Hauptquartier in Izmir abberief, um gegen die angenommene pro-türkische Haltung der NATO im Konflikt auf Zypern zu protestie-

---

<sup>130</sup> Veremis 1982, S. 8.

<sup>131</sup> Aristotle Tziampiris (2000), "Greece's Contribution to European Political Cooperation Policies towards Yugoslavia, June 1991-January 1992: An Institutional Analysis." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilles Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 401-420. Aldershot: Ashgate, S. 406-408.

<sup>132</sup> Constantine Melakopides (1986), "Greece: From Compliance to Self-Assertion." In: *Semi-Alignment and Western Security*, Nils Orvik (Hrsg), S. 61-107. London & Sydney: Croom Helm, S. 64.

<sup>133</sup> Die Stationierung atomarer Sprengköpfe in Griechenland wurde durch ein geheimes Abkommen 1959 mit den USA ermöglicht: C.M. Woodhouse (1977), *Modern Greece: A Short History*. London: Faber and Faber, S. 280.

<sup>134</sup> Heinz-Jürgen Axt (2001a), "Griechenland." In: *Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern*, Jürgen Bellers, Thorsten Benner und Ines M. Gerke (Hrsg), S. 88-95. München, Wien: R. Oldenbourg Verlag, S. 90; vgl. ausführlich: Kostas Ifantis (1996), "Greece and the USA after the Cold War." In: *Greece in a Changing Europe. Between European Integration and Balkan Disintegration*, Kevin Featherstone und Kostas Ifantis (Hrsg), S. 147-159. Manchester: Manchester University Press.

<sup>135</sup> Melakopides 1986, S. 65.

ren.<sup>136</sup> Mit den sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen der griechischen und türkischen Bevölkerung auf der Insel häuften sich die Protestakte Griechenlands gegenüber der NATO.<sup>137</sup> Die Herrschaft der Junta 1967 – 1974 stand in sicherheitspolitischer Hinsicht in der Kontinuität der Nachkriegspolitik, da eine enge Bindung an die USA gesucht wurde. Zudem hielt sich das Regime mit Protesten gegenüber der transatlantischen Allianz stark zurück.<sup>138</sup> Zusätzlich wurden der NATO weitere Flottenstützpunkte zugestanden.<sup>139</sup> Der versuchte Putsch auf Zypern, der von der Junta initiiert wurde, die folgende Teil-Besetzung der Insel durch türkische Truppen und die akute Kriegsgefahr zwischen den beiden NATO-Alliierten markiert ein formatives Ereignis der griechischen Sicherheitspolitik.<sup>140</sup>

Eine der ersten Handlungen der Regierung *Karamanlís* war der Rückzug Griechenlands aus der militärischen Struktur der NATO, der am 14. August 1974 vollzogen wurde. Damit sollte gegen die Passivität der Allianz bei der Besetzung Zyperns protestiert werden.<sup>141</sup> Bis 1977 wurde der NATO die Nutzung der griechischen Basen verweigert. Parallel zum Konflikt um Zypern eröffneten sich in den Siebziger Jahren zusätzliche Konfliktfelder mit der Türkei, die man unter dem Stichwort „Ägäis-Konflikt“ zusammenfassen kann:

- die Auseinandersetzung um den Kontinentalsockel der griechischen Inseln in der Ägäis und die daraus folgenden Rechte zur Förderung der vermuteten Ölvorkommen,
- der Streit um die Ausweitung der griechischen Territorialgewässer von sechs auf zwölf Seemeilen,
- der daraus folgende Streit um den griechischen Luftraum in der Ägäis,
- die Frage der Kontrolle der internationalen Flüge über der Ägäis und der Bereich der nationalen FIR (Flight Information Region).<sup>142</sup>

---

<sup>136</sup> Melakopides 1986, S. 65.

<sup>137</sup> Der Protest Griechenlands wurde dabei auch in anderen Formen artikuliert. So wurde beispielsweise den US-Flugzeugen während der Libanonkrise 1957 die Landeerlaubnis auf griechischen Flughäfen verweigert. Melakopides 1986, S. 65-67.

<sup>138</sup> Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Haltung der USA gegenüber der Junta geradezu wohlwollend war. Das Waffenembargo der USA, das in den ersten 18 Monaten der Diktatur galt, erstreckte sich beispielsweise nur auf schwere Waffen und erlaubte sogar die Einfuhr von Einzelteilen.

<sup>139</sup> Die weitgehende Duldung des Regimes, die sich in diesen Abkommen und in zahlreichen Besuchen von US – Offiziellen ausdrückte, verstärkte in Verbindung mit der „pro-türkischen“ Haltung der NATO im Zypernkonflikt die anti-amerikanischen Ressentiments in der griechischen Bevölkerung. Die Identifikation der NATO mit den USA führte dazu, dass auch das Bündnis selbst immer mehr in Frage gestellt wurde. Melakopides 1986, S. 68-73.

<sup>140</sup> Monteaule Stearns (1997), "Greek Security Issues." In: *The Greek Paradox. Promise vs. Performance*, Graham T. Allison und Kalypso Nicolaïdis (Hrsg), S. 61-72. Cambridge Mass.: MIT Press, S. 63.

<sup>141</sup> Vgl. das Statement der gr. Regierung: Melakopides 1986, S. 73.

<sup>142</sup> Vgl. ausführlicher zu den Konfliktfeldern und ihrer Entstehung Kourvetaris und Dobratz 1987, S. 103-111; Heinz A. Richter (1988), *Friede in der Ägäis? Zypern - Ägäis - Minderheiten*. Köln: Romiosini, S. 26-40; Sarantidou 2000, S. 60f.; Pantelis Giakoumis (1986), *Die Sicherheitspolitik Griechenlands mit besonderer Berücksichtigung der NATO-Politik und des Konflikts mit der Türkei*. Münster: Lit-Verlag; Penelope D. Safioleas 2000.

Die Regierung *Karamanlīs* reagierte auf diese Konflikte<sup>143</sup> mit zwei Strategien. Einerseits wurde ein Aufrüstungsprogramm für die griechischen Streitkräfte aufgelegt,<sup>144</sup> und andererseits versuchte die Regierung mit diplomatischen Mitteln die Konflikte beizulegen und die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Der Versuch Griechenlands, die Konflikte in der Ägäis vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen, scheiterten an der Weigerung der Türkei.<sup>145</sup> Die diplomatische Offensive speiste sich aus dem Konzept der erweiterten Westbindung und der multidimensionalen Außenpolitik von *Karamanlīs*.<sup>146</sup> Die bisher extrem auf die USA ausgerichteten Außenbeziehungen Griechenlands sollten durch engere Kontakte zu Europa, den Balkanstaaten<sup>147</sup> und der arabischen Welt ergänzt werden. Die Bindung an die USA und die NATO wurde dadurch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber die Distanz Griechenlands zur Allianz und der westlichen Supermacht wuchs.<sup>148</sup> Dennoch entschloss sich Griechenland 1980 zum Wiedereintritt in die militärische Komponente der NATO.

Die USA blieben trotz des Aufbaus einer griechischen Rüstungsindustrie in den Siebzigern der wichtigste Waffenlieferant und Griechenland bemühte sich um die Einführung eines Schlüssels bei der Verteilung der US-amerikanischen Militärhilfe. Das Verhältnis der Unterstützung der USA für Griechenland zu derjenigen für die Türkei sollte bei 7:10 liegen.<sup>149</sup> Als die NATO eine gegen die Türkei gerichtete Sicherheitsgarantie für Griechenland abgelehnt hatte, wurde in der Verteidigungsdoktrin von 1985 die Türkei erstmals als primäres Sicherheitsrisiko für Griechenland genannt.

---

*Identity Shift and Europe's Changing Perception of Others: Europe, Turkey, and the Issue of Self-Identification*. [Zugriff am 8.03. 2001]. Zugänglich unter [http://members.aol.com/peacejnl/2\\_1identity.htm](http://members.aol.com/peacejnl/2_1identity.htm) (Online Journal of Peace and Conflict Resolution 2.1).

<sup>143</sup> Ich möchte an dieser Stelle aus Platzgründen nicht allzu ausführlich auf die griechisch-türkischen Streitigkeiten eingehen. Auch die wechselseitigen Schuldzuweisungen und ihre vielfältigen juristischen, historischen und sonstigen Begründungen kann ich hier nicht darlegen. Festzuhalten bleibt aber, dass Griechenland in diesen Feldern *status quo* orientiert handelt. Vgl. ausführlich dazu: Richter 1988.

<sup>144</sup> Das Verteidigungsbudget verschlang 1975 6,5 % des BIP (1973 waren es noch 4,1% gewesen). Dieser Wert blieb in etwa stabil bis 1985. Gleichzeitig wurde die Dauer des Wehrdienstes auf bis zu 32 Monate angehoben. James Brown (1991), *Delicately poised allies: Greece and Turkey*. London: Brassey's, S. 31; Melakopides 1986, S. 75. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP sank 1985 auf etwas über 5 %, ein Wert, der sich bis heute marginal gesenkt hat. Vgl. Brown 1991, S. 31 und Stockholm International Peace Research Institute (2000).

*Military Expenditure as a share of GDP 1991-99*. [Zugriff am 26.4. 2002]. Zugänglich unter [http://www.sipri.se/milex/mex\\_share\\_gdp.html](http://www.sipri.se/milex/mex_share_gdp.html).

<sup>145</sup> Axt 1992, S. 32.

<sup>146</sup> Axt 1992, S. 35-38.

<sup>147</sup> Im Rahmen dieser Politik startete Griechenland verschiedene Initiativen für eine Kooperation zwischen den Balkanstaaten. Vgl. Sarantidou 2000, S. 70-72.

<sup>148</sup> Axt 1992, S. 32.

<sup>149</sup> Sarantidou 2000, S. 63f..



Diese Einschätzung hat sich trotz der sicherheitspolitisch gefährlichen Destabilisierung des Balkans in den Neunziger Jahren bis heute nicht geändert.<sup>150</sup> Lediglich das Verhältnis zu Russland sollte verbessert werden.<sup>151</sup> Griechische Sicherheitspolitik ist weiterhin Türkeipolitik. Zwischen Griechenland und der Republik Zypern besteht eine enge militärische Zusammenarbeit und der Schutz der griechischen Bevölkerung Zyperns ist Teil der nationalen Verteidigungsstrategie.<sup>152</sup> Die Begegnungen zwischen den Regierungschefs *Papandreou*<sup>153</sup> und *Özal* 1988 sowie *Mitsotakis* und *Demirel* 1992 in Davos konnten das problematische Verhältnis der beiden Staaten nur bedingt verbessern, substantielle Fortschritte, vor allem hinsichtlich vertrauensbildender Maßnahmen, sind nach den ernsthaften Zwischenfällen 1996 um Felsen in der Ägäis<sup>154</sup> erst in jüngster Zeit erzielt worden.<sup>155</sup>

Die verteidigungspolitische Dimension der EG/EU hat eine große Bedeutung für die griechische Außenpolitik.<sup>156</sup> Der Eintritt in die WEU, der 1992 beantragt wurde und 1995 erfolgte, markiert den Beginn einer sicherheitspolitischen Orientierung, die eine Ergänzung der NATO – Dimension durch die Strukturen europäischer Sicherheitspolitik favorisiert.<sup>157</sup> Das Hauptanliegen Griechenlands bei der Entwicklung der Europäischen Verteidigungsdimension ist die Garantie der EU-Außengrenzen durch die Union.<sup>158</sup> Bei Auslandseinsätzen der internationalen Gemeinschaft hat sich Griechenland in der Hauptsache in der eigenen Region engagiert. Dazu gehörten Friedensmissionen in Bosnien, Albanien und im Kosovo.<sup>159</sup> Aber auch am

---

<sup>150</sup> Vgl. zu den Beziehungen zu den Nachbarstaaten: Heinz-Jürgen Axt (2001b), "Griechenland und seine Nachbarn auf dem Balkan." In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Vol. 48, Nr. 10, S. 598-603.

<sup>151</sup> Vgl. dazu: Nadia Alexandrova Arbatova (1999), "Russia and Greece After the End of Bipolarity." In: *Greece and The New Balkans. Challenges and Opportunities*, Van Coufoudakis, Harry J. Psomiades und Andre Gerolymatos (Hrsg), S. 295-312. New York: Pella.

<sup>152</sup> Vgl. Defence 2000, Paragraphen 2.1 – 2-3.

<sup>153</sup> Vgl. zur Außenpolitik der ersten Regierung von A. Papandreou: Theodore A. Couloumbis (1993), "PASOK's Foreign Policies, 1981-89: Continuity or Change?" In: *Greece, 1981-89. The Populist Decade*, Richard Clogg (Hrsg), S. 113-130. Basingstoke: Macmillan; John O. Iatrides (1992), "Papandreou's Foreign Policy." In: *The Greek Socialist Experiment. Papandreou's Greece 1981-9-1989*, Theodore C. Kariotis (Hrsg), S. 127-160. New York: Pella.

<sup>154</sup> Nikos Frangakis (1995/96), "Griechenland." In: *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 315-320. Bonn: Europa Verlag, S. 318f..

<sup>155</sup> Die beiden verheerenden Erdbeben in Griechenland und in der Türkei 1999 haben geradezu katalytische Wirkung auf das Verhältnis der beiden Staaten gehabt. Seither scheint ein konstruktiver Dialog möglich. Vgl. dazu auch Rainer Hermann (2001a), "Ein Zeybekiko für die Türkei. Griechenland ist zum stärksten Verbündeten der Türkei auf dem Weg nach Europa geworden," *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.7.2001.

<sup>156</sup> Vgl. dazu: Thanos P. Dokos (1999), "Greek Defense Doctrine in the Post-Cold War Era." In: *Greece and The New Balkans. Challenges and Opportunities*, Van Coufoudakis, Harry J. Psomiades und Andre Gerolymatos (Hrsg), S. 239-264. New York: Pella.

<sup>157</sup> Yannis Valinakis (1997), "Greek Security Policy in the Perspective of the CFSP." In: *Greece and the European Union: Stranger among Partners?*, Heinz-Jürgen Axt (Hrsg), S. 199-240. Baden-Baden: Nomos, S. 232.

<sup>158</sup> Frangakis 1995/96, S. 319.

<sup>159</sup> Vgl. Defence 2000.

Einsatz gegen den Irak<sup>160</sup> und an der Afghanistan – Schutztruppe<sup>161</sup> nahmen kleinere Kontingente griechischer Truppen teil.

### 3.2.2 Europapolitik

Die Annäherung Griechenlands an Europa begann 1961 mit dem Abschluss des Assoziationsvertrages zwischen der EWG und Griechenland mit dem Ziel des späteren Beitritts. Die Grundzüge des Abkommens waren:

- die Errichtung einer Zollunion,
- die Entwicklung eines gemeinsamen Handels zwischen den Staaten der EWG und Griechenland,
- die Ankurbelung der griechischen Wirtschaft durch Mittel der europäischen Partner,
- die schrittweise Angleichung der Rechtsvorschriften Griechenlands an die der EWG.<sup>162</sup>

Das Assoziationsabkommen trat Ende 1962 in Kraft und konnte bis zum Staatsstreich der Junta am 21. April 1967 problemlos wirken. Auf die Herrschaft der Obristen reagierte die EG allerdings mit dem Einfrieren des Abkommens.<sup>163</sup> Mit der Restaurierung der Demokratie in Griechenland wurde die Aussetzung der Assoziation wieder aufgehoben. Schon am 12. Juni 1975 erfolgte der Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG durch die Regierung *Karamanlis*, dem nach langen Verhandlungen am 28. Mai 1979 der Vertrag über den Beitritt folgte. Diese Entscheidung fiel gegen ernste Bedenken der Kommission wegen des griechisch-türkischen Konflikts und wirtschaftlicher Probleme.<sup>164</sup> Griechenland trat am 1. Januar 1981 der EG als zehntes Mitglied bei.<sup>165</sup> Die Mitgliedschaft bedeutete für Griechenland die Ausweitung seines außenpolitischen Horizonts, da es sich nun auch mit internationalen Problemfeldern befassen musste, wofür vorher weder Interesse noch Kapazitäten vorhanden gewesen waren. Außerdem erfuhr Griechenland hohe Zuwendungen durch die Transferzahlungen der EG.

---

<sup>160</sup> [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/Ipw/Akuf/kriege\\_1945-97/194.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/Ipw/Akuf/kriege_1945-97/194.htm) [letzter Zugriff am 27.6.2002].

<sup>161</sup> [http://www.sipotec.net/IAP\\_Aktuell/S\\_02\\_04.html](http://www.sipotec.net/IAP_Aktuell/S_02_04.html) [letzter Zugriff am 27.6.2002].

<sup>162</sup> Buck 1978, S. 36f..

<sup>163</sup> Die Aussetzung bezog sich dabei nicht auf die „laufenden Geschäfte“ wie Regelungen mit automatischem oder quasi-automatischem Charakter (z.B. Zollabbauphasen) und Verhandlungen über ein Zusatzprotokoll wegen der Erweiterung der EG. Alle anderen Teile des Abkommens insbesondere die Vergabe von Finanzhilfen wurden gestoppt. Buck 1978, S. 42f..

<sup>164</sup> Axt 1992, S. 156f..

<sup>165</sup> Axt 1992, S. 32.

Die Europapolitik Griechenlands bis 1985 war gekennzeichnet von der Herausstellung der „griechischen Besonderheit“.<sup>166</sup> Die Aktivitäten bestanden darin, die besonderen Bedürfnisse der griechischen Wirtschaft hervorzuheben und Entscheidungen der EG zu verhindern oder explizit eine Mindermeinung zu vertreten.<sup>167</sup> Im negativen Sinne gekrönt wurde diese Periode von der griechischen Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1983. Der abschließende Gipfel von Athen im Dezember 1983 gilt noch heute als abschreckendes Beispiel oder Tiefpunkt der Europäischen Integration, da dort keine Entscheidungen getroffen wurden und noch nicht einmal eine Abschlussdeklaration verfasst wurde.<sup>168</sup> Dennoch blieb die griechische Obstruktionshaltung weiter bestehen. Auf dem Gipfel in Dublin 1984 verhinderte das griechische Veto den Beitritt der iberischen Staaten. Dieses Veto wurde erst nach der Verabschiedung der Integrierten Mittelmeer Programme (IMP) zurückgezogen.<sup>169</sup> Die Einführung der IMPs und der Strukturfonds markieren gleichzeitig mit der Vergabe eines langfristigen Kredits der Gemeinschaft an Griechenland eine Wende in der griechischen Europapolitik. Von 1985 bis 1988 nahm Griechenland aktiv und konstruktiv an Europa teil und befürwortete gar einen weiteren Souveränitätstransfer an die supranationalen Organe.<sup>170</sup> Auch bei der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte agierte Griechenland initiativ und setzte sich insbesondere für die Verankerung der wirtschaftlichen und sozialen Komponente ein. Mit der Übernahme der zweiten Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1988 begann eine weitere Phase griechischer Europapolitik. Sie ist charakterisiert durch die Absenz von Obstruktionspolitik, aber auch von jeglicher Initiative – bis 1991 zeichnet sich Griechenland lediglich durch Passivität in Europa aus.<sup>171</sup>

Die Periode von 1991-1995 ist geprägt von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und seinen Partnern in der EG/EU. Der Ausgangspunkt war die Behandlung der Krise in Jugoslawien im Allgemeinen und die Anerkennung von FYROM im Besonderen.<sup>172</sup>

---

<sup>166</sup> Achilleas Mitsos (2000), "Maximising Contribution to the European Integration Process as a Prerequisite for the Maximisation of Gains." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 53-92. Aldershot: Ashgate, S. 60.

<sup>167</sup> Vgl. dazu das Memorandum der griechischen Regierung an die EG (1981) und die Nichtteilnahme an den Sanktionen gegen die UdSSR (1982) und die Verhinderung einer gemeinsamen Verurteilung der UdSSR nach dem Abschluss eines koreanischen Passagierflugzeugs (1983). Axt 1992, S. 164f.; Achilleas Mitsos (1989), *Die griechische Industrie im Internationalen Markt. Staatliche Protektion und Wettbewerbsposition der Binnenproduktion vor und nach dem Eintritt in die Europäische Gemeinschaft*. Athen: Themelio, S. 394. (in gr.)

<sup>168</sup> Mitsos 2000, S. 64.

<sup>169</sup> Mitsos 2000, FN 35.

<sup>170</sup> Die pro-europäische Haltung schlägt sich allerdings nicht in der Innen- und Wirtschaftspolitik nieder, so dass die ökonomische Kluft zwischen Griechenland und den anderen europäischen Staaten sich trotz der hohen Zuwendungen aus der EG nicht verringert (s.a. Wirtschaftspolitik). Mitsos 2000, S. 67.

<sup>171</sup> Mitsos 2000, S. 67. In diese Periode fällt die politisch instabile Zeit zwischen 1988-91, in der zwar wiederholt gewählt wurde, aber keine stabile Regierungsformation gebildet werden konnte.

<sup>172</sup> Dieses Problem wird in der ersten Fallstudie ausführlich untersucht werden, deshalb werde ich an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen. Für weitere Informationen vgl. Kapitel 4.1.

Bei den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht zeigte sich die Regierung *Mitsotakis* allerdings sehr aktiv. Die Kernpunkte der griechischen Forderungen waren die Implementierung einer verteidigungspolitischen Komponente in die EU und die Sicherung einer einheitlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft. Diese letzte Forderung richtete sich explizit gegen ein Modell der abgestuften Integration.<sup>173</sup> Die Ratifizierung des Vertrags im griechischen Parlament erfolgte am 1. August mit einer Mehrheit von 286 Stimmen (bei 300 Abgeordneten und sieben Gegenstimmen).<sup>174</sup> Die Ratspräsidentschaft Griechenlands Anfang 1994 war geprägt von der Auseinandersetzung um Mazedonien.<sup>175</sup>

Seit der Regierungsübernahme durch *Kostas Simitis* 1996 befindet sich Griechenland wieder in einer Phase der aktiven Teilhabe an den europäischen Institutionen.<sup>176</sup> Die Schwerpunkte, die bei den Maastricht-Verhandlungen bestimmend waren, vertrat die griechische Regierung auch bei den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam. Mit dem 1. Januar 2000 wurde Griechenland Mitglied im Schengener Abkommen, nachdem es seit 1992 schon zweimal wegen mangelnder Grenzsicherung abgewiesen worden war.<sup>177</sup>

### 3.2.2.1. Griechische Positionen in der EU

#### A. *Integration*

Griechenland unterstützt die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion. Gemeinsam mit Portugal und Irland widersetzt sich Griechenland der Beschneidung des EU-Haushalts und damit der Beitragszahlungen bspw. Deutschlands. Mit Spanien und Portugal wurde bei den Verhandlungen zur Agenda 2000 der Vorschlag gemacht, die Beitragszahlungen stärker am pro Kopf – BIP zu orientieren.<sup>178</sup> Griechenland spricht sich für eine weitergehende Institutionalisierung und damit einen stärkeren Souveränitätstransfer an die Organe der EU aus. Damit soll es der EU ermöglicht werden adäquat auf die zunehmend komplexen politischen und wirtschaftlichen Probleme reagieren zu können. Die Bestimmungen des Vertrages von Amsterdam gelten in dieser Hinsicht zwar als ein Schritt in die richtige Richtung, sie stel-

---

<sup>173</sup> Heinz-Jürgen Axt (1991/92), "Griechenland." In: *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 335-340. Bonn: Europa Verlag, S. 338f.

<sup>174</sup> Heinz-Jürgen Axt (1992/93), "Griechenland." In: *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 323-328. Bonn: Europa Verlag, S. 326.

<sup>175</sup> Vgl. dazu: S. Perrakis (1994), "Die Ziele der griechischen Außenpolitik. Die griechische Präsidentschaft der Europäischen Union." In: *Griechische Außenpolitik. Innere und Internationale Parameter*, D. Conostas und P. Tsakonias (Hrsg), S. 37-51. Athen: Ekdoseis Odusseas. (in gr.)

<sup>176</sup> Frangakis 1995/96, S. 318.

<sup>177</sup> Peter Zervakis (1999/2000), "Griechenland." In: *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 337-342. Bonn: Europa Verlag, S. 340.

<sup>178</sup> Griechenland. Ministerium für Presse. Generalsekretariat für Information Republik (1999), *Griechenland in der EU. Eine Positionsbestimmung in der deutschen EU-Präsidentschaft*. Berlin: Griechische Botschaft, S. 12f..

len aber – aus griechischer Sicht - lediglich den Anfang einer Entwicklung dar, die dazu führen soll, das „institutionelle Defizit“ der EU zu schließen.<sup>179</sup> Die Europäische Vision Griechenlands ist eine föderale EU, in deren Mittelpunkt die supranationalen Institutionen stehen. Als zentrales Organ ist die Kommission vorgesehen, der Rat soll zu einer zweiten legislativen Kammer werden. Gleichzeitig ist ein Abbau des Demokratiedefizits der EU beabsichtigt, u.a. durch die Direktwahl wichtiger Amtsinhaber.<sup>180</sup>

### **B. Erweiterung**

Generell steht Griechenland der Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten positiv gegenüber. Die Ausstattung der Union selbst mit ausreichenden Mitteln zur Heranführung der Beitrittskandidaten an das EU-Niveau wird aber als notwendig erachtet. Die Europäische Union muss nach griechischer Ansicht über einen finanziellen Rahmen verfügen, der es ihr ermöglicht, die zunehmenden Kosten der Erweiterung zu tragen ohne dass bisherige Mittel gekürzt werden. Desgleichen sollten die bisher angelaufenen Struktur- und Kohäsionsprogramme erhalten bleiben und das Ziel der vollkommenen Konvergenz nicht aus den Augen verloren werden. Bei der Auswahl der Beitrittskandidaten dringt Griechenland darauf, auch den Balkanstaaten und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine Beitrittsperspektive zu gewähren. Die Einbindung dieser Staaten wird als die beste Möglichkeit der langfristigen Stabilisierung der Region betrachtet. Besonderes Augenmerk richtet Griechenland hinsichtlich der EU-Erweiterung auf Zypern und die Türkei. Der Beitritt Zyperns wird von Athen aus nach besten Kräften gefördert.<sup>181</sup> Eine Lösung des Zypernproblems wird vor den Beitrittsverhandlungen zwar als wünschenswert betrachtet, stellt nach griechischer Ansicht aber keine unabdingbare Voraussetzung dar.<sup>182</sup>

Griechenland vertritt seit dem Gipfel von Helsinki 1999 die Position, dass die Türkei ein Aufnahme- aber kein Ausnahmekandidat werden soll. Noch 1997 hatte sich Athen gegen die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an die Türkei ausgesprochen.<sup>183</sup> Die Beitrittskriterien

---

<sup>179</sup> Yannos Kranidiotis (2000), "The Fundamental Objectives of Greek Foreign Policy." In: *Contemporary Greece and Europe*, Elias Mossialos und Achilleas Mitsos (Hrsg), S. 31-36. Aldershot: Ashgate, S. 33.

<sup>180</sup> Vgl. ausführlicher zu den griechischen Europavorstellungen: Panajotis K. Ioakimides (2001), "Die Rolle Griechenlands in der Europäischen Union." In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Vol. 48, Nr. 10, S. 608-612, S. 612.

<sup>181</sup> Nikos Frangakis (1997/98), "Griechenland." In: *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 339-342. Bonn: Europa Verlag, S. 341. Vgl. Griechische Republik – Außenministerium (2002), Die griechische Präsidentschaft, abrufbar unter:

[http://www.mfa.gr/greek/foreign\\_policy/eu/the\\_presidency.html](http://www.mfa.gr/greek/foreign_policy/eu/the_presidency.html) (in gr.) [letzter Zugriff am 11.7.2002].

<sup>182</sup> Kranidiotis 2000, S. 34.

<sup>183</sup> Rainer Hermann (2001b), "Europa führt Erzfeinde zusammen: Die griechisch-türkische Annäherung." In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Vol. 48, Nr. 10, S. 603-608, S. 605.

müssten für die Türkei in gleichem Maße angewendet werden wie für andere Staaten auch.<sup>184</sup> Insbesondere wird eine Lösung der Kurdenfrage, die Anerkennung des Internationalen Gerichtshofes von Den Haag und ein Entgegenkommen in der Zypernproblematik gefordert.<sup>185</sup> Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen sieht sich Griechenland als einer der stärksten Befürworter eines Beitritts der Türkei zur EU.<sup>186</sup>

### C. GASP

Die Anfänge einer europäischen Außenpolitik – die EPZ – wurde von Griechenland skeptisch gesehen. Die Genscher-Colombo-Initiative wurde als Versuch der großen Mitgliedsstaaten betrachtet, den kleineren EG-Mitgliedern ihre Politik aufzuzwingen. Der vergleichsweise abgeschwächten Erklärung von Stuttgart 1983 konnte die Regierung Papandreou dann aber zustimmen, wobei sie jedoch den Vorbehalt einfügte, dass dies Griechenland nicht an einer Außenpolitik hindere, die an den nationalen Interessen orientiert sei.<sup>187</sup> Diese Position spiegelt sich auch in den zahlreichen Widersprüchen Griechenlands gegen gemeinsame Erklärungen der EG wider, wie etwa bei der Opposition gegen eine multinationale Sinai-Truppe<sup>188</sup> 1981, bei der expliziten Verurteilung Israels in der Libanon-Erklärung<sup>189</sup> des Europäischen Rates 1982 und beim Abschuss des koreanischen Verkehrsflugzeuges 1983.<sup>190</sup> Erst 1985 änderte sich diese Haltung gegenüber der EPZ und Griechenland stimmte der EEA zu,<sup>191</sup> auch wenn verteidigungspolitische Aspekte von der Athener Regierung abgelehnt wurden.<sup>192</sup>

Heute unterstützt Griechenland die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik tatkräftig. Die Prinzipien, auf die man sich im Vertrag von Amsterdam geeinigt hat, sollen das Leitmotiv dieser GASP darstellen. Die Konzentration Europas müsse dabei insbesondere auf der Wahrung des Völkerrechts und der Einhaltung internationaler Verträge liegen. Die Errichtung effektiver Mechanismen und Instrumente zum Krisenmanagement müssten im europäischen Rahmen geschaffen werden. Auch die Einrichtung des Amtes eines „Ho-

---

<sup>184</sup> Harris C. Georgiades (2000), "Greece and the EU-Turkish Relationship." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 421-430. Aldershot: Ashgate, S. 430.

<sup>185</sup> Loukas Tsoukalis (2000), "Greece in the EU: Domestic Reform Coalitions, External Constraints and High Politics." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 37-52. Aldershot: Ashgate, S. 47.

<sup>186</sup> Hermann 2001a.

<sup>187</sup> Axt 1992, S. 172.

<sup>188</sup> Antonios Papantoniou (1993), *Griechenland in der EPZ. Die Außenpolitik Griechenlands seit dem Beitritt in die EG unter besonderer Berücksichtigung seiner Teilnahme an der EPZ*. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, S. 154.

<sup>189</sup> Axt 1992, S. 191.

<sup>190</sup> Papantoniou 1993, S. 145f.. Vgl. zu den griechischen Widersprüchen die Übersicht bei: Axt 1992, S. 180.

<sup>191</sup> Axt 1992, S. 174-176.

<sup>192</sup> Mathias Jopp (2000), "Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik." In: *Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 227-231. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

hen Repräsentanten“ der EU wurde von Griechenland gefordert, wobei ein Assistent dieses Vertreters Grieche sein sollte, um die Bearbeitung der Krisen in Südosteuropa unter Zuhilfenahme der bereits bestehenden griechischen Kontakte zu verbessern. Die Entwicklung militärischer Kapazitäten der EU wird von Griechenland – vor allem in Hinblick auf die Krise im Kosovo – gefordert, ebenso ein gewichtigeres Auftreten der EU auf der weltpolitischen Bühne insgesamt.<sup>193</sup> Griechenland hat deshalb Truppenteile für die EU-Eingreiftruppe bereitgestellt.<sup>194</sup> Die griechische Forderung an die Europäische Sicherheitsarchitektur nach einer Sicherheitsgarantie gegen die Türkei durch die EU ist aber abgelehnt worden. Auf diesem Vorbehalt gründet auch der Streit zwischen der EU und der Türkei, die als NATO-Mitglied einen Zugriff der EU auf die Kapazitäten der Allianz bislang verweigert und damit den Einsatz der EU-Truppe verhindert.<sup>195</sup>

### 3.2.2.1. Griechische Verhandlungspositionen zu den wichtigen europäischen Verträgen

Bei den Verhandlungen zur EEA setzte sich Griechenland für die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft ein, deren Aufnahme als Ziel in den EWG-Vertrag (Art. 130a) erreicht wurde. Auch bei den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag lag der Schwerpunkt der griechischen Position auf der Errichtung des europäischen Kohäsionsfonds, der eine weitere wichtige Zufuhr von EG/EU-Mitteln für Griechenland bedeutete. Mit diesen Haltungen wurde Griechenland innerhalb der EG/EU zum Fürsprecher der strukturschwachen Regionen.<sup>196</sup> Bei den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam wurde diese generelle Haltung beibehalten, aber gleichzeitig um die Forderungen nach einer höheren Transparenz der EU-Institutionen und der Verstärkung der sozialen Dimension der Union ergänzt. Dazu forderte Griechenland eine europäische Beschäftigungspolitik.<sup>197</sup>

---

<sup>193</sup> Kranidiotis 2000, S. 33.

<sup>194</sup> Dabei handelt es sich um 4000 Mann, 40 Flugzeuge, 6 Hubschrauber, 6 Fregatten und ein U-Boot. Margarita Mathiopoulos, "Griechenland als Garant regionaler Stabilität. Athen entwickelt neue Konzepte für seine Sicherheitspolitik," *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.8. 2001.

<sup>195</sup> Nachdem Griechenland nun einer Kompromissformel zugestimmt hatte, wonach die Garantie der EU, dass kein NATO-Mitglied attackiert werde, ergänzt werden solle, um die Garantie, dass die NATO kein EU-Land angreifen werde, hat die Türkei dagegen ihr Veto eingelegt. Die Angelegenheit ist aber weiterhin im Fluss und kann daher hier nicht abschließend beurteilt werden. Vgl. Christian Wernicke, "Eingreiftruppe im Wartestand. Türkei blockiert erneut Kriseninterventionen der Europäer," *Süddeutsche Zeitung*, 24.6. 2002.

<sup>196</sup> Otto Schmuck (1997), "Integrationsgewinner mit aussenpolitischer Sonderrolle - Zwischenbilanz der EU-Mitgliedschaft Griechenlands." In: *Griechenland. Außen-, sicherheits- und europapolitische Aspekte*, Pantaleon Giakoumis (Hrsg), S. 131-142. Aachen: Mainz-Verlag, S. 140.

<sup>197</sup> Vgl. Dimitris N. Chrysoschoou, Stelios Stavridis und Andreas Moschonas (2000), "Greece and the European Union after Amsterdam." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 182-204. Aldershot: Ashgate.

Die Mittelmeerpolitik der EU und dabei insbesondere den Barcelona-Prozeß unterstützt Griechenland zwar, das Land zählt aber nicht zu den Initiatoren dieser Maßnahme, sondern hat sich lediglich den Positionen Frankreichs und Italiens angeschlossen.<sup>198</sup>

Bei den Vertragsverhandlungen von Nizza lag der Schwerpunkt der griechischen Position auf der institutionellen Reform der EU. Die Regierung *Simitis* vertrat dabei den Standpunkt, dass weiterhin jedes Land einen Kommissar stellen und diese auch gleichberechtigt bleiben müssten, damit die Gleichheit der Mitgliedsstaaten widerspiegelt werde. Griechenland widerspricht einer Begrenzung der Kommissarzah, um gegenüber den Beitrittskandidaten kein negatives Signal zu setzen.

Einer weitgehenden Einführung der QMV widersetzte sich die griechische Regierung und plädierte für eine Einzelfallprüfung der jeweiligen Entscheidung. Außerdem müssten „vitale Interessen“ der Staaten von QMV ausgenommen werden. Einer verstärkten Kooperation, die Griechenland als Versuch der Errichtung eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten verstand, wurde eine Absage erteilt, bzw. sie sollte nur möglich sein, wenn sie der höheren Integration aller Mitgliedsstaaten diene.<sup>199</sup>

### 3.2.3 Wirtschaftspolitik

Die griechische Wirtschaft ist die schwächste in der EU.<sup>200</sup> Nach der Zerstörung durch den Bürgerkrieg war die Ausgangssituation für die stark landwirtschaftlich orientierte griechische Ökonomie noch zusätzlich verschlechtert.<sup>201</sup> Mit Modernisierungsprogrammen wurde in den sechziger Jahren ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich etwa 6% erreicht und ein Strukturwandel hin zu einer stärkeren Industrialisierung bewirkt.<sup>202</sup> Mit dem EG-Beitritt 1981 eröffneten sich der griechischen Wirtschaft neue Möglichkeiten, die jedoch nur sehr sporadisch genutzt wurden. Misswirtschaft und Ineffizienz prägten die von staatlichen Unternehmen beherrschte Industrielandschaft.<sup>203</sup> Die Folge waren eine zweistellige Inflationsrate und ein ständig steigendes Haushaltsdefizit. Die Lücken im öffentlichen Budget mussten ständig

---

<sup>198</sup> Vgl. insgesamt zum Barcelona-Prozeß: Carlo Masala (2000), "Die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Geschichte – Struktur – Prozeß." In: *ZEI - Discussion Paper*, Vol. C 68, S. 1-32. und zur griechischen Position: [http://www.mfa.gr/greek/foreign\\_policy/ami/](http://www.mfa.gr/greek/foreign_policy/ami/) (in gr.).

<sup>199</sup> IGC 2000: Memorandum from the Greek Government to the Intergovernmental Conference on institutional reform of the European Union (CONFER 4719/00), abrufbar unter: <http://ue.eu.int/cigdocs/EN/04719en.pdf> [letzter Zugriff am 28.6.2002].

<sup>200</sup> Das BIP pro Kopf lag Ende der Neunziger bei etwa 70% des EU-Durchschnitts. Nicos Christodoulakis (2000), "The Greek Economy Converging Towards EMU." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 93-114. Aldershot: Ashgate.

<sup>201</sup> Melakopides 1986, S. 63.

<sup>202</sup> Axt 1992, S. 19f.

<sup>203</sup> Stylianos Hadjiyannis (1990), "Democratization and the Greek State." In: *Transitions from Dictatorship to Democracy. Comparative Studies of Spain, Portugal and Greece*, Ronald H. Chilcote u.a. (Hrsg), S. 131-188. New York: Crane Russak, S. 170-174.



mit Auslandskrediten ausgeglichen werden, da die finanzielle Unterstützung der EG/EU zu meist lediglich den aktuellen Bedarf abdeckte und damit die Durchführung der notwendigen Reformen hinauszögerte.<sup>204</sup> Erst seit Mitte der Neunziger Jahre hat die Regierung *Simitis* einen Kurs zur strikten Durchführung eines Konvergenzprogramms eingeschlagen, der darin mündete, dass Griechenland 2001 als zwölfter Staat der Europäischen Währungsunion beitreten konnte.<sup>205</sup> Die Wirtschaftsdaten wurden durch radikale Privatisierungs-, Modernisierungs- und Einsparmaßnahmen sowie den zielgerichteten Einsatz der Finanzbeihilfen der EU seit dem Amtsantritt von *Simitis* verbessert.<sup>206</sup> Damit konnten die Maastrichter Kriterien erreicht werden.<sup>207</sup> Zusätzlicher Motor für diesen Aufschwung sind die Infrastrukturmaßnahmen der EU und die Aktivitäten im Rahmen der Vorbereitungen für die Olympiade 2004.<sup>208</sup> Zudem hat Griechenland stark von der wirtschaftlichen Öffnung der Balkanstaaten Anfang der Neunziger profitiert.<sup>209</sup>

Die Haupthandelsregionen sind die EU-Staaten, Nordamerika, die arabische Welt und der Balkan. Neben dem Tourismus sind die Haupteinnahmequellen der griechischen Wirtschaft der Warenexport, das Transportgewerbe – Griechenland hat die drittgrößte Handelsflotte der Welt - und die regelmäßigen Überweisungen von Gastarbeitern.<sup>210</sup>

---

<sup>204</sup> George Alogoskoufis (2000), "The Greek Economy and the Euro." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 131-156. Aldershot: Ashgate, S. 143f..

<sup>205</sup> "Das Wunder von Athen," Die Zeit, 22.11.2001.

<sup>206</sup> Vgl. dazu: Michael G. Argyrou (2000), "EMU and Greek Macro-economic Policy in the 1990s." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 157-182. Aldershot: Ashgate; Christodoulakis, (Hrsg), S; Nikolas C. Garganas (2000), "Greece and the EMU: Prospects and Challenges." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 115-130. Aldershot: Ashgate; Panagiotis Liargovas (2000), "The Changing Role of the Greek State in View of EMU." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 205-222. Aldershot: Ashgate.

<sup>207</sup> Vgl. Gustav Auernheimer (2000a), "Griechenland vor dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion." In: *Südosteuropa*, Vol. 49, Nr. 3-4, S. 12; die Zahlen dieses Aufschwungs wurden allerdings nach neuesten Meldungen durch die Wirtschaftsprüfer der EU in Frage gestellt, vgl. Kathimerinî, 24.10.2002.

<sup>208</sup> Vgl. FAZ, 2.11. 2001; Sarantis Pantelias (2001), "Die großen Infrastrukturprojekte." In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Vol. 48, Nr. 10, S. 619-622.

<sup>209</sup> Die Zeit, 22.11.2001.

<sup>210</sup> Axt 1992, S. 22.

### 3.3. Diskursprofil

#### 3.3.1. Griechischer Diskurs über den EG-Beitritt 1976-1979

##### 3.3.1.1. Einleitung

Die Debatte über den Beitritt Griechenlands war die erste große außenpolitische Auseinandersetzung nach dem Ende der Diktatur 1974. Sie steht in der Kontinuität der Debatte, die Ende der Fünfziger und Anfang der Sechziger Jahre um die Assoziation Griechenlands an die EWG geführt wurde.<sup>211</sup> Innerhalb der politikwissenschaftlichen und historischen Literatur über Griechenland wird sie als Schlüsselmoment nach dem Ende der Diktatur und dem Beginn der griechischen EG-Mitgliedschaft ausführlich behandelt. So findet sich auch in jeder Überblicksdarstellung zur griechischen Europapolitik ein Kapitel oder zumindest ein Absatz zu dieser Debatte.<sup>212</sup> Nach der türkischen Invasion auf Zypern und dem darauf folgenden Austritt Griechenlands aus der militärischen Komponente der NATO betraf die Frage der europäischen Orientierung aber nicht nur wirtschaftliche Aspekte. Vielmehr war es eine Debatte über die generelle Formulierung griechischer Außenpolitik.<sup>213</sup> Sie dauerte vom Zeitpunkt des griechischen Antrags auf Vollmitgliedschaft in der EG am 12. Juni 1975 bis zur Ratifizierung des Beitrittsvertrags im griechischen Parlament am 28. Juni 1979 mit der notwendigen 3/5-Mehrheit.<sup>214</sup> Der diskursive Kontext, in den diese Debatte einzuordnen ist, reicht von der Auseinandersetzung über die Assoziierung Griechenlands mit der EWG 1961 bis in die ersten Jahre der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft.

Es handelt sich nicht um einen Elitendiskurs, der abgekoppelt von der griechischen Öffentlichkeit stattfand, sondern einen Diskurs, an dem eine breite Mehrheit der griechischen Bevölkerung teilnahm. Die Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten und fast aller gesell-

---

<sup>211</sup> Vgl. dazu: Dimitris Conostas und Thanos Veremis (1990), "Die Europa-Diskussion in Griechenland." In: *Die Anfänge der europäischen Integration 1945 - 1950*, Loth. Wilfried (Hrsg), S. 165-170. Bonn: Europa Verlag.

<sup>212</sup> Vgl. exemplarisch die Monographie von Ioannis G. Tsonis (1987), *Die griechischen Parteien und die Europäische Gemeinschaft. Die parteipolitische Auseinandersetzung um die EG-Politik Griechenlands 1974-1984: Verhaltensmuster, Tendenzen, Divergenzen*. München: tuduv-Verlagsgesellschaft und die Artikel: Susannah Verney (1998), "Dual Vision: Divided Perceptions of Europe in the Political Party Debate on European Integration." In: *Die Griechen und Europa*, Harald Heppner und Olga Katsiardi-Hering (Hrsg), S. 193-226. Wien u.a.: Böhlau; Susannah Verney (1993), "From the 'Special Relationship' to Europeanism: PASOK and the European Community 1981-89." In: *Greece, 1981-89. The Populist Decade*, Richard Clogg (Hrsg), S. 131-153. Basingstoke: Macmillan; Susannah Verney (1990), "To be or not to be within the European Community: the party debate and democratic consolidation in Greece." In: *Securing Democracy: political parties and democratic consolidation in southern Europe*, Geoffrey Pridham (Hrsg), S. 203-223. London, New York: Routledge.

<sup>213</sup> Tsonis 1987, S. 109.

<sup>214</sup> Loukas Tsoukalis (1981), *The European Community and its Mediterranean Enlargement*. London: George Allen & Unwin Ltd., S. 106.

schaftlichen Akteure wurde durch die Wahl zum griechischen Parlament 1977 erleichtert, in deren Vorfeld die Auseinandersetzung um den Beitritt zur EG zum Wahlkampfgegenstand wurde. Die Konfliktlinien zwischen Befürwortern und Gegnern des Beitritts verliefen zwischen den Parteien. Die regierende ND und die kleineren Parteien EDA, KODISO, EP und KKEes sprachen sich für die Vollmitgliedschaft aus, während die neugegründete PASOK und die KKE den Beitritt ablehnten.<sup>215</sup> Die Massenmedien spielten in dieser Auseinandersetzung keine eigenständige Rolle, sondern dienten vornehmlich als Medium für die Beiträge der einzelnen Parteien. Dies hängt damit zusammen, dass die griechische Presse entlang der parteipolitischen Linien organisiert war – jede Zeitung stand einer bestimmten Partei nahe und vertrat deren Ansichten.<sup>216</sup>

Im Folgenden werde ich die Argumentationen der Befürworter und Gegner darlegen, wobei das Hauptaugenmerk auf den Parteien liegen wird, aber auch die Stellungnahmen anderer gesellschaftlicher Akteure dargestellt werden. In einer kurzen Zusammenfassung werden am Ende des Kapitels die Faktoren der Diskurshegemonie aufgezeigt und in einer Graphik die Argumentationen mit den jeweiligen Identitätselementen verbunden.

### 3.3.1.2. Die Befürworter des EG-Beitritts

Die Fürsprecher des griechischen EG-Beitritts argumentierten innenpolitisch, ökonomisch, außen- und sicherheitspolitisch. Die zentrale Parole, derer sich insbesondere die ND bediente, war: „Griechenland gehört zum Westen“.<sup>217</sup> Mit dieser Verortung in den Bereich der westlichen Demokratien konnten mehrere Argumentationen verbunden werden. Der „Westen“ wurde mit einer fortschrittlichen Form der Demokratie und politischen Stabilität identifiziert. Die Zugehörigkeit der USA zum „Westen“ spielte bei der ND nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr bezog sich der Terminus auf die Staaten Westeuropas, die mit ihren Sanktionen gegen die Junta ein deutliches Zeichen gegen die Diktatur und für die Demokratie gesetzt

---

<sup>215</sup> Zur Wahl 1977 traten die konservative Neue Demokratie (ND), die Panhellenische Sozialistische Bewegung PASOK, die linksorientierte Union des demokratischen Zentrums (EDIK), die moskautreue Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die rechte Nationale Partei (EP), sowie ein Linksbündnis und die Neoliberale Partei (NK) an. Bei der Wahl am 20. November 1977 erhielten die pro-europäischen Parteien 65,3% der Stimmen gegenüber 34,7% für die Gegner des Beitritts PASOK und KKE. Vgl. die detaillierten Wahlergebnisse in: Nicos Alivizatos (1990), "The difficulties of 'rationalization' in a polarized political system: the Greek Chamber of Deputies." In: *Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe: Greece, Italy, Portugal, Spain and Turkey*, Ulrike Liebert und Maurizio Cotta (Hrsg), S. 131-153. London: Pinter, S. 136.

<sup>216</sup> Ursula Diepgen (1980), "Massenmedien." In: *Griechenland*, Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg), S. 400-424. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 408. Heute verfügen nur noch die Kommunisten über ein exklusives Parteiorgan – Ο Ριζοσπάστης (Der Radikale). Vgl. auch Kapitel 3.3.3..

<sup>217</sup> Verney 1990, S. 208.

hatten.<sup>218</sup> Die Zugehörigkeit Griechenlands zu diesem Kreis sollte, nach der Argumentation der Pro-Europäer, die wiedererrichtete Demokratie in Griechenland konsolidieren und in Zukunft die Stabilität der politischen Institutionen garantieren.<sup>219</sup> Die Gefahr eines erneuten Staatstreiches von rechts oder links könne wirksam durch den Beitritt zur EG verhindert werden, weil die wirtschaftlichen Kosten eines Ausschlusses, der bei der Zerstörung der demokratischen Strukturen zwangsläufig erfolge, zu hoch seien. Die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, die eine Einbindung in die EG mit sich bringe, würde Griechenland in das Lager der demokratischen Staaten binden.<sup>220</sup> Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zu Europa auf die griechische Ökonomie waren ein weiteres Argument der Befürworter. Allein dadurch könne die rückständige Wirtschaft des Landes an das Niveau und den Lebensstandard Westeuropas herangeführt werden. Nur die demokratischen Staaten mit ihrer marktwirtschaftlichen Ordnung seien das geeignete Umfeld für das sich entwickelnde Griechenland.<sup>221</sup> Diese Argumentationen auf der Basis von Demokratie und Marktwirtschaft knüpfen an das Identitätselement **„Griechenland als Teil des Westens“** an. Diese Ansichten wurden auch von starken Interessengruppen aus der griechischen Wirtschaft unterstützt. So vertraten sowohl der Verband der Griechischen Industrie (SEV), als auch der Allgemeine Verband Griechischer Arbeiter (GSEE) und die Griechische Konföderation Landwirtschaftlicher Kooperativen (PASEGES) die Position, dass der Beitritt die notwendige Modernisierung Griechenlands vorantreiben würde und es in die Lage versetzen würde, den Lebensstandard der westlichen Demokratien zu erreichen.<sup>222</sup>

Die Zugehörigkeit zum Westen beruhte nach der ND und den anderen pro-europäischen Parteien aber nicht nur auf ordnungspolitischen Gemeinsamkeiten, sondern es bestehe zudem eine enge kulturelle Bindung zwischen Griechenland und Westeuropa. Griechenland sei der Ausgangspunkt der westlichen Zivilisation und damit qua Ursprung in diesem Kontext verhaftet. Griechenland habe Europa gewissermaßen ‚erfunden‘. Zudem bestünden seit der frühen Neuzeit geistig-kulturelle Bindungen zwischen Griechenland und Westeuropa. Ein weiterer Aspekt dieser kulturellen Argumentation war die Identifikation der „Megali Idea“ mit der Idee des sich vereinigenden Europa.<sup>223</sup> Mit diesen Verknüpfungen konnte das Identitätselement **„Griechenland als eigenständige Kulturnation“** aktiviert werden. Der Bezug auf die

---

<sup>218</sup> Die Identifikation des Begriffs „Westen“ oder „Westeuropa“ mit Demokratie, die innerhalb der ND stattgefunden hatte, belegt auch die Tatsache, dass ein Minister, der gebeten worden war, ein Vorwort zu einem Buch mit dem Titel ‚Europeanism‘ zu schreiben, sechseinhalb Seiten mit dem Thema „Demokratie“ füllte ohne die EG auch nur zu erwähnen. Verney 1990, S. 209.

<sup>219</sup> Tsoukalis 1981, S. 110.

<sup>220</sup> Tsonis 1987, S. 127.

<sup>221</sup> Tsonis 1987, S. 128.

<sup>222</sup> Tsoukalis 1981, S. 113f.

<sup>223</sup> Tsonis 1987, S. 119. Vgl. zum Konzept der „Megali Idea“ Kapitel 3.1.1.1. dieser Arbeit.

klassisch hellenischen Traditionen wurde durch die „Megalí Idea“ mit der orientalischen Vergangenheit Griechenlands verbunden, so dass eine ungebrochene Linie vom perikleischen Athen über die Gründung des neugriechischen Staates und die schrittweise Eingliederung der griechisch besiedelten Gebiete im 19. und 20. Jahrhundert bis zum EG-Beitritt gezogen werden konnte.

Die Hauptargumentation der Beitrittsbefürworter war aber außen- und sicherheitspolitischer Natur. Sie stützte ihre Argumentation insbesondere auf die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität Griechenlands sowie die griechische Position im internationalen System vor allem gegenüber der Türkei. Der Beitritt zur EG sei langfristig gesehen die einzige Möglichkeit, die griechische Unabhängigkeit zu sichern. Erstmals in der Geschichte Griechenlands könne das Land gleichberechtigt im Kreis der bedeutenden Nationen auftreten und, durch die Mitspracherechte in der Gemeinschaft, die Geschicke des Kontinents mitbestimmen.<sup>224</sup> Gleichzeitig sei der europäische Weg die einzige Möglichkeit zu vermeiden, dass man weiterhin unter der Kuratel einer Großmacht stehen werde. Dies verweist explizit auf ein zentrales griechische Identitätselement: „**Griechenland als unabhängiger Staat**“ mit der diskursiven Kehrseite, die als „**Griechenland als Spielball großer Mächte**“ bezeichnet werden kann. Mit diesen Verknüpfungen konnten die Pro-Europäer den starken Antiamerikanismus in der Bevölkerung, der seit der Junta untrennbar mit diesem Identitätselement verbunden war, mit einem pro-europäischen Impetus versehen. Die Europäische Gemeinschaft wurde als gemeinsames Projekt der Staaten Westeuropas interpretiert, sich vom Hegemon USA zu lösen.<sup>225</sup> Diese Bestrebungen würden zur Entstehung der Großmacht „Europa“ führen, die allein in der Lage wäre, die Unabhängigkeit des Kontinents zu bewahren. Dieses Europa könne zu einer Macht neuen Typs werden, das seine Politik an Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt ausrichten könne und sich somit auch substantiell von der bisherigen Großmachtpolitik abhebe und ein Mitspracherecht der Partner ermöglichen werde.<sup>226</sup> Griechenland dürfe und könne diesem Prozess nicht fernbleiben, weil seine eigene Unabhängigkeit nur auf Kosten des geringen Souveränitätstransfers an die EG gewährleistet sei.<sup>227</sup> Als Alternative zu diesem Szenario wurde entweder ein von den USA dominiertes oder ein im internationalen Kontext marginalisiertes und isoliertes Griechenland gezeichnet.<sup>228</sup> Die Unabhängigkeit Griechenlands von den

---

<sup>224</sup> Tsonis 1987, S. 125.

<sup>225</sup> Verney 1990, S. 209.

<sup>226</sup> Vgl. den Beitrag des griechischen Delegationsführers bei den Assoziationsverhandlungen (1958-1961) und Mitglieds der EDIK (bis 1979) und KODISO (gegründet im März 1979): John Pasmazoglou (1976), "Der bevorstehende Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft." In: *Europa-Archiv*, Vol. 7/1976, S. 215-224, S. 216.

<sup>227</sup> Tsonis 1987, S. 151.

<sup>228</sup> Tsonis 1987, S. 122f..

USA, die durch die EG erreicht werde, ist, neben den Möglichkeiten, die ein vereinigtes Europa nach ihrer Ansicht für die sozialistische Politik darstellte, das Hauptargument der KKEes für den Beitritt.<sup>229</sup>

Diese Gefahr der internationalen Isolation Griechenlands verwies direkt auf das Identitätselement „**Griechenland als bedrohter Außenseiter**“. Dieses Element vereinigt mehrere Aspekte. Einmal bezieht es sich auf die geographische Lage Griechenlands an der Südflanke der NATO. Als Anrainer der kommunistischen Balkanstaaten und Hüter des östlichen Mittelmeers wird Griechenland als ‚Vorposten‘ des Westens im Kalten Krieg gesehen. Des weiteren wird diese gefährdete Position durch die Nachbarschaft zum Nahen Osten und seinen Konfliktherden verschärft. Der dritte und wichtigste Aspekt der perzipierten Bedrohung, die vor allem nach 1974 wahrgenommen wurde, war die Türkei. Die Befürworter argumentierten, dass die Mitgliedschaft in der EG die gefährdete Sicherheit Griechenlands garantieren werde und spielte damit direkt auf die wahrgenommene Unfähigkeit der NATO, und damit der USA,<sup>230</sup> an dies zu gewährleisten.<sup>231</sup> Damit bedienten sie sich der tiefgehenden Enttäuschung mit dem transatlantischen Bündnis, die nach der Teilbesetzung Zyperns durch die Türkei in Griechenland herrschte. Die territoriale Integrität Griechenlands könne nach dem Versagen der NATO nur durch die Gemeinschaft der europäischen Staaten sichergestellt werden.<sup>232</sup> Deren Solidarität sei auch verlässlicher als die der USA, wie sich bei der Behandlung der Junta erwiesen habe. Auch werde sich die Verhandlungsposition Griechenlands gegenüber dritten Staaten entscheidend verbessern, und mit dem wirtschaftlichen und diplomatischen Hintergrund der EG könne die exponierte Position am Rande des Kontinents zu einem Vorteil werden. Griechenland könne mit europäischer Unterstützung zur wirtschaftlichen Schnittstelle zwischen den Kontinenten Europa, Asien und Afrika werden und damit erstmals seine geographische Lage positiv nutzen.<sup>233</sup>

### 3.3.1.3. Die Gegner des Beitritts

Ähnlich wie die Beitrittsbefürworter argumentierten auch die Gegner der griechischen EG-Mitgliedschaft innenpolitisch, ökonomisch und außen- und sicherheitspolitisch. Die Parole, die als Kontrapunkt zum „Griechenland gehört zum Westen“ der ND von der PASOK ausge-

<sup>229</sup> Der Beitritt Griechenlands wird von dieser Partei als gerecht im Sinne der Kapitalumverteilung von Nord nach Süd interpretiert. Vgl. auch Buck 1978, S. 101f..

<sup>230</sup> In der Diskussion um die Zypernfrage und auch in allen anderen Debatten, die darauf folgten, wurde die NATO nicht als eigenständiger Akteur wahrgenommen, sondern lediglich als verlängerter Arm der USA, die damit auch die gesamte Verantwortung für die Handlungen des Bündnisses trage.

<sup>231</sup> Pasmazoglou 1976.

<sup>232</sup> Tsonis 1987, S. 126.

<sup>233</sup> Tsonis 1987, S. 124.

geben wurde lautete: „Griechenland gehört den Griechen“.<sup>234</sup> Der Hauptanknüpfungspunkt ihrer ökonomischen und außenpolitischen Argumentationen war das Identitätselement „**Griechenland als unabhängiger Staat**“ mit der Kehrseite „**Griechenland als Spielball großer Mächte**“. In ökonomischer Hinsicht vertrat die PASOK – in Anlehnung an Dependenztheorien, die von ihrem Vorsitzenden A. Papandreou vertreten wurden - die Ansicht, dass die unterentwickelte griechische Wirtschaft durch die Eingliederung in die EG von den moderneren und leistungsfähigeren Volkswirtschaften Westeuropas marginalisiert und in vollkommene Abhängigkeit geraten werde. Griechenland als peripheres kapitalistisches Land<sup>235</sup> werde dadurch auf Jahre hinaus zum Satelliten-Staat innerhalb der EG.<sup>236</sup> Nur bei einer Veränderung, insbesondere der ökonomischen Verhältnisse in Europa, befürwortete die PASOK die Idee der europäischen Vereinigung. Die Parole der Partei dazu lautete: „Ja zum Europa der Arbeiter, Nein zum Europa der bestehenden Ordnung“.<sup>237</sup>

Mit Bezug auf die nationale Souveränität lehnte die PASOK den Beitritt zur EG ab, weil ihrer Ansicht nach - durch die Verlagerung staatlicher Kompetenzen an die Gemeinschaftsorgane - Griechenland nach dem Beitritt von Europa aus regiert werde.<sup>238</sup> Auch sei die von den Befürwortern in Aussicht gestellte Mitbestimmung Griechenlands in der EG nicht realistisch. Diese Argumentation sei lediglich juristisch richtig, in Wahrheit würden die Entscheidungen in der Gemeinschaft von den großen Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien getroffen werden.<sup>239</sup> Die Fremdbestimmung ginge laut der PASOK aber noch darüber hinaus, weil sie die EG als ein weiteres Instrument der amerikanischen Außenpolitik betrachtete, so dass ein Beitritt lediglich die bis 1974 wahrgenommene Abhängigkeit von Washington fortzuschreiben würde. Die Parole, die Papandreou dabei ausgab, lautete: „NATO und EG – das gleiche Syndikat“.<sup>240</sup>

Entgegen der Argumentation der Beitrittsbefürworter verneinten die Gegner einen Sicherheitsgewinn für Griechenland durch den EG-Beitritt. Anknüpfend an das Identitätselement „**Griechenland als bedrohter Außenseiter**“ und die eigene Verbindung der EG mit den USA, bestand für die PASOK sicherheitspolitisch kein Unterschied zwischen der Mitgliedschaft in der NATO und der EG. Ein Bündnis mit der Europäischen Gemeinschaft sei demzu-

---

<sup>234</sup> Verney 1990, S. 210.

<sup>235</sup> Buck 1978, S. 103.

<sup>236</sup> Tsonis 1987, S. 169.

<sup>237</sup> Tsonis 1987, S. 180.

<sup>238</sup> Tsonis 1987, S. 182f..

<sup>239</sup> A. Papandreou, Rede vor dem Griechischem Parlament, 16. Januar 1979. (Quelle: PASOK – Archiv: Internetarchiv unter [www.pasok.gr](http://www.pasok.gr), das nach Vergabe eines Passwortes kostenfrei nutzbar ist)

<sup>240</sup> Tsonis 1987, S. 184.

folge ebensoviel wert wie eines mit den USA, die tatenlos zugesehen hätte, wie die Türkei Zypern besetzte.<sup>241</sup>

Im Gegensatz dazu vertrat die KKE den Austritt aus der NATO und der Assoziation mit der EG, sowie die Konzentration der außenpolitischen Orientierung auf die unmittelbare Umgebung Griechenlands: den Balkan, den Mittelmeerraum und den Nahen Osten. Durch die Schaffung einer Friedenszone in diesem Raum könne einerseits die griechische Sicherheit besser gewährleistet und andererseits eine wahrhaft unabhängige griechische Politik ermöglicht werden.<sup>242</sup>

Das Identitätselement „**Griechenland als Teil des Westens**“ wurde von der PASOK nur am Rande berührt. In der Ablehnung der EG skizzierte die Partei die Vision eines Europas, die sehr viel breiter – aber auch allgemeiner – angelegt war. Darin geht sie nicht nur von einer kulturellen Zugehörigkeit Griechenlands zu Europa aus, sondern spricht auch von gemeinsamen politischen und sozialen Interessen. Im Unterschied zu den Befürwortern versteht die PASOK unter „Westen“ explizit alle europäischen Staaten (inkl. Osteuropa, Skandinavien, Schweiz, etc.) und schließt die USA aus. Der Begriff „Westen“ wird praktisch deckungsgleich mit der geographischen Bezeichnung „Europa“ verwendet.<sup>243</sup> Die Argumentation, dass die demokratischen Institutionen durch den Beitritt gestärkt würden, wurde von den Gegnern kategorisch abgelehnt. Sowohl für die PASOK, als auch für die KKE bedeutete die vor allem von der ND propagierte Konsolidierung der griechischen Demokratie nichts anderes, als eine Machterhaltungsstrategie der Herrschenden.<sup>244</sup>

Auch das Identitätselement „**Griechenland als eigenständige Kulturnation**“ wird in der parteipolitischen Auseinandersetzung kaum aktiviert. Lediglich Beitrittsgegner aus der Griechisch-Orthodoxen Kirche knüpften mit ihren Argumentationen daran an. Die eigenständige griechische Kultur basierte ihrer Ansicht nach nicht so sehr auf dem antiken Erbe, als vielmehr auf der byzantinischen Vergangenheit, die durch die Orthodoxie verkörpert werde. In einem Europa, das beherrscht sei von Protestanten und Katholiken, sei diese Eigenständigkeit massiv gefährdet. Manche dieser Gegner gingen so weit, die Aufnahme Griechenlands in die EG als letzten Schlag gegen die Orthodoxie zu bezeichnen, der das Werk der Kreuzfahrer, die 1204 Konstantinopel erobert hatten, zu Ende bringen werde.<sup>245</sup>

---

<sup>241</sup> Tsonis 1987, S. 184.

<sup>242</sup> Tsonis 1987, S. 198.

<sup>243</sup> Tsonis 1987, S. 171.

<sup>244</sup> Die PASOK verstand dabei unter „den Herrschenden“ die regierenden Konservativen, die in ihren Augen in der Tradition der nur bedingt demokratischen Regierungen seit dem II. Weltkrieg standen. Die KKE betrachtete den EG-Beitritt als Zementierung des von ihr abgelehnten kapitalistischen Systems.

<sup>245</sup> Tsoukalis 1981, S. 112.



#### 3.3.1.4. Zusammenfassung

In der Debatte um den Beitritt Griechenlands zur EG ist eine Diskurshegemonie nur schwer festzustellen. Die Wahlen 1977 und 1981 geben darüber nur bedingt Aufschluss. Während es bei der Wahl 1977 eine klare Mehrheit von etwa 65% für die Beitrittsbefürworter gegeben hatte, erlangten 1981 die entschiedenen Gegner des Beitritts – die PASOK – die absolute Mehrheit. Der EG-Beitritt war bei der ersten Wahl eines der Hauptthemen des Wahlkampfes gewesen, während es im Jahr 1981 – nach dem Beitritt – stärker um die Strategie der jeweiligen Partei innerhalb der EG ging, als um die Frage der Teilnahme oder des Austritts. So hatte sich die Haltung der PASOK zur EG zwischen 1979 und 1981 gewandelt und sie forderte statt der Abkehr von der Gemeinschaft vielmehr Sondervereinbarungen für Griechenland. Dieses Einschwenken maßgeblicher parteipolitischer Kräfte auf den pro-europäischen Diskurs kann durch die Zahlen des Eurobarometers verdeutlicht werden, der aufzeigt, wie sich die Zahlen der Befürworter der EG in Griechenland verändert haben. Inzwischen ist die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung zur EG/EU in kaum einem europäischen Land höher als in Griechenland.

Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Argumentation der Befürworter überzeugender war, indem sie die griechischen Identitätselemente auf logische Weise mit der Forderung nach Vollmitgliedschaft verknüpften und allgemein den Terminus „Europa“ mit der EG identifizierten und positiv konnotierten. Demgegenüber bedienten sich sowohl die PASOK und die KKE, als auch die orthodoxen Beitrittsgegner stark ideologisch geprägter Argumente, die sie mehr schablonenartig mit der griechischen Identität verbanden.

Bei der Betrachtung der Diskursmuster fällt auf, dass sich beide Seiten an die gleiche Hierarchie der Identitätselemente hielten. Das wichtigste Element war jeweils „**Griechenland als unabhängiger Staat**“ bzw. „**Griechenland als Spielball großer Mächte**“. Die ND und die übrigen Befürworter konnten die Mitgliedschaft in der EG argumentativ mit der Erlangung größerer Unabhängigkeit besetzen und mit der rhetorisch expliziten Unterscheidung der EG von den USA den starken Antiamerikanismus, der Amerika mit den „zerstörerischen großen Mächten“ gleichsetzt, nutzen. Die Gegner dagegen zeichneten mit ihrer Identifikation der EG mit den USA eine Umwelt, die trotz ihrer Alternativvorschläge nur wenig Wahl für eine eigenständige Außenpolitik Griechenlands erlaubt hätte.<sup>246</sup>

Beinahe ebenso wichtig ist die Verknüpfung mit dem Identitätselement „**Griechenland als bedrohter Außenseiter**“. Nach der Zypernkrise herrschte in Griechenland ein starkes Sicher-

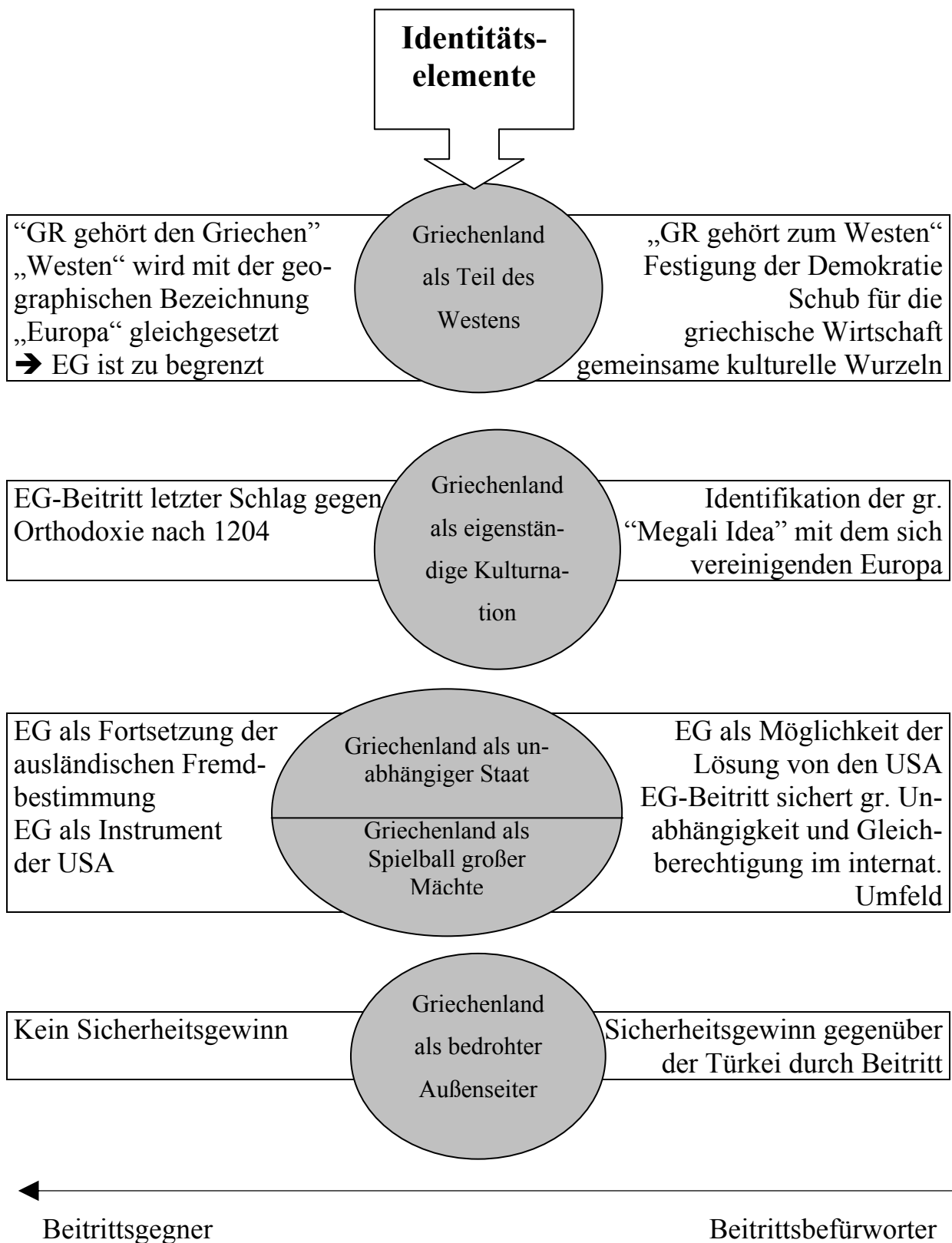
---

<sup>246</sup> Theodore A. Couloumbis (1999), "Strategic Consensus in Greek Domestic and Foreign Policy Since 1974." In: *Greece and The New Balkans. Challenges and Opportunities*, Van Coufoudakis, Harry J. Psomiades und Andre Gerolymatos (Hrsg), S. 407-422. New York: Pella, S. 412.

heitsbedürfnis, das von der NATO und den USA nicht mehr befriedigt werden konnte. Angesichts dessen war der Verweis auf die Solidarität der Europäer, den die Befürworter ins Feld führten, sehr überzeugend, weil er angesichts des übermächtigen Gegners auf der anderen Seite der Ägäis den Schutz durch die mächtigen westeuropäischen Staaten versprach. Demgegenüber erscheint wiederum die Argumentation der Gegner nicht als Alternative, da sie Griechenland quasi schutzlos lässt bzw. als einzige in Frage kommende Schutzmacht die wenig freundlich erscheinende UdSSR in Aussicht stellt.

Die beiden anderen Identitätselemente sind in der Debatte nicht so ausschlaggebend. Dennoch war vor allem die Argumentation der ND, die den Fortbestand der demokratischen Institutionen eng mit der Mitgliedschaft in der EG verknüpfte, stark positiv besetzt. Der Wert eines stabilen Regierungssystems darf nicht unterschätzt werden. Während des gesamten 20. Jahrhunderts war Griechenland von heftigen internen Auseinandersetzungen geprägt, die sogar in einen blutigen Bürgerkrieg geführt hatten. Vor diesem Hintergrund war die innenpolitische Befriedung in Gestalt der EG ein zugkräftiges Argument. Die Positionen der Befürworter konnten mit kulturell verankerten Argumentationen wesentlich nachvollziehbarer und einfacher untermalt werden, als die seltsam anmutenden Reminiszenzen an die Kreuzfahrer, wie sie von den orthodoxen Gegnern vorgebracht wurden. Die in Griechenland weiterhin verehrte klassische Antike und ihre positiven Errungenschaften, auf die sich ein nicht unwesentlicher Teil des griechischen Nationalbewusstseins gründet, waren in dieser Hinsicht deutlich überzeugender.

3.3.1.5. Identitätselemente aus der EG-Debatte



### 3.3.2. Überprüfung der Identitätselemente aus 3.3.1. anhand der Sekundärliteratur

Im folgenden Kapitel werden die in der Vorstudie 3.3.1. herausgearbeiteten Identitätselemente anhand der Sekundärliteratur über die griechische Identität, Kultur und ähnliche Konstrukte überprüft. Dabei handelt es sich nicht um eine weitere gleichwertige Vorstudie im Sinne von 3.3.1, sondern lediglich um eine Absicherung der Erkenntnisse aus dem EG-Diskurs, gewissermaßen einen ‚methodologischen Feldweg‘.

Eine Identifizierung der Identitätselemente eines Landes sollte durch die Rekonstruktion von zwei außenpolitischen Diskursen, einen vor und einen nach 1989, erfolgen. Aufgrund der Annahme, dass Identitätskonstruktionen langfristig gesehen stabil sind, können die wichtigsten Elemente durch dieses Verfahren herausgearbeitet werden.<sup>247</sup> Im Falle Griechenlands wäre der erste außenpolitische Diskurs nach 1989, der zu diesem Zweck herangezogen werden kann, die Auseinandersetzung um die Mazedonien – Politik. Der Umfang und die Bedeutung dieses Diskurses erschienen mir jedoch so gewichtig, dass ich ihn zu einer Fallstudie aufwerten wollte. Die Absicherung der Identitätskonstruktion, die bei der Analyse des EG-Diskurses entwickelt wurde, erfolgt aus diesem Grund nicht an der Sekundärliteratur zu einem bestimmten Diskurs, sondern anhand der *allgemeinen* Sekundärliteratur zu Griechenland.

Im Folgenden werden die einzelnen Identitätselemente aus 3.3.1 angeführt und nachgewiesen, ob und in welcher Form sie in der Sekundärliteratur – insbesondere jener, die sich mit Konstruktionen griechischer Identität, Kultur und ähnlicher Konstrukte befasst – Eingang finden.

Die Zugehörigkeit Griechenlands zur westlichen Welt, die sich in dem Identitätselement **“Griechenland als Teil des Westens“** widerspiegelt, wird von den meisten Autoren nicht in Frage gestellt. Dennoch wird Griechenland selten ohne Einschränkungen als westlicher Staat bezeichnet.<sup>248</sup> Diese Einwände beziehen sich auf die orientalische Tradition Griechenlands mit der jahrzehntelangen Abschottung von der Entwicklung in Westeuropa, seine verspätete Entwicklung zum Nationalstaat<sup>249</sup> und die wichtige Rolle der orthodoxen Kirche bei der Be-

---

<sup>247</sup> Boekle, Nadoll und Stahl 2000, S. 32.

<sup>248</sup> Vgl. exemplarisch die Diskussion in der Zeitschrift „Südosteuropa“ zwischen Gustav Auernheimer und Nikolaus Wenturis: Auernheimer 2001a; Gustav Auernheimer (2000b), "Kurze Erwiderung auf Wenturis, Nikolaus: Kritische Bemerkungen zu der Diskussion über die neugriechische Identität am Beispiel von Fallmerayer, Huntington und Auernheimer. In: Südosteuropa 49 (2000) 5-6, S.308-324." In: *Südosteuropa*, Vol. 49, Nr. 9-10, S. 2; Wenturis 2000.

<sup>249</sup> Ilias Katsoulis (1995), "Griechenlands Angst vor Europa." In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Vol. 42, Nr. 5, S. 396-400.

wahrung der griechischen Kultur während der Türkenherrschaft.<sup>250</sup> Dieses Dilemma drückt sich in verschiedenen Formulierungen, wie bspw. „Hellenozentrismus versus Okzidentalismus“<sup>251</sup>, „Griechenland zwischen Orient und Okzident“<sup>252</sup> oder der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen „Traditionalisten und Modernisten“<sup>253</sup> aus. Das Verhältnis zum Westen spielt eine zentrale Rolle bei der Diskussion um neugriechische Identität, was einerseits mit der Rolle der europäischen Staaten bei der Entstehung des griechischen Nationalstaates und andererseits mit der Bedeutung erklärt wird, die der Westen, insbesondere nach 1945, für Griechenland erhielt.<sup>254</sup>

In der einschlägigen Literatur wird der Westorientierung das Konstrukt des Hellenozentrismus gegenübergestellt. Dies wird in dieser Arbeit mit „**Griechenland als eigenständige Kulturturnation**“ umschrieben. Die Dimension dieses Konstrukts kann so präziser gefasst werden, da es ebenso den griechisch-orthodoxen Glauben und den griechischen „Sonderweg“ im Vergleich zu den anderen Nationalstaaten Westeuropas hinsichtlich Staatswerdung und Demokratisierung beinhaltet, die als spezifische Eigenschaften der griechischen Kultur bzw. Identität in der Literatur genannt werden. Auch der Bezug auf die klassische Antike, der in keiner Beschäftigung mit Griechenland fehlen darf, kann darunter subsumiert werden.<sup>255</sup> Damit steht dieses Element für alle Facetten der Besonderheiten der griechischen Kultur bzw. Identität, die kurz mit Orthodoxie<sup>256</sup>, Osmanenherrschaft bzw. Türkenherrschaft<sup>257</sup> und klassischer Antike<sup>258</sup> umschrieben werden können.<sup>259</sup>

---

<sup>250</sup> Georgiadou 1995.

<sup>251</sup> Nikolaus Wenturis (1990), *Griechenland und die Europäische Gemeinschaft: die soziopolitischen Rahmenbedingungen der griechischen Europapolitiken*. Tübingen: Francke, S. 176.

<sup>252</sup> Auernheimer 1995, S. 362; Heinz Richter (1984), "Zwischen Tradition und Moderne: Die politische Kultur Griechenlands." In: *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*, Peter Reichel (Hrsg), S. 145-166. Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 145.

<sup>253</sup> Sarantidou 2000, S. 104.

<sup>254</sup> Vgl. Auernheimer 2001a; Gustav Auernheimer (2001b), "Griechenland und der Westen. Die Bedeutung politischer und kultureller Traditionen für die Gegenwart." In: *Griechenland zwischen Tradition und Moderne. Zur politischen Kultur eines europäischen Landes*, Gustav Auernheimer (Hrsg), S. 93-125. Baden-Baden: Nomos, S. 144; Babiniotis 1995; Nicos P. Mouzelis (1995), "Greece in the Twenty-first Century: Institutions and Political Culture." In: *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Dimitri Conostas und Theofanis G. Stavrou (Hrsg), S. 17-34. Washington: The Woodrow Wilson Center Press, S. 20f.; Constantine Tsoucalas (1993), "Greek National Identity in an Integrated Europe and a Changing World Order." In: *Greece, the New Europe and the Changing International Order*, Harry J. Psomiades und Stavros B. Thomadakis (Hrsg), S. 57-78. New York: Pella.

<sup>255</sup> Wenturis beschreibt diesen Bezug als „Bewusstsein atavistisch-traditionalistischer Kulturimmanenz“; Wenturis 1990, S. 176.

<sup>256</sup> Vgl. zur Rolle des orthodoxen Glaubens für die griechische Kultur: Auernheimer 1995, S. 357-362; Panayote Elias Dimitrias (2000), "Writing and Rewriting History in the Context of Balkan Nationalism." In: *Southeast European Politics*, Vol. 1, Nr. 1, S. 41-59, S. 46-49; Eferpe Fokas (2000), "Greek Orthodoxy and European Identity." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 275-302. Aldershot: Ashgate; Paschalis M. Kitromilides (1994), *Enlightenment, Nationalism, Orthodoxy. Studies in the culture and political thought of south-eastern Europe*. Aldershot: VARIORUM; Kotsiopoulos 1998; Lipowatz 1993; V. Makrides (1991), "Aspects of Greek Orthodox Fundamentalism." In: *Orthodoxes Forum*, Vol. 5, S. 49-72;

Das von mir „Griechenland als unabhängiger Staat“ oder negativ „Griechenland als Spielball großer Mächte“ genannte Identitätselement wird in der Literatur meist mit „ausländischer Faktor“<sup>260</sup> (εξωτερικός παράγοντας oder ξένοσ παράγοντας) umschrieben. Damit wird der Einfluss des Auslandes, der eine zentrale Rolle in der griechischen Geschichte spielte und deswegen in der aktuellen politischen Auseinandersetzung und Wahrnehmung der internationalen Beziehungen große Bedeutung hat, als Bestandteil griechischer Identität bzw. Kultur definiert.<sup>261</sup> In einigen Publikationen wird diese Einstellung, die sich in aktuellen Zusammenhängen und in Bezug auf das Verhältnis zur Türkei vor allem auf die USA als „große Macht“ konzentriert, auch als „Antiamerikanismus“<sup>262</sup> oder genereller Hang zur Konspirationstheorie<sup>263</sup> interpretiert. Diese Perspektive erscheint mir zu eng, da sie die historische Komponente dieses Elements vernachlässigt und die positive Konnotation des „unabhängigen Griechenlands“<sup>264</sup> ausblendet.

Das Identitätselement „Griechenland als bedrohter Außenseiter“ findet sich meist im Bezug auf die Türkei als der „Bedrohung aus dem Osten“, aber auch bezüglich der unsicheren Region.<sup>265</sup>

---

Prodromou 1996; Pavlos Tzermias (1995), "Grundsätzliches zum neugriechischen Selbstverständnis." In: *Stüd-osteuropa*, Vol. 44, Nr. 6-7, S. 316-336, S. 317; Peter van Nuffelen (2001), "De Identiteit van Griekenland." In: *Streven (Antwerpen)*, Vol. Mart 2001, S. 216-226.

<sup>257</sup> Vgl. Auernheimer 1995, S. 362; Richter 1984, S. 145f..

<sup>258</sup> Tsoucalas 1993, S. 64f..

<sup>259</sup> Vgl. exemplarisch: Yiorgos Chouliaras (1993), "Greek Culture and the New Europe." In: *Greece, the New Europe and the Changing International Order*, Harry J. Psomiades und Stavros B. Thomadakis (Hrsg), S. 79-124. New York: Pella.

<sup>260</sup> Vgl. Richter 1984, S. 148-151.

<sup>261</sup> Vgl. dazu das Kapitel „The International Factor“, in: Keith Legg und J. Roberts (1996), *Modern Greece: a Civilisation on the Periphery*. Boulder: Westview, S. 55-71; Babiniotis 1995, S. 232f.; zum historischen Hintergrund: Theodore Couloumbis, John A. Petropoulos und Harry J. Psomiades (1976) (Hrsg), *Foreign Interference in Greek Politics: An Historical Perspective*. New York: Pella; zum angenommenen Einfluss der USA: George A. Kourvetaris (1999), *Studies on Modern Greek Society and Politics*. New York: Columbia University Press, S. 287-302; die weitgehend unkritische Darstellung bei: Hariton Korisis (1981), *Das politische System Griechenlands. Strukturprobleme einer Demokratie*. Hersbruck: Pfeiffer Verlag, S. 110f..

<sup>262</sup> Vgl. Kourvetaris 1999, S. 392; Verney 1998, S. 220; A. Pollis (1992), "Greek National Identity: Religious Minorities, Rights and European Norms." In: *Journal of Modern Greek Studies*, Vol. 10, S. 171-195, S. 71.

<sup>263</sup> Sarantidou 2000, S. 105.

<sup>264</sup> Dies drückt Diamandouros mit „emancipation of the conduct of foreign policy from foreign tutelage“ aus: Diamandouros 1993, S. 7; vgl. auch Paschalis M. Kitromilides (1999), "The Greek Cultural Presence in the Balkans." In: *Greece and The New Balkans. Challenges and Opportunities*, Van Coufoudakis, Harry J. Psomiades und Andre Gerolymatos (Hrsg), S. 193-212. New York: Pella, S. 203; Thanos Veremis (1995), *Greece's Balkan Entanglement*. Athen: ELIAMEP, S. 110.

<sup>265</sup> Vgl. Ayten Gundogdu (2001), "Identities in Question: Greek-Turkish Relations in a period of Transformation." In: *Middle East Review of International Affairs*, Vol. 5, Nr. 1; Hermann 2001b, S. 604; Kourvetaris 1999, S. 402; Loukas Tsoukalis (1996), "Is Greece an awkward partner? Comment to: James Pettifer: Greek political culture and foreign policy." In: *Greece in a Changing Europe. Between European Integration and Balkan Disintegration*, Kevin Featherstone und Kostas Ifantis (Hrsg), S. 24-30. Manchester: Manchester University Press.

„In the case of Greece and Turkey, the identity commitments are centered on the belief that the nation is encircled by enemies.“<sup>266</sup>

Auch die Schnittstell zwischen Asien, Afrika und Europa, an der Griechenland sich befindet, wird als Quelle für Gefahren angesehen.<sup>267</sup> Der griechischen Identität wird eine partiell defensive<sup>268</sup> Haltung bescheinigt, die durch die eigene Besonderheit innerhalb einer Umgebung aus Feinden, ständig bestätigt wird.<sup>269</sup> Dieses Element zeigt sich auch in den Darstellungen Griechenlands als „brotherless nation“<sup>270</sup> und „Greece always alone in a inimical world“.<sup>271</sup>

Neben diesen Identitätselementen findet sich noch der Klientelismus als Merkmal der politischen Kultur Griechenlands. Dieses Phänomen wird im verwendeten Ansatz allerdings im Rahmen der Diskursstruktur erfasst, als Teil der Identität kann es nicht gelten.<sup>272</sup>

---

<sup>266</sup> Gundogdu 2001.

<sup>267</sup> Augustinos 1989, S. 21.

<sup>268</sup> Sarantidou 2000, S. 105.

<sup>269</sup> Kourvetaris und Dobratz 1987, S. 5.

<sup>270</sup> D. Zakynthos (1978), *Post-Byzantinische und Neugriechische Studien*. Athen: Themelio. (in gr.)

<sup>271</sup> Vgl. Arghyrios A. Fatouros (1993), "Political and Institutional Facets of Greece's Integration in the European Community." In: *Greece, the New Europe and the Changing International Order*, Harry J. Psomiades und Stavros B. Thomadakis (Hrsg), S. 23-42. New York: Pella, S. 31f..

<sup>272</sup> Vgl. Richter 1984, S. 151-153.

### 3.3.3. Besonderheiten der griechischen Diskursstruktur

Im Folgenden werden die Besonderheiten der griechischen Diskursstruktur dargelegt. Dabei handelt es sich nicht – wie ich es schon oben erläutert habe – um eine Analyse des Regierungssystems Griechenlands. Darauf werde ich lediglich skizzenhaft eingehen und vielmehr die Punkte herausarbeiten, die Griechenland von anderen Staaten unterscheiden.

Die griechische Verfassung, die nach dem Sturz der Junta 1974 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, bediente sich ausgiebig der westeuropäischen Vorbilder. So ist sie weitgehend an die französische Verfassung angelehnt, aber es finden sich darin auch Teile aus dem deutschen Grundgesetz wieder. Die wichtigsten politischen Akteure sind das Parlament, die Regierung, der Präsident und die staatliche Administration, aber auch die Parteien, Verbände und Gewerkschaften.<sup>273</sup> Der Umstand, dass es seit 1974 mehrere friedliche Regierungswechsel gegeben hat, spricht für eine politische Reife des gegenwärtigen griechischen Systems, die es seinen Vorgängern voraus hat.

Das Parlament ist die höchste politische Institution des Landes. Es wählt und kontrolliert die Regierung, es wählt den Staatspräsidenten und verabschiedet die Gesetze. Die 300 Abgeordneten werden alle vier Jahre nach einem verstärkten Verhältniswahlrecht<sup>274</sup>, das die stärkste Partei begünstigt, gewählt. Für den Einzug ins Parlament müssen drei Prozent der Wählerstimmen erreicht werden.<sup>275</sup>

Der Präsident der griechischen Republik hat eine regelnde Funktion im politischen System, er hatte ursprünglich das Recht das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen. Diese Kompetenzen wurden aber von der ersten Regierung von *A. Papandreou* eingeschränkt. Seitdem nimmt er – ähnlich wie der deutsche Präsident – vornehmlich repräsentative Funktionen wahr.<sup>276</sup>

Im Gegensatz zu Deutschland ist in Griechenland das gesamte Kabinett für die Richtlinien der Politik verantwortlich. Aufgrund der hohen Zahl der Minister hat im Ministerrat aber eine Spezialisierung stattgefunden. Für die Außenpolitik bedeutet dies, dass vor allem der Ministerpräsident und sein Außenminister, sowie der Verteidigungsminister diese bestimmen.<sup>277</sup>

---

<sup>273</sup> Georgios Tsakalidis (1999), *Das politische System Griechenlands nach 1974*. Münster: Lit-Verlag, S. 17.

<sup>274</sup> Die genauen Modalitäten des Wahrechts wurden allerdings immer wieder geändert, wohl um der jeweils regierenden Partei einen Vorteil zu verschaffen. Vgl. Tsakalidis 1999.

<sup>275</sup> Vgl. ausführlich Korisis 1981, S. 65-70.

<sup>276</sup> Vgl. ausführlich Tsakalidis 1999, S. 20f..

<sup>277</sup> Sarantidou 2000, S. 114-116.



Im Folgenden werde ich die Besonderheiten des griechischen Systems insbesondere hinsichtlich des Diskursverlaufes skizzieren. Dabei ist eine mögliche institutionelle Verankerung nicht notwendigerweise von Bedeutung, sondern vielmehr die Möglichkeit im Diskurs wahrgenommen zu werden, d.h. zum Kreis der „privileged storytellers“ zu zählen. Ich werde dazu kurz auf die internen Parteistrukturen eingehen, die Rolle der orthodoxen Kirche näher beleuchten und die Medienlandschaft vorstellen.

Die interne Struktur der griechischen Parteien wird oft als autoritär und straff organisiert beschrieben, wobei eine innerparteiliche Demokratie meist nur als Schlagwort vorhanden ist.<sup>278</sup> Die einzige Ausnahme, die dabei gemacht wird, ist die KKE, der konstatiert werden kann, dass sie ihre eigenen Satzungen ernst nimmt und sich auch formal danach richtet.<sup>279</sup> Für die anderen Parteien galt dagegen bis in die Mitte der Neunziger Jahre, dass sie in ihren Statuten, ihrem Programm und ihrem Profil einzig und allein der Person des Vorsitzenden verpflichtet waren.<sup>280</sup> Die Vorsitzenden setzten gemeinsam mit einem Kreis von Vertrauten die Themen für die Parteitage, legten die Termine dafür fest und bedienten sich gerne und häufig des Mittels des Parteiausschlusses, um einer möglichen innerparteilichen Opposition frühzeitig die Flügel zu stützen. Die Personalisierung des griechischen Parteiensystems ging so weit, dass von einer Form des Klientelismus gesprochen wird<sup>281</sup>, mit der die Vorsitzenden ihre Parteien führten. In ihrer Person vereinigen die Parteivorsitzenden zugleich das Amt des Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe und des Regierungschefs (sofern die Partei die Regierung innehat). Aufgrund dieser Kompetenzen können sie über die Besetzung aller höherer Posten mitbestimmen und sich dergestalt die Loyalität der Parteimitglieder sichern.<sup>282</sup>

Für die Diskursanalyse bedeutet dies, dass innerparteiliche Kommunikation nur sehr wenig ins Gewicht fällt, da die Entscheidungen und ihre Begründungen von der Spitze wahrgenommen wird. Eine Analyse griechischer Diskurse kann sich deshalb in Bezug auf die Parteien auf deren Vorsitzende und engste Mitarbeiter beschränken.

---

<sup>278</sup> Vgl. zu den griechischen Parteien nach 1974: Richard Clogg (1987), *Parties and Elections in Greece. The Search for Legitimacy*. London: C. Hurst & Company; Kevin Featherstone (1990), "Political parties and democratic consolidation in Greece." In: *Securing Democracy: political parties and democratic consolidation in southern Europe*, Geoffrey Pridham (Hrsg), S. 179-202. London, New York: Routledge; zum Zusammenhang zwischen innerparteilicher Demokratie und demokratischer Gesinnung: George Doukas (1993), "Party Elites and Democratization in Greece." In: *Parliamentary Affairs*, Vol. 46, Nr. 4, S. 506-516.

<sup>279</sup> Tsakalidis 1999, S. 22.

<sup>280</sup> So wird bezüglich der Nea Dīmokratia in den ersten Jahren nach der Junta vom „Karamanlismus“ gesprochen, weil eine Einordnung des Parteiprogramms in gängige Kategorien nicht möglich war und der einzige Anhaltspunkt für die politische Orientierung der Partei in der Person des Vorsitzenden zu finden war. Tsakalidis 1999, S. 23f..

<sup>281</sup> Vgl. zum Klientelismus: Richter 1984, S. 151-154.

<sup>282</sup> Sarantidou 2000, S. 119-122.

Die orthodoxe Kirche nimmt in Griechenland eine herausragende gesellschaftliche Stellung ein. Die hängt zum Einen damit zusammen, dass beinahe 95% aller Griechen orthodoxen Glaubens sind und zum Anderen mit ihrer historischen Rolle bei der Tradierung der griechischen Kultur und Sprache während der Osmanenherrschaft.<sup>283</sup> Durch die Bewahrung griechischer Traditionen und die aktive Teilnahm am Befreiungskampf 1821 hatte sich die orthodoxe Kirche einen hohen innergesellschaftlichen Nimbus geschaffen.<sup>284</sup> Dieser geht so weit, dass die Konzepte Orthodoxie und Nation gerne als deckungsgleich angesehen werden.<sup>285</sup> Trotz der politischen Versuche einer Säkularisierung der griechischen Gesellschaft (Einführung der Zivilehe oder Entkriminalisierung des Ehebruchs) durch die PASOK änderte sich nichts am politischen Einfluss der Kirche in Griechenland.<sup>286</sup> Der politische Anspruch der Kirche artikuliert sich auch in der vom Erzbischof von Athen und Ganz Griechenland<sup>287</sup> *Christodoulos* beanspruchten Titel des „Ethnarchen“ (Volksführer)<sup>288</sup> und in dem Versuch eine politische Heimstatt für Modernisierungsgegner zu werden.<sup>289</sup>

Für die Anwendung der Diskursanalyse auf Griechenland bedeutet dies, dass die Äußerungen aus der orthodoxen Kirche verstärkt beachtet werden müssen, auch wenn sich ihre Bedeutung nicht direkt im institutionellen Gefüge niederschlägt.

Die Entwicklung der griechischen Massenmedien nach dem Sturz der Junta war eng verbunden mit der Entwicklung des parteipolitischen Systems. Wie in anderen Staaten sollen auch in Griechenland die Medien den Auftrag der Informierung der Bürger und der Kontrollfunktion gegenüber der Politik wahrnehmen. Allerdings haben sich zwischen den Parteien und den Medien Affiliationen entwickelt, die eine effektive Kontrolle durch Massenmedien erschweren. Insbesondere in den Printmedien hatten sich ‚Symbiosen‘ zwischen einzelnen Blättern und Parteien gebildet. Diese hatten den Zweck, einerseits die politischen Inhalte der einzelnen

---

<sup>283</sup> Sarantidou 2000, S. 125f.

<sup>284</sup> Vgl. dazu und zu den Auswüchsen des Fundamentalismus in der orthodoxen Kirche: Makrides 1991.

<sup>285</sup> Stavrou 1995, S. 39.

<sup>286</sup> Stavrou 1995, S. 38; dies wurde beispielsweise deutlich als die Regierung den bislang verpflichtenden Eintrag der Religionszugehörigkeit 2001 abschaffen wollte. Die Kirche organisierte mehrere Demonstrationen mit mehr als 100.000 Teilnehmern und eine Unterschriftensammlung gegen dieses Vorhaben und vereitelte es bislang ebenso wie weitere Gesetzesvorhaben, die eine Neufassung der Rechtsbindung der Kirche vorsahen; Vgl. auch Heinz Gstrein, Orthodoxie oder Tod? Die gesplante Identität der griechischen Moderne, NZZ, 6. Oktober 2001.

<sup>287</sup> Vgl. zum geistigen Hintergrund und der Organisationsstruktur der orthodoxen Kirche Griechenlands: Elias Oikonomou (1993), "Foundations, Doctrine, and Politics of the Eastern Orthodox Church." In: *Mediterranean Quarterly*, Vol. 4, Nr. 1, S. 57-70.

<sup>288</sup> Peter Zervakis (2000/2001), "Griechenland." In: *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg), S. 345-350. Bonn: Europa Verlag, S. 347f.

<sup>289</sup> Ilias Papagiannopoulos (1999), "Die orthodoxe Kirche als innenpolitischer Faktor in Griechenland." In: *Griechenland: Politik und Perspektiven*, Bernd Rill (Hrsg), S. 23-30. München: Hanns Seidel Stiftung, S. 29.

Partei an die Öffentlichkeit zu tragen und andererseits den Zeitungen eine stabile Leser- (und damit Käuferschaft) zu sichern.<sup>290</sup> Dies wird auch als Übertragung des Klientelismus auf die Medienlandschaft interpretiert.<sup>291</sup> Erst gegen Ende der Achtziger Jahre kristallisierten sich Zeitungen heraus, die gewinnorientiert arbeiten und sich eine Unabhängigkeit von den Parteien gesichert haben. Dies sind die auflagenstärksten Blätter, die in Athen oder Thessaloniki herausgegeben werden: Ta Nea, Eleutherotupia, To Vîma, Kathîmerinî.<sup>292</sup> Dies sind auch die wenigen Zeitungen, die griechenlandweit gelesen werden. Für die Diskursanalyse bedeutet dies, dass bei der Einbeziehung der Presse die Konzentration auf diesen Blättern liegen muss.

---

<sup>290</sup> Manolis E. Paraschos (1995), "The Greek Media Face the Twenty-first Century: Will the Adam Smith Complex Replace the Oedipus Complex?" In: *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Dimitri Constatas und Theofanis G. Stavrou (Hrsg), S. 253-266. Washington: The Woodrow Wilson Center Press, S. 254.

<sup>291</sup> Tsakalidis 1999, S. 73.

<sup>292</sup> Als auflagestärksten Zeitungen Griechenlands decken sie praktisch das gesamte politische Spektrum ab. Die Parteizeitung der KKE „Ριζοσπάστις“ (Rizospastis – Der Radikale) kann dabei vernachlässigt werden, da sich ihre Positionen mit den Parteidarstellungen decken; Tsakalidis 1999, S. 73.

## 4. Fallstudien

### *4.1. Fallstudie 1: Der Namenskonflikt mit Mazedonien*

Die vorliegende Fallstudie beschäftigt sich mit der griechischen Politik hinsichtlich der Anerkennung der ehemaligen Republik Mazedonien als unabhängiger Staat, vor allem mit den Widerständen, die Griechenland dem Namen Mazedonien/Makedonien<sup>293</sup> für den Nachbarstaat entgegenbrachte. Dieser Konflikt stellt sich als ein Identitätskonflikt im eigentlichen Sinne dar<sup>294</sup> und bietet sich für die Untersuchung der griechischen außenpolitischen Identität besonders an, weil er über einen längeren Zeitraum die griechische Öffentlichkeit beschäftigte und zeitweise im Mittelpunkt des außenpolitischen Diskurses stand.<sup>295</sup> Für Griechenland ist Makedonien eine geographische Bezeichnung für eine Region, die über drei Staaten verteilt ist: Griechenland, FYROM und Bulgarien.<sup>296</sup> Die Existenz einer makedonischen Nation wird von griechischer Seite vehement bestritten und als Aufpfropfung eines originär griechischen Erbes auf die größtenteils slawische Bevölkerung des Nachbarlandes betrachtet, die unter Tito stattgefunden hatte.<sup>297</sup> FYROM hingegen beruft sich auf die Existenz einer mazedonischen Nation spätestens seit der Zeit Titos, deren vorgebliche Wurzeln aber teilweise bis ins 10. Jahrhundert oder gar bis zum Reich Philipps II. zurückverfolgt werden.<sup>298</sup>

In der vorliegenden Fallstudie liegt der Fokus auf der griechischen Wahrnehmung des Konflikts, der griechischen Politik und insbesondere auf der Legitimation dieser Politik und ihrer diskursiven Verknüpfung mit der griechischen Identität.

Die Bearbeitung der Fallstudie erfolgt in drei Schritten. An erster Stelle stehen der Kontext des Konflikts und das Verhalten Griechenlands. Anschließend folgt eine Analyse des diesbezüglichen Diskurses in der griechischen Öffentlichkeit. Vor der eigentlichen Diskursanalyse

---

<sup>293</sup> In Bezug auf Griechenland und insbesondere bei der Analyse des griechischen Diskurses können diese beiden Begriffe nicht voneinander getrennt benutzt werden, weswegen ich diese Doppelform verwende.

<sup>294</sup> Vgl. zu dieser Einschätzung: Victor Roudometof (1996), "Nationalism and Identity Politics in the Balkans: Greece and the Macedonian Question." In: *Journal of Modern Greek Studies*, Vol. 14, Nr. 2, S. 253-301.

<sup>295</sup> Economides 1995, S. 116; Pantaleon Giakoumis (1997), "Die Wiederkehr eines Problems, die Makedonische Frage 1990-1996." In: *Griechenland. Außen-, sicherheits- und europapolitische Aspekte*, Pantaleon Giakoumis (Hrsg), S. 91-108. Aachen: Mainz Verlag, S. 91f.

<sup>296</sup> Vgl. zu den historischen Hintergründen: Eberhard Rondholz (1993), "Zankapfel Mazedonien. Historische Hintergründe des Streits zwischen Athen und Skopje." In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Vol. 7, S. 871-881.

<sup>297</sup> Vgl. die griechisch gefärbte Darstellung des Konfliktgegenstandes bei Tzermias 1993, S. 253-255.

<sup>298</sup> Libal 1993, S. 138-143.

wird der griechische innenpolitische Kontext kurz vorgestellt und Besonderheiten des Diskurses herausgearbeitet. Im dritten Teil soll, in einer Zusammenfassung der beiden vorangegangenen und unter Einbeziehung der in den Vorstudien erarbeiteten Identitätselemente, dargestellt werden, wie eine auf Identität basierende Diskursanalyse zum Verständnis der griechischen Außenpolitik in diesem Zusammenhang beitragen kann.

Der Betrachtungszeitraum der Fallstudie ist die Periode zwischen dem 17. November 1991 – dem Datum der Unabhängigkeitserklärung von FYROM<sup>299</sup> – und dem 13. September 1995. Der Abschluss wird markiert durch den Abschluss des Interimsabkommens zwischen den beiden Konfliktgegnern, in dem die meisten Streitpunkte beseitigt wurden und das seitdem weitgehend normale Beziehungen zwischen den beiden Staaten ermöglicht hat.<sup>300</sup> Besonderes Augenmerk liegt bei der Diskursanalyse auf den Höhepunkten der innergriechischen Auseinandersetzung um die Behandlung des Nachbarstaates, zu Beginn der Fallstudie, während des Parlamentswahlkampfes 1993 und nach der Verhängung eines griechischen Handelsembargos gegen FYROM am 16. Februar 1994.

#### **4.1.1. Fallstudienkontext und das griechische Verhalten im Konflikt**

Das folgende Kapitel ist chronologisch aufgebaut, um eine zusammenhängende Darstellung der Ereignisse zu gewährleisten und einen möglichst breiten Überblick über den Konflikt zu geben. Es dient als Grundlage und Orientierungspunkt für die Diskursanalyse. Ebenso wie im Verhaltensprofil wird ‚Griechenland‘ als einheitlicher Akteur betrachtet. Erst in der Diskursanalyse wird diese ‚Draufsicht‘ durch eine Darstellung des griechischen ‚Innenlebens‘ vervollständigt. Sollte sich die Erwähnung von Motivunterstellungen nicht vermeiden lassen werde ich dies kenntlich machen und im Einzelfall unter Zuhilfenahme der einschlägigen Literatur begründen.

Abschließend wird das Verhalten Griechenlands analysiert, um Verhaltensschemata feststellen zu können und Aussagen über Kontinuität und Wandel des griechischen Verhaltens gegenüber FYROM treffen zu können.

---

<sup>299</sup> Roudometof 1996, S. 258.

<sup>300</sup> Das Verhältnis zu FYROM ist in Griechenland seither zwar nicht konfliktfrei wie auch Ausschreitungen am 31. Mai 2002 bei einer Büchermesse in Thessaloniki gegen einen Stand des Nachbarstaates zeigen (vgl. *Kathimerini*, 1.6.2002), aber es ist eher ein Randthema in der Öffentlichkeit.

Am 25. Januar 1991 sagte sich die „Sozialistische Republik Mazedonien“ von der Bundesrepublik Jugoslawien los und erklärte ihre Autonomie. Die erste Reaktion Griechenlands darauf war das „Memorandum on Yugoslav Macedonia“<sup>301</sup>, das der griechische Außenminister *Antonis Samaras* seinen EG-Kollegen am 27. August in Den Haag als non-paper zukommen ließ. Darin wurden die griechischen Befürchtungen dargelegt, dass die Entstehung eines unabhängigen Staates an dieser Stelle zum Wiederaufflammen alter Konflikte zwischen Serbien und Bulgarien führen und die gesamte Region destabilisieren könnte. Dies und die eigene Haltung wird dabei folgendermaßen dargestellt:

„On their side, the Greeks also strongly contest the use of the traditionally Greek name of Macedonia for identifying a Slavic people. Politically, neither Serbia – in the short run – nor Bulgaria – in the long run – would tolerate a new independent state in their midst.“<sup>302</sup>

Dem Ansinnen des neugegründeten Staates an die EG, als „Republik von Mazedonien“ anerkannt zu werden, wurde nicht entsprochen, sondern am 11. September 1991 wurde die Badinter-Kommission eingerichtet, die Kriterien für die Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republiken erstellen sollte. Zur Vorbereitung der EG-Außenministerkonferenz verabschiedete das griechische Kabinett am 4. Dezember 1991 drei Bedingungen für eine Anerkennung:

1. Die Änderung des Namens Mazedonien.
2. Die Anerkennung des Umstandes, dass keine territorialen Ansprüche gegenüber Griechenland bestehen.
3. Die Anerkennung der Tatsache, dass keine mazedonische Minderheit in Griechenland existiere.<sup>303</sup>

Diese Forderungen wurden von der Außenministerkonferenz am 16. Dezember 1991 weitgehend übernommen. Die Solidarität der EG-Mitgliedsstaaten für die griechische Position in dieser Frage forderte auch der griechische Staatspräsident *Karamanlīs* in zwei Briefen, die er Anfang 1992 an die Staatschefs der Gemeinschaft sandte. Diese Form der Werbung um Un-

---

<sup>301</sup> Vgl. den vollständigen Text des Memorandums: Skylakakis 1995, S. 258-260.

<sup>302</sup> Skylakakis 1995, S. 259.

<sup>303</sup> Sotiris Dalis (1996), "Chronologie der Entwicklungen in der Skopje-Frage 1990-1996." In: *Die Skopje-Frage. Anerkennungsversuche und die griechische Haltung. Offizielle Dokumente 1990-1996*, Yiannis Valinakis und Sotiris Dalis (Hrsg), S. 383-499. Athen: Sideris, S. 385. (in gr.)

terstützung wurde von den griechischen Regierungsmitgliedern häufig wahrgenommen, wobei sich diese Botschaften, die meist mit knapper Verzögerung in der heimischen Presse abgedruckt wurden, ebenso an die eigene Bevölkerung richteten und damit auch in der Diskursanalyse beachtet werden müssen.<sup>304</sup> Auch der durch Europa reisende Premierminister *Mitsotakis* und sein Außenminister *Samaras* wandten sich in ähnlicher Weise an ihre EG-Kollegen.<sup>305</sup> Gleichzeitig begannen griechisch-mazedonische Sachverständigengespräche in Athen zur Ausräumung der bestehenden Differenzen, die aber an der Namensfrage scheiterten.<sup>306</sup>

Der Bericht der Badinter-Kommission befürwortete eine Anerkennung Mazedoniens, nachdem die strittigen Verfassungsartikel 3 und 49 geändert wurden. Allerdings stellten diese Änderungen Griechenland nicht zufrieden, weil einerseits die Präambel der Verfassung bestehen blieb, die sich auf gesamtmakedonische Befreiungsbewegungen gegen die osmanische Herrschaft und die Besetzung im II. Weltkrieg bezog. Andererseits blieb die Möglichkeit einer Grenzveränderung in der Verfassung bestehen und auch die Erwähnung der Existenz mazedonischer Minderheiten in den Nachbarstaaten und der verfassungsmäßige Auftrag sie zu schützen wurde nicht gestrichen. Trotz des positiven Berichts der Badinter-Kommission und der Forderung einiger EG-Staaten<sup>307</sup> die Republik anzuerkennen, berücksichtigte die Gemeinschaft die griechischen Bedenken. Beim Außenministertreffen der EG am 17. Februar 1992 in Lissabon wurde der portugiesische Außenminister *Pinheiro* als Vertreter der Ratspräsidentschaft mit der Lösung des Konflikts beauftragt. Eine mögliche Kompromisslösung sollte in enger Zusammenarbeit mit Griechenland entwickelt werden.<sup>308</sup> Dies wurde durch das Zusammentreffen des griechischen Premierministers *Mitsotakis* mit dem portugiesischen Präsidenten, dem Premier- und dem Außenminister im April 1992 dokumentiert, bei dem er sich über die Fortschritte bei der Lösungsfindung erkundigte und gleichzeitig die griechischen Vorstellungen unterbreitete.<sup>309</sup> Beim formlosen Treffen der EG-Außenminister am 2. Mai in

---

<sup>304</sup> Dazu gehören Botschaften des Staatspräsidenten, des Premierministers, sowie des Außenministers, die sich zumeist an die Staatsoberhäupter Europas oder den amerikanischen Präsidenten richteten. Vgl. die Botschaften von Staatspräsident *Karamanlis* an die Staatsoberhäupter der EG vom 3.1.1992, den US-Präsidenten und die Staatsoberhäupter der EG vom 8.5.1992, an den neu gewählten US-Präsidenten *Clinton* am 26.1.1993; die Botschaft des Premierministers *Mitsotakis* an die französische Regierung und den amerikanischen Präsidenten vom 12.1.1993; die Botschaften des jeweiligen Außenministers an die Kollegen in der EG vom 17.1.1992, an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates vom 26.12.1992, an den deutschen Außenminister *Kinkel* vom 1.9.1994, in: Dalis 1996, S. 386f., 394, 402, 404, 453.

<sup>305</sup> Dalis 1996, S. 386f..

<sup>306</sup> Dalis 1996, S. 386.

<sup>307</sup> Dazu gehörten insbesondere Dänemark, aber auch Großbritannien und die Niederlande. Vgl. Sarantidou 2000, S. 178f..

<sup>308</sup> Sarantidou 2000, S. 179.

<sup>309</sup> Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen *Samaras* und *Mitsotakis* hatte letzterer am 13. April 1992 den Außenminister zur Amtsaufgabe gedrängt und selbst diesen Posten übernommen. Die Differenzen bezogen

Guimaraes wurde das Pinheiro-Paket beschlossen, das eine Namensfindung vorsah, die von beiden Konfliktgegnern akzeptiert werden könne. Ein solcher Name konnte aber nicht gefunden werden, da Skopje auf „Mazedonien“ beharrte und auch Athen seine Position nicht änderte. Der Vorschlag des deutschen Außenministers *Genscher*, FYROM „Republik von Skopje“ zu nennen, wurde von Italien, Frankreich und Großbritannien abgelehnt.<sup>310</sup> Neben der Unterstützung durch die europäische Gemeinschaft warb die griechische Regierung auch bilateral um den Beistand der USA und einzelner europäischer Staaten.<sup>311</sup>

Gleichzeitig bemühte sich Griechenland den Konflikt auf bilateraler Ebene mit FYROM beizulegen. Mit einer „Botschaft guten Willens“ des Präsidenten *Karamanlis* an seinen mazedonischen Kollegen *Gligorov* und dem Angebot weitreichender griechischer Unterstützung für die junge Republik, versuchte Athen den Nachbarn zur Respektierung der drei Bedingungen Griechenlands und der EG zu bewegen. Während das Angebot in Skopje zwar als Geste guten Willens honoriert wurde, wurde gleichzeitig die Namensfrage als nicht verhandelbar bezeichnet.<sup>312</sup> Die Position der EG wurde beim Gipfeltreffen in Lissabon Ende Juni aufs Neue bekräftigt, indem der Beschluss gefasst wurde, dass die Gemeinschaft FYROM unter keinem Namen anerkennen würde, der das Wort „Mazedonien“ beinhalte.<sup>313</sup> Damit hatte Griechenland seine Vorstellungen auf europäischer Ebene vollständig durchgesetzt.<sup>314</sup> In Lissabon brachte *Mitsotakis* erstmals eine mögliche „doppelte Namensgebung“ ins Gespräch, d.h. FYROM sollte für den internen Gebrauch den Namen „Mazedonien“ benutzen dürfen, international sollte allerdings ein Name verwendet werden, der die Bezeichnung „Mazedonien“ nicht enthalten sollte.<sup>315</sup> Diese Lösung wurde aber von der Regierung in Skopje als nicht akzeptabel betrachtet. Nach dem Gipfeltreffen wurden die Vermittlungsbemühungen von der nachfolgenden britischen Präsidentschaft fortgesetzt. Die Ende November unterbreiteten Kompro-

---

sich insbesondere auf die den Namen betreffende Bedingung. Während *Samaras* eine harte Linie präferierte, wollte *Mitsotakis* vornehmlich die Akzeptanz der ersten beiden Bedingungen erwirken, da er die Durchsetzung der griechischen Position in der Namensfrage für international höchst schwierig hielt. Skylakakis 1995, S. 136f.. Die am 15. April folgende Vertrauensfrage im Parlament gewann die Regierung *Mitsotakis* trotz des Austritts mehrerer Fraktionsmitglieder im Gefolge des ehemaligen Außenministers. Dalis 1995, S. 390.

<sup>310</sup> Dalis 1996, S. 391f..

<sup>311</sup> Dazu reiste *Mitsotakis* kurz nach der Zusammenkunft von Guimaraes nach Rom und Paris, während der Staatspräsident sich schriftlich an die Regierungschefs der EG und an den amerikanischen Präsidenten wandte. Dalis 1996, S. 393f..

<sup>312</sup> Dalis 1996, S. 395.

<sup>313</sup> Zuvor hatte die Athener Regierung den Vorschlag Portugals abgelehnt, der die Bezeichnung „Oberes Mazedonien“ beinhaltete. Dalis 1996, S. 397-399. Vgl. den griechischen Wortlaut des Beschlusses: Dokument Nr. 22 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 100-102.

<sup>314</sup> Sarantidou 2000, S. 185.

<sup>315</sup> Skylakakis 1995, S. 167-169.



missvorschlage des britischen Vermittlers *Robin O'Neill* enthielten aber den Begriff „Mazedonien“ und wurden demzufolge von Griechenland abgelehnt.<sup>316</sup>

Auf regionaler Ebene hatten Serbien, Bulgarien und Griechenland auf griechische Initiative eine Garantie für die Grenzen FYROMs abgegeben, die hingegen von Skopje nicht akzeptiert wurde.

Etwas später – am 30. Juli - stellte die Regierung von FYROM einen Aufnahmeantrag an die Vereinten Nationen. Damit verlagerte sich von Seiten Skopjes die Konzentration um internationale Anerkennung von Europa auf die UN. Die Einführung der neuen mazedonischen Flagge im August 1992, wobei der jugoslawische Stern durch die Sonne von Vergina<sup>317</sup> ersetzt wurde, bedeutete für Griechenland einen weiteren Affront. Als Antwort darauf erklärte das griechische Parlament die Vergina-Sonne am 16.2.1993 per Gesetz zum „nationalen Symbol“.<sup>318</sup>

Beim EU-Gipfel von Edinburgh wurde der Rat der Außenminister erneut aufgefordert eine Lösung für das Problem zu finden. Eine Bindung der Mitgliedsstaaten, FYROM in anderen internationalen Zusammenhängen (UN, KSZE) einheitlich zu behandeln, wurde nicht vereinbart. Trotz der noch nicht erfolgten Anerkennung beschloss der Rat die Vergabe von Finanzhilfe an Skopje und begrüsste die Stationierung von UNPROFOR in der ehemaligen jugoslawischen Republik.<sup>319</sup>

Die Hinwendung FYROMs an die UN beantwortete Griechenland mit einer diplomatischen Initiative in diesem Rahmen. Um die griechischen Positionen darzulegen, wandte sich der neu ernannte Außenminister *Michalis Papakonstantinou* mit einer Botschaft an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, und *Mitsotakis* traf am Neujahrstag 1993 mit dem UN-Generalsekretär *Boutros Boutros Ghali* zusammen. Zwei Wochen später fand ein weiteres Gespräch statt, diesmal zwischen dem UN-Generalsekretär und dem griechischen Außenminister.<sup>320</sup> Der französische Vorschlag einer internationalen Schlichtung, den *Mitterand* Anfang Januar 1993 formuliert hatte, lehnte die Regierung von FYROM wenige Tage später ab.<sup>321</sup> FYROM wurde am 8. April 1993 unter diesem vorläufigen Namen und ohne Flagge in die UN aufgenommen

---

<sup>316</sup> Vgl.: Bericht des Sonderbotschafters der britischen Präsidentschaft für das Problem von Skopje Botschafter Robin O'Neil, Dokument Nr. 26 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 111-122.

<sup>317</sup> Dieses Symbol schmückt die mutmaßliche Urne Philipps II. von Makedonien, des Vaters Alexanders des Großen, die in Vergina – einem Dorf in Nordgriechenland – ausgegraben wurde. Tzermias 1993, S. 255.

<sup>318</sup> Dalis 1996, S. 405.

<sup>319</sup> Dalis 1996, S. 400f..

<sup>320</sup> Dalis 1996, S. 401, 403.

<sup>321</sup> Dalis 1996, S. 402f..

(Beschluss 817/1993).<sup>322</sup> Daraufhin wurde die Republik automatisch von einigen europäischen Ländern anerkannt (z.B. Deutschland, Italien, Spanien u.a.).<sup>323</sup> Gleichzeitig startete die UN einen weiteren Vermittlungsversuch. In New York führten *Cyrus Vance* und *David Owen* getrennte Verhandlungen mit Vertretern der beiden Staaten und unterbreiteten beiden Parteien am 14. Mai einen Vorschlag, der die gegenseitige Anerkennung der Grenzen, vertrauensbildende Maßnahmen und den Namen „Nova Mazedonija“ vorsah – ein Vorschlag, der von Athen abgelehnt wurde.<sup>324</sup> Zum gleichen Zeitpunkt gewährten der Europarat und die KSZE FYROM – unter dieser vorläufigen Bezeichnung - einen Beobachterstatus ohne Stimmrecht.<sup>325</sup> Ein Treffen des NATO-Generalsekretärs mit einem Repräsentanten FYROMs Ende Mai verhinderte der griechische NATO-Botschafter per Veto, mit der Begründung, dies würde eine gleichberechtigte Anerkennung dieses Staates bedeuten.<sup>326</sup> Nach dem Scheitern der Vermittlungsbemühungen von *Vance* und *Owen* wurde *C. Vance* zum einzigen Vermittler ernannt.<sup>327</sup> Er erreichte direkte Verhandlungen zwischen Griechenland und FYROM, die Ende September 1993 in New York stattfanden. Nach der Wahl zum griechischen Parlament am 10. Oktober 1993 wurden diese Verhandlungen von der neu gewählten PASOK-Regierung ausgesetzt.<sup>328</sup> Der neue Außenminister *Karolos Papoulias* nannte als Begründung, dass zuvor die Provokationen FYROMs durch die Verfassung, die Fahne und die irredentistische Propaganda ein Ende haben müssten.<sup>329</sup> Gleichzeitig bezeichnete die griechische Regierung Überlegungen der europäischen Partner, FYROM anzuerkennen, als Verletzung der europäischen Solidarität.<sup>330</sup> Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Griechenland am 1. Januar 1994 wurde von Androhungen aus Athen begleitet, dass möglicherweise ein unilaterales Handelsembargo gegen FYROM erlassen werden könne.<sup>331</sup> Dennoch stand

---

<sup>322</sup> Vgl. die Resolution 817/1993 des UN-Sicherheitsrates unter: <http://www.un.org/Docs/scres/1993/817e.pdf> [letzter Zugriff am 13.6.2002].

<sup>323</sup> Dalis 1996, S. 407.

<sup>324</sup> Dalis 1996, S. 407f., 412f..

<sup>325</sup> Dalis 1996, S. 412f..

<sup>326</sup> Dalis 1996, S. 413f..

<sup>327</sup> Vgl. die Resolution 845/1993 des UN-Sicherheitsrates unter: <http://www.un.org/Docs/scres/1993/845e.pdf> [letzter Zugriff am 13.6.2002].

<sup>328</sup> Bei den, durch weitere Austritte aus der ND, die von *Samaras* initiiert worden waren, notwendig gewordenen, Wahlen verlor die ND ihre Mehrheit an die PASOK, die mit der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze die Regierung bildete. Die neugegründete Partei des ehemaligen Außenministers *Antonis Samaras* Πολιτική Άνοιξη (Politischer Frühling - POLAN) gewann auf Antrieb beinahe 5% und erhielt 10 Parlamentssitze. Vgl. das genaue Wahlergebnis bei: Tsakalidis 1999, S. 53f..

<sup>329</sup> Dalis 1996, S. 423, 426.

<sup>330</sup> Dalis 1996, S. 429.

<sup>331</sup> Evangelos Kofos (1999), "Greece's Macedonian Adventure: The Controversy Over FYROM's Independence and Recognition." In: *Greece and The New Balkans. Challenges and Opportunities*, Van Coufoudakis, Harry J. Psomiades und Andre Gerolymatos (Hrsg), S. 361-394. New York: Pella, S. 372.

die Mazedonienfrage nicht auf der Agenda der griechischen Ratspräsidentschaft.<sup>332</sup> Im gleichen Zeitraum erkannten die USA und weitere EU-Staaten FYROM unter dem vorläufigen Namen an und knüpften diplomatische Beziehungen mit Skopje.<sup>333</sup>

Das Europaparlament erließ am 10. Februar eine Resolution zum Konflikt zwischen Griechenland und FYROM. Darin wurde FYROM aufgefordert, seine Fahne und die strittigen Verfassungsartikel zu ändern. Die Entscheidung Griechenlands ein Handelsembargo gegen die benachbarte Republik zu verhängen, sollte zurückgenommen und die ausgesetzten Verhandlungen bei der UNO wieder aufgenommen werden.<sup>334</sup>

Das griechische Embargo gegen FYROM trat dennoch am 16. Februar in Kraft. Es galt für alle Waren, außer humanitären Gütern. Die Auswirkungen für FYROM waren erheblich, weil insbesondere der Hafen von Thessaloniki eine hohe Bedeutung für den Handel der Nachbarrepublik hat. Die Exporteinnahmen sanken um etwa 85% und die Nahrungsmittellieferungen um etwa 40%.<sup>335</sup> Das Embargo stieß international weitestgehend auf Ablehnung.<sup>336</sup> Die Europäische Kommission verlangte von der griechischen Regierung eine Begründung für diese Maßnahme, um feststellen zu können, ob dieser unilaterale Schritt vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt werden könne.<sup>337</sup> Die Begründung der griechischen Regierung verweist auf die von FYROM ausgehende Gefahr, die einer Kriegsdrohung gleichkomme, und bezieht sich auf Art. 224 des EU-Vertrages, der unilaterale Maßnahmen erlaube. Trotzdem reichte die Kommission am 22.4.94 eine Klage gegen das griechische Embargo beim EuGH ein, die auch einen Eilentscheid forderte. Diese Forderung wurde am 29.4.94 zurückgewiesen.<sup>338</sup> Die US-Regierung ernannte im März einen eigenen Sondergesandten – *Mathew Nimitz* - für den Konflikt.<sup>339</sup>

Der griechische Außenminister *K. Papoulias* erklärte im September, dass eine Aufhebung des Embargos möglich sei, wenn FYROM eine Geste guten Willens zeigen würde, wie beispielsweise die Änderung der Fahne oder die Entfernung strittiger Artikel aus der Verfassung.<sup>340</sup> Bei einem Treffen von *Papoulias* mit *Boutros Ghali*, *Klaus Kinkel* und *Alain Juppé* boten die beiden letzteren ihre Vermittlung im Konflikt an. Erst im Dezember 1994 kam es aber wieder

---

<sup>332</sup> Ekkehard Kraft (1995), "Der "makedonische Faktor" in der griechischen Außen- und Innenpolitik: Ursachen und Auswirkungen." In: *Südosteuropa*, Vol. 44, Nr. 6-7, S. 385-412, S. 407.

<sup>333</sup> Nikolaos Zahariadis (1994), "Nationalism and Small-State-Foreign Policy: The Greek Response to the Macedonian Issue." In: *Political Science Quarterly*, Vol. 109, Nr. 4, S. 647-667, S. 665.

<sup>334</sup> Dalis 1996, S. 437.

<sup>335</sup> Roudometof 1996, S. 262.

<sup>336</sup> Paris Varvaroussis (1995), "Die griechische Diplomatie auf dem Balkan - Rückkehr in die Geschichte?" In: *Südosteuropa*, Vol. 44, Nr. 6-7, S. 373-384, S. 375.

<sup>337</sup> Dalis 1996, S. 439.

<sup>338</sup> Dalis 1996, S. 448-451.

<sup>339</sup> Dalis 1996, S. 445.

<sup>340</sup> Dalis 1996, S. 453.

zu Vermittlungsversuchen des US-Sondergesandten *Nimitz*, die jedoch ergebnislos verliefen.<sup>341</sup> Auch *Klaus Kinkel* forderte die Regierung von FYROM am 20. Dezember 1994 auf, eine Geste guten Willens zu zeigen<sup>342</sup> und reiste im April 1995 nach Skopje, um unter anderem die Lösung des Problems voranzutreiben.<sup>343</sup> Anfang Februar 1995 begannen die Verhandlungen gegen das griechische Embargo vor dem EuGH, die trotz einer gegenteiligen Empfehlung des Staatsanwaltes von der Kommission fortgeführt wurden.<sup>344</sup> Erst im April des selben Jahres wurden die Verhandlungen unter der Vermittlung von *C. Vance* in New York wieder aufgenommen. Diese Verhandlungen führten zum Abschluss des Interimsabkommens zwischen Griechenland und FYROM am 13. September 1995 in New York, das folgende Bereiche klärte:

- die Unverletzlichkeit der Grenzen,
- die Anerkennung FYROMs seitens Griechenlands als unabhängiger souveräner Staat,
- die Änderung der Fahne von FYROM,
- die Entfernung der strittigen Verfassungsteile von FYROM,
- die Aufhebung des griechischen Embargos.<sup>345</sup>

Der Konflikt um den Namen wurde dabei explizit ausgeklammert und zum Gegenstand späterer Verhandlungen erklärt, die bis heute andauern.

Das griechische Verhalten gegenüber FYROM war von der Unabhängigkeitserklärung der Republik an ein klarer Konfrontationskurs gegenüber dem nördlichen Nachbarn. Die griechische Regierung beharrte durchgehend auf den frühzeitig festgelegten drei Bedingungen. Diese wurden im ersten Forum, das der Konfliktlösung dienen sollte – der EG – vollständig durchgesetzt und in Lissabon sogar noch verhärtet, indem kein Name mehr akzeptiert werden sollte, der eine Form des Wortes ‚Mazedonien‘ enthielt. Damit hatte sich Griechenland die Unterstützung seiner europäischen Nachbarn gesichert. Gleichzeitig wurde versucht, jedes Aufweichen dieser harten Haltung innerhalb der EG/EU zu verhindern. Obwohl eine Aufnahme FYROMs in die UN nicht verhindert werden konnte, setzte Griechenland dennoch durch, dass dies ohne Flagge und unter dem vorläufigen Namen geschah. Die Verhandlungen unter der Ägide der UN akzeptierte Griechenland. Nach der Abwahl der ND-Regierung verschärfte sich die Haltung Griechenlands gegenüber FYROM zusehends. Nach der Absage der UN-

---

<sup>341</sup> Dalis 1996, S. 466f..

<sup>342</sup> Dalis 1996, S. 467f..

<sup>343</sup> Dalis 1996, S. 488.

<sup>344</sup> Dalis 1996, S. 476, 487.

<sup>345</sup> Vgl. den gesamten Text des Abkommens als Dokument Nr. 70 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 361-370.

Verhandlungen, deren Wiederaufnahme an Bedingungen geknüpft wurde, die einen Teil der Verhandlungen vorweg nahmen, griff Griechenland zu Zwangsmaßnahmen. Mit dem Handelsembargo sollte FYROM dazu gezwungen werden, die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu akzeptieren. Mit dem Embargo handelte Griechenland erstmals während des Konflikts vollkommen unilateral und versicherte sich nicht der Unterstützung seiner europäischen Partner oder der USA. Erst ein Jahr später nahm Griechenland die Verhandlungen bei der UN wieder auf und stimmte dem Interimsabkommen zu, das hinsichtlich des Namens aber keine Lösung erbrachte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Griechenland bis zur Absage der UN-Verhandlungen möglichst multilateral zu handeln versuchte. Mit dem Verhandlungsstopp und dem Embargo versuchte Athen unilateral eine Lösung zu erzwingen. Der vorläufige Abschluss des Problems erfolgte dann wieder im multilateralen Rahmen der UN.

#### 4.1.2. Analyse des Mazedonien-spezifischen Diskurses

##### 4.1.2.1. Innenpolitischer Diskurskontext, Diskursverlauf und Analyseraster

Der innenpolitische Kontext des Untersuchungszeitraums ist geprägt von heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Politik der Regierung und einer massiven Mobilisierung der griechischen Bevölkerung aufgrund der Mazedonien-Frage.<sup>346</sup> Dies führte dazu, dass dieses eine außenpolitische Thema nicht nur den Wahlkampf 1993 bestimmte, sondern auch der Gegenstand zahlreicher Publikationen war. Das Ausmaß der Fixierung der griechischen Politik auf FYROM wird oft als „Skopianisierung“ der griechischen Außenpolitik beschrieben, die jedoch auch das gesamte politische System Griechenlands erfasste.<sup>347</sup> Die Bedeutung dieses ‚nationalen Themas‘ wurde so hoch eingeschätzt, dass es erstmals eine Zusammenkunft aller Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien mit dem Präsidenten der Republik gab. Diese Zusammenkünfte wurden von *Karamanlīs* selbst initiiert und präsiert, und verfolgten das Ziel einer ‚nationalen Strategie‘<sup>348</sup> in der FYROM-Politik.<sup>349</sup>

<sup>346</sup> Vgl. dazu die beiden Demonstrationen in Thessaloniki am 14.2.1992 und am 31.3.1994 mit jeweils etwa 1 Mio. Teilnehmern. A. Triandafyllou, M. Calloni und A. Mikrakis (1997), "New Greek Nationalism." In: *Sociological Research Online*, Vol. 2, Nr. 1, Paragraph 1.1.

<sup>347</sup> Heinz-Jürgen Axt (1999), "Griechenland." In: *Europa-Handbuch*, Werner Weidenfeld (Hrsg), S. 152-162. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 161; Bratis 1994, S. 110.

<sup>348</sup> Κοινό Ανακοινθέν από την Σύσκεψη των πολιτικών Αρχηγών υπό τον Πρόεδρο της Δημοκρατίας (Gemeinsame Verlautbarung des Zusammentreffens der politischen Führer unter dem Präsidenten der Republik), 18. Februar 1992, Dokument Nr. 15 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 85f.

<sup>349</sup> Diese Treffen fanden unregelmäßig zwischen dem 18.2.1992 und dem 10.5.1993 statt.

Diese Treffen reflektieren den Verlauf des Diskurses, in dem es keine klaren Fronten von Anerkennungsbefürwortern und Anerkennungsgegnern gab, sondern alle Parteien außer der kommunistischen Partei KKE prinzipiell den Konfrontationskurs der Regierung in der Anerkennungsfrage unterstützten.<sup>350</sup> Die dennoch sehr heftigen Auseinandersetzungen betrafen Fragen der Strategie und Taktik, sowie des geeigneten Forums, welches die griechische Regierung für ihre Politik wählen sollte.

Bei der Analyse werde ich deshalb im Folgenden vorrangig die Diskursbeiträge der politischen Parteien, die den Diskurs maßgeblich bestimmten, untersuchen. Dabei werden insbesondere die Redebeiträge in den beiden großen Parlamentsdebatten am 27. März 1993 und 24. Januar 1994, sowie Interviews und sonstige Verlautbarungen<sup>351</sup> von Entscheidungs- und Amtsträgern berücksichtigt.

Aufgrund der enormen Fülle kann und wird nicht der gesamte griechische Mazedonien-Diskurs untersucht werden, sondern lediglich die Höhepunkte der Debatte werden schwerpunktmäßig analysiert. Diese liegen am Beginn der Fallstudie mit der Unabhängigkeitserklärung von FYROM und in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 bis in die ersten Monate 1994 mit der Parlamentswahl am 10. Oktober 1993 und der Verhängung des Embargos gegen FYROM im Februar 1994. Die Einschätzung des abschließenden Interimsabkommens kann nicht in die Untersuchung einbezogen werden, da es in der griechischen Öffentlichkeit kaum Beachtung fand.<sup>352</sup> Abgerundet wird diese Analyse durch einen Blick in die wichtigsten Zeitungen Griechenlands und deren Kommentierung der Thematik.

Der Diskursverlauf unterstreicht diese Schwerpunktsetzung. Die heftigsten innergriechischen Auseinandersetzungen fanden angesichts der Unabhängigkeitserklärung FYROMs statt. Nach einer Phase der Beruhigung geriet das Thema im Laufe des Jahres 1993 mit dem Wahlkampf und zu Beginn des Jahres 1994 mit der Verhängung des Embargos in den Fokus der Öffentlichkeit. Danach verschwand es wieder aus den Medien und wurde erst wieder beim Abschluss des Interimsabkommens kurzfristig aufgenommen. Die Diskursanalyse wird in zwei chronologische Abschnitte unterteilt. Der erste reicht von der Unabhängigkeitserklärung FYROMs bis zur Parlamentswahl 1993, der zweite Abschnitt von der Wahl bis zum Abschluss des Interim-Abkommens. Die Argumentationsmuster, die dabei im ersten Abschnitt ausführlich dargelegt werden, sollen im zweiten Abschnitt nur noch kurz angerissen werden; der

---

<sup>350</sup> Monteagle Stearns (1995), "Greek Foreign Policy in the 1990s: Old Signposts, New Roads." In: *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Dimitri Constan und Theofanis G. Stavrou (Hrsg), S. 59-70. Washington: The Woodrow Wilson Center Press, S. 61.

<sup>351</sup> Darunter fallen auch die zahlreichen Briefe an internationale Politiker, die meist mit kurzer Verspätung in der griechischen Presse abgedruckt wurden.

<sup>352</sup> Nicolas Demertzis, Stylianos Papatthanassopoulos und Antonis Armenakis (1999), "Media and Nationalism: The Macedonian Question." In: *Harvard International Journal of Press Politics*, Vol. 4, Nr. 3, S. 26-50, S. 38.

Schwerpunkt liegt vielmehr auf der Herausarbeitung der Unterschiede der Diskursmuster im ersten und zweiten Abschnitt.

Im Folgenden werde ich die Äußerungen der Diskursteilnehmer nach den Begründungen (*reasons for action*) für die griechische Außenpolitik untersuchen, die angeführt werden. Als Unterfragen werden eingeführt:

- Wie wird der **Konflikt** gesehen? Wie ist die Einschätzung des **Konfliktgegners**?
- Wie werden die **Strategien** und **Mittel** beurteilt, die von der griechischen Regierung zur Konfliktlösung eingesetzt werden?
- Welche **Handlungsanweisung** für die griechische Politik wird gegeben?
- Wie wird die **Legitimation** der griechischen Politik bewertet?
- Welche **anderen Akteure** werden wie eingeschätzt?<sup>353</sup>

#### 4.1.2.2. Die Akteure

Der wichtigste Diskursträger der ND war der bis Oktober 1993 amtierende Ministerpräsident *K. Mitsotakis*. Auch die beiden Außenminister seiner Regierung, *A. Samaras* (bis April 1992) und *M. Papakōnstantinou* (ab Dezember 1992), spielten eine wichtige Rolle in der Rhetorik der konservativen Partei, ebenso wie der ab 1993 amtierende Parteivorsitzende *Miltiadīs Ebert*. Ihre Beiträge werden deshalb verstärkt Eingang in die Diskursanalyse finden. Ein weiterer wichtiger Diskursträger der ND war der amtierende Präsident *K. Karamanlīs*, der sich aber in dieser Funktion um eine überparteiliche Position bemühte.

Die Positionen der PASOK wurden während des gesamten Konflikts beinahe ausschließlich von ihrem Vorsitzenden *A. Papandreou* bestimmt. Des Weiteren fallen als Diskursträger der sozialistischen Partei noch der ab Oktober 1993 amtierende Außenminister *K. Papoulias* und sein Staatssekretär *Th. Pagkalos*, sowie der Generalsekretär der Partei *Akīs Tsochatzopoulos* ins Gewicht.

Aus den übrigen Parteien ragen insbesondere die Parteivorsitzenden und ihre Redner im Parlament heraus, *Aleka Paparîga* und *Dîmîtris Kōstopoulos* (KKE), *Maria Damanakî* (Synaspismos) und nach seinem Austritt aus der ND wieder *Antonīs Samaras* als Chef der neugegründeten Partei *Politikî Anoixî* (POLAN).

---

<sup>353</sup> Anhand dieses Analyserasters werde ich auch die Diskursanalyse untergliedern. Dies gewährleistet einerseits eine bessere Lesbarkeit, andererseits bleibt die Analyse mit diesen heuristischen Kriterien, die nur wenig Theorie vorweg nehmen, offen für andere Ansätze.

Die Kommentare der wichtigsten Zeitungen können aufgrund des langen Fallstudienzeitraums nicht systematisch in die Diskursanalyse einbezogen werden, ein kursorischer Überblick muss hier genügen.

#### 4.1.2.3. Von der Unabhängigkeitserklärung FYROMs bis zur griechischen Parlamentswahl

Schon vor der Unabhängigkeitserklärung FYROMs verdeutlichte die griechische Regierung ihre Position gegenüber dieser Entwicklung. Am 13. November 1991 erklärte sie, dass sie keinen Staat anerkennen werde, die den historischen griechischen Namen Makedonien/Mazedonien trage. *K. Mitsotakis* lehnte frühzeitig den Missbrauch des Namens Makedonien/Mazedonien ab, weil dieser eng mit der griechischen Tradition verbunden sei.<sup>354</sup> Wenig später – am 29. November – betonte ein Sprecher des Außenministeriums, dass die Verfassung der Nachbarrepublik Grenzveränderungen und den Schutz mazedonischer Minderheiten in anderen Staaten vorsehe.<sup>355</sup> Mit dem Beschluss des Kabinetts am 4. Dezember 1991 wurde die griechische **Konfliktwahrnehmung** vorläufig festgeschrieben. Um von Griechenland anerkannt zu werden, sollte die Regierung in Skopje drei Bedingungen erfüllen:

1. Die Änderung des Namens Mazedonien.
2. Die Anerkennung des Umstandes, dass keine territorialen Ansprüche gegenüber Griechenland bestehen.
3. Die Anerkennung der Tatsache, dass keine mazedonische Minderheit in Griechenland existiere.<sup>356</sup>

Diese drei Bedingungen wurden von allen Parteien außer der KKE getragen.<sup>357</sup> Hinzu kam, dass dieser spezielle Konflikt damit als eigenständiges Thema in den Kanon der „nationalen Themen“ (Εθνικά θέματα) Griechenlands aufgenommen wurde, der unter anderem das Verhältnis zur Türkei, das Zypernproblem und den Balkan im Allgemeinen beinhaltet.<sup>358</sup>

Die **Sicht des Konfliktgegners** und die **Wahrnehmung des Konflikts** speiste sich bei allen Parteien aus der Annahme, dass der Name „Makedonien/Mazedonien“ Teil des griechischen historischen Erbes sei und zudem als Ausgangspunkt und Legitimation für eine zukünftige

---

<sup>354</sup> Kathimerini, 14.11.1992.

<sup>355</sup> Dalis 1996, S. 385.

<sup>356</sup> Dalis 1996, S. 385.

<sup>357</sup> Gemeinsame Verlautbarung des Zusammentreffens der politischen Führer unter dem Präsidenten der Republik, 13. April 1992, Dokument Nr. 18 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 93.

<sup>358</sup> Economides 1995, S. 116f..



expansive Politik gegenüber Griechenland dienen solle.<sup>359</sup> FYROM wurde und wird teilweise immer noch deswegen von den meisten Diskursträgern lediglich als „Skopje“<sup>360</sup>, „Republik von Skopje“<sup>361</sup> oder gar „Gebilde von Skopje“<sup>362</sup> bezeichnet. Die Bewohner des Staates werden zumeist „Skopianer“ genannt.<sup>363</sup> Seltener findet sich die Bezeichnung FYROM, die dann explizit gebraucht wird, um Distanz zur offiziellen Lesart des Konflikts zu signalisieren.<sup>364</sup> Die Bedrohung für die territoriale Integrität Griechenlands, die von FYROM ausgeht, ist ein wesentlicher Bestandteil der Konfliktwahrnehmung. So sprach *A. Papandreou* in Thessaloniki – der Hauptstadt der griechischen Provinz Makedonien – davon, dass sich die Stadt im „Belagerungszustand“ befinde.<sup>365</sup> *K. Mitsotakis* nannte Skopje eine neue „Bedrohung“ an Griechenlands Nordgrenze, deren einzige vernünftige Politik eine friedliche Koexistenz mit Griechenland sei.<sup>366</sup> Es müsse deswegen zu einem Übereinkommen mit Griechenland kommen und seinen expansiven Anwandlungen auf die griechische Provinz Makedonien abschwören, weil diese ein untrennbarer Teil Griechenlands sei und auch bleiben werde.<sup>367</sup> *A. Samaras* stellte die Konfliktgegner als gegensätzliche Staaten dar. Während Griechenland als Mitglied der westlichen Bündnisse EG, NATO, KSZE u.a. der einzige Staat in der Region sei, der keine irredentistischen Absichten verfolge, würden sich die expansiven Ziele FYROMs nicht nur im Namen, sondern auch in der Verfassung selbst ausdrücken. Die Republik sei deshalb eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit der gesamten Region.<sup>368</sup> Auch der Präsident *K. Karamanlis* betonte die stabilisierende Rolle Griechenlands für die Region und bezeichnete es als einzigen Nachbarstaat FYROMs, der ein Interesse daran habe, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Republik zu gewährleisten.<sup>369</sup> Unterstrichen wurde diese Konfliktwahr-

---

<sup>359</sup> Antonis Maniatakis, "Nationale Rhetorik: gestern - heute," *Eleutherotypia*, 13.7.1992.

<sup>360</sup> Vgl. die Rede des Premierministers K. Mitsotakis im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5234; sowie der Vorsitzenden des SYN Maria Damanaki, ebd., S. 5244.

<sup>361</sup> Mitschrift des Interviews des Vorsitzenden der ND und Ministerpräsidenten K. Mitsotakis im griechischen Fernsehen ET-1 am 1.10.1993, Dokument 3962 des Archivs der Stiftung Kostas Mitsotakis (IKM) (kostenpflichtige Dokumentenlieferung verfügbar unter [www.ikm.gr](http://www.ikm.gr)), S. 9.

<sup>362</sup> Vgl. die Rede des Vorsitzenden der PASOK A. Papandreou im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5227.

<sup>363</sup> Demertzis, Papathanassopoulos und Armenakis 1999, S. 31.

<sup>364</sup> Vgl. die Rede des Vertreters der KKE D. Kôstopoulos im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5248f.

<sup>365</sup> Pressekonferenz des Vorsitzenden der PASOK A. Papandreou, 20.9.1992, Mitschrift aus dem Archiv der PASOK.

<sup>366</sup> K. Mitsotakis, Neujahrsbotschaft für das Jahr 1992, 31.12.1991, übertragen im staatlichen Fernsehen ET1, Dokument 3151 IKM-Archiv, S. 3.

<sup>367</sup> K. Mitsotakis, Rede in Thessaloniki, 2.10.1992, Dokument 3963 IKM-Archiv, S.2.

<sup>368</sup> Botschaft des Außenministers A. Samaras an die elf Außenminister der EU, Dokument Nr. 13 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 72-82; veröffentlicht: *To Pontiki*, 13.2.1992, S. 78-81.

<sup>369</sup> Botschaft des Präsidenten der Republik K. Karamanlis an die Führer der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, 24.11.1992, Dokument Nr. 25 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 108-110, S. 109; veröffentlicht: *Eleutherotypia*, 24.11.1992.

nehmung durch eine Massenkundgebung in Thessaloniki am 14. Februar 1992 unter dem Motto „Macedonia is Greek“<sup>370</sup>, bei der Respekt vor der Geschichte und nationale Einmütigkeit bezüglich der FYROM-Politik eingefordert wurden.<sup>371</sup> Ebenso sahen nach einer Umfrage der Zeitung „Eleutheros Tupos“ 55% der Bevölkerung einen Kompromiss mit FYROM in der Namensfrage als nationale Katastrophe an.<sup>372</sup>

Dabei wurde die Existenz des Nachbarstaates an sich von keinem Politiker ernsthaft in Frage gestellt, ganz im Gegenteil, sie wurde als äußerst wichtig für die Sicherheit Griechenlands angesehen. FYROMs Weiterbestehen sei eine Garantie gegen die Ausweitung der regionalen Destabilisierung auf Griechenland und verhindere gleichzeitig die weitaus größere Bedrohung durch ein mögliches Großalbanien oder Großbulgarien.<sup>373</sup>

*Papandreou* argumentierte, dass Griechenland zwar ein kleines Land mit begrenzten Möglichkeiten sei, das darauf achten müsse nicht isoliert zu werden. Dies dürfe aber nicht so weit gehen, dass die Souveränität des Staates und seine territoriale Integrität gefährdet werde, wie es in diesem Fall geschehe. Hier gelte es, eine unverrückbare Position einzunehmen, wie es jeder Staat – ob groß oder klein – machen würde.<sup>374</sup>

Für die KKE war der Namenskonflikt im Grunde genommen irrelevant bzw. nur ein Vorwand für „gewisse Leute“, die Auflösung des Nachbarstaates voranzutreiben, wobei es sich dabei nicht nur um griechische Kräfte, sondern vor allem ausländische Mächte handelte. Die griechische Regierung habe sich mit ihrer Einwilligung in die „Auflösung“ der Bundesrepublik Jugoslawien an einem Prozess beteiligt, dessen Konsequenz – die Anerkennung der einzelnen Republiken – sie jetzt tragen müsse. Die Forderung nach Abänderung der Verfassung und einer Absage an Gebietsansprüche seitens der Regierung in Skopje unterstützte aber auch die Kommunistische Partei.<sup>375</sup>

Die Beurteilung der **Strategien** und **Mittel** zur Konfliktlösung und die **Handlungsanweisungen** ähnelten sich quer durch die Parteien, wobei auch hier die KKE eine Ausnahme bildete. Die drei oben genannten Bedingungen waren weitestgehend parteipolitischer Konsens.

---

<sup>370</sup> Der Besitzanspruch bezieht sich dabei lediglich auf die griechische Provinz Makedonien – der Slogan an sich hat keine irredentistische Bedeutung (Anm. d. Verf.).

<sup>371</sup> Dalis 1996, S. 388.

<sup>372</sup> Kraft 1995, FN 65.

<sup>373</sup> Premierministers K. Mitsotakis im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5234.

<sup>374</sup> Interview des PASOK-Vorsitzenden A. Papandreou mit SKY 100,4 FM Stereo – Burôn Karudis, 14.2.1992, PASOK-Archiv.

<sup>375</sup> D. Kôstopoulos (KKE) im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5249f..

Die Übernahme der Bedingungen durch die EG am 16. Dezember 1991 wurde als großer Erfolg griechischer Außenpolitik bewertet.<sup>376</sup> *Mitsotakis* bezeichnete es als „einen historischen Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit“.<sup>377</sup> Dennoch kam es wenig später aufgrund von Differenzen zwischen *K. Mitsotakis* und seinem Außenminister *A. Samaras* über die weitere Strategie gegenüber FYROM und vor allem deren Etablierung auf europäischer Ebene zum Bruch zwischen den beiden Politikern.<sup>378</sup>

Die von *Samaras* öffentlich lancierten Vorschläge<sup>379</sup> für eine harte Linie gegenüber Skopje, die er in der Zusammenkunft der Parteiführer beim Präsidenten *K. Karamanlis* am 13. April 1992 unterbreitete, sollten den EG-Partnern bei Außenministerkonferenz von Guimaraes unmissverständlich die Position Griechenlands signalisieren. Die Kernpunkte waren folgende:

- Griechenland sollte ein Embargo gegen FYROM androhen, falls die EG die griechischen Positionen nicht übernehmen sollte.
- Die griechische Regierung sollte ein außerordentliches Gipfeltreffen der EG beantragen.
- Das griechische Parlament sollte in einer Sondersitzung einen einstimmigen Beschluss zu FYROM fassen und diesen den übrigen europäischen Parlamenten übermitteln.
- Die Parteiführer sollten ihre europäischen Kollegen aufsuchen und sie von der griechischen Position überzeugen.
- Der Außenminister sollte vor der Außenministerkonferenz der EG mit seinen europäischen Amtskollegen zusammentreffen und ihnen die griechische Position erneut verdeutlichen.
- Der Präsident der Republik sollte die Botschafter der elf übrigen EG-Mitglieder sowie den Kommissionspräsidenten *Jacques Delors* und die Jugoslawien-Vermittler *C. Vance* und *Lord Carrington* zu sich berufen und die griechische Haltung unmissverständlich darlegen.<sup>380</sup>

---

<sup>376</sup> Kathimerini, 18.12.1991.

<sup>377</sup> Botschaft des Ministerpräsidenten *K. Mitsotakis* an die panmakedonische Union Südaustraliens, zum Anlass des Festivals „Dimitria“, Athen 26.8.1992, Dokument 3596 IKM-Archiv.

<sup>378</sup> Vgl. FN 309.

<sup>379</sup> Die Vorschläge wurden vorab in mehreren Tageszeitungen angekündigt und nach der Zusammenkunft in toto veröffentlicht. Kurze Zeit später wurde es in auch folgender Monographie abgedruckt: *Krateros Iôannou* (1992), *Das Problem der Anerkennung Skopjes*, Athen: Ekdoseis Sakoula. (in gr.)

<sup>380</sup> Die Vorschläge des griechischen Außenministers *A. Samaras* für die zweite Zusammenkunft der politischen Führer, 12.4.1992, Dokument Nr. 17 in: *Dalis und Valinakis* 1996, S. 91f..

Diese Maßnahmen betrachtete *Mitsotakis* als populistisch und außenpolitisch fragwürdig, weswegen er sich mit seinem Außenminister überwarf, ihm den Rücktritt nahe legte und selbst das Amt des Außenministers übernahm.<sup>381</sup>

Die Übernahme dieser griechischen Positionen durch die EG beim Außenministertreffen in Guimaraes und beim Gipfeltreffen in Lissabon 1992 wurde von der Regierung und Opposition als Erfolg griechischer Außenpolitik gewertet.<sup>382</sup> Der Vorschlag der „doppelten Namensgebung“ von *K. Mitsotakis* zur Beilegung des Konflikts stieß dagegen auf heftige Kritik. Mit dieser Lösung würde der Konflikt im Interesse des Nachbarn gelöst werden, der dann faktisch unter dem Namen „Mazedonien“ anerkannt würde.<sup>383</sup> Im Misstrauensantrag der PASOK gegen die Regierung *Mitsotakis* wird deren gesamte Strategie – angefangen mit der Zustimmung zur Auflösung Jugoslawiens - dann als „Weg des Kompromisses, der Niederlage und der nationalen Demütigung“<sup>384</sup> bezeichnet. Auch die Verlagerung der Verhandlungen von der europäischen Ebene hin zur UN interpretierte die Opposition als Scheitern der Regierung. Sie warf *Mitsotakis* vor, es zugelassen zu haben, dass FYROM zu einem gleichberechtigten Mitglied der UN wurde und die Verhandlungen dennoch fortführe. Die EG sei demgegenüber ein vorteilhafteres Terrain gewesen, weil Griechenland dort als Mitglied Vorteile gegenüber dem „Bittsteller“ FYROM gehabt habe.<sup>385</sup> Die Handlungsanweisung der PASOK war eine kategorische Ablehnung einer wie auch immer gearteten Namensgebung, so lange darin das Wort „Makedonien/Mazedonien“ oder ein Derivat desselben enthalten sei. Zudem müsse Athen sämtliche Verhandlungen mit Skopje abbrechen und auch die Vermittlung der UN ablehnen, solange es von der Seite FYROMs kein Entgegenkommen gäbe.<sup>386</sup>

Der Ministerpräsident argumentierte angesichts der Hinwendung Skopjes an die UN, dass Griechenland als Staat, dessen Außenpolitik fest im Internationalen Recht verankert sei (Zypern, Türkeipolitik), eine Vermittlung durch die Vereinten Nationen nicht ablehnen könne, da es sonst unglaubwürdig erscheine. Diese Terrain sei zwar schwieriger für Griechenland als die europäische Ebene, aber dennoch müsse man dort die nächste Runde ausfechten. Die Verhandlungen unter der Ägide der UN müssten demzufolge weitergeführt werden. Zudem sei es

<sup>381</sup> A. Samaras gründete mit einigen anderen ehemaligen ND-Abgeordneten am 30.6.1993 die Partei Politikí Anoixí, für die er bei den Parlamentswahlen 1993 antrat. Kraft 1995, S. 404f.; vgl. auch: Pavlos Sarlis (2000), *The Break-Up of Yugoslavia*. Athen: Papazissis, S. 205-211.

<sup>382</sup> Kraft 1995, S. 401.

<sup>383</sup> Pressemitteilung des Vorsitzenden der PASOK A. Papandreou, 15.10.1992, PASOK-Archiv.

<sup>384</sup> PASOK, Misstrauensantrag (nach Art. 84 der Verfassung), in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5223f.. Im Original heißt es: „...πορεία συμβιβασμού, ήττας και εθνικής ταπείνωσης.“

<sup>385</sup> Rede des Generalsekretärs der PASOK A. Tsochatsopoulos im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5230.

<sup>386</sup> A. Papandreou im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5225-5228.

ein Erfolg für die griechische Außenpolitik, dass FYROM nur unter diesem vorläufigen Namen in die UN aufgenommen wurde.<sup>387</sup> Die Forderung nach einer Vermittlung durch die UN unterstützte auch der SYN.<sup>388</sup>

Der Außenminister *Papakōnstantinou* forderte eine zügige Beendigung des Konflikts, da nur durch eine Anerkennung FYROMs Frieden und Sicherheit in der Region langfristig gewährleistet würden.<sup>389</sup> Die im Wahlkampf geäußerte Forderung der PASOK nach Abbruch der Verhandlungen nannte *Mitsotakīs* einen tragischen Fehler, der zu einer schweren Demütigung Griechenlands und seiner internationalen Isolation führen würde. Er könne sich keinen Staat auf der Welt vorstellen, der es wagen würde, die Verantwortung der UN für die internationale Gemeinschaft nicht anzuerkennen.<sup>390</sup> Diese kompromissbereite Politik nannte der ehemalige Außenminister *A. Samaras* im Wahlkampf „einen Dolchstoß in den Rücken des griechischen Volkes“.<sup>391</sup>

Die KKE betrachtete lediglich die ersten beiden Bedingungen als gerechtfertigt, wohingegen sie die Namensfrage als nebensächlich einschätzte. Ihrer Ansicht nach sollte die griechische Außenpolitik mit einer partnerschaftlichen Politik gegenüber FYROM die Erfüllung dieser beiden Bedingungen herbeiführen.<sup>392</sup> Ähnlich argumentierte auch *S. Wallden*, ein dem Synaspismos (SYN) nahestehender Wissenschaftler, der ein Ende des „makedonischen Abenteuers“ forderte. Er befürwortete eine Konzentration der diplomatischen Bemühungen auf die ersten beiden Bedingungen und eine schnelle Anerkennung des Nachbarstaates. Eine solche Politik bediene allein die nationalen Interessen Griechenlands nach einem Fortbestand FYROMs und Stabilität der Region.<sup>393</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass *Mitsotakīs* und die beiden kleinen Parteien SYN und KKE eine vergleichsweise moderate Politik forderten, die (außer bei der KKE) vornehmlich auf Kooperation und Multilateralismus basierte, während die PASOK und *Samaras* eine harte

---

<sup>387</sup> K. Mitsotakīs im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5233; K. Mitsotakīs, Neujahrsbotschaft für das Jahr 1993, 31.12.1992, übertragen im staatlichen Fernsehen ET1, Dokument 3505 IKM-Archiv, S. 2.

<sup>388</sup> L. Kurkos im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PD, Montag 29.3.1993, S. 5331.

<sup>389</sup> Vgl. die Parlamentsdiskussion, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PD, Montag 29.3.1993, S. 5332f..

<sup>390</sup> Mitschrift des Interviews des Vorsitzenden der ND und Ministerpräsidenten K. Mitsotakīs im griechischen Fernsehen ET-1 am 1.10.1993, Dokument 3962 IKM-Archiv, S. 7.

<sup>391</sup> Archiv der Gegenwart (AdG) 63 (1993), 10.10.1993, S. 38270.

<sup>392</sup> D. Kōstopoulos vor dem griechischen Parlament, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5250.

<sup>393</sup> A. S. Wallden (1992), Vor Edinburgh. Neun Thesen für eine verantwortliche Haltung des Synaspismos, in: Axel Sotiris Wallden (1994) (Hrsg), *Das Mazedonische (Problem) und der Balkan 1991-1994. Die ausweglose Vorgehensweise der griechischen Politik*. Athen: Themelio, S. 89-92 (in gr.). Veröffentlicht: Augi, 6.12.1992.

Linie befürworteten, die als ultima ratio auch den Gebrauch von Sanktionen und damit einen nationalen Alleingang beinhaltete.

Als **Legitimation** für seine Politik führt *Mitsotakis* an, dass Griechenland, als Außenposten Europas auf dem Balkan, den hohen Ansprüchen gerecht werden müsse, die an ein Mitglied der EG gestellt würden. Wörtlich heißt es:

„Griechenland ist zwar geographisch gesehen ein Balkanstaat, aber es will kein Balkanstaat sein. Griechenland muss auf dem Balkan eine moralisch hochstehende Politik betreiben, es muss eine Politik der Stabilität und des Friedens betreiben. Es muss – so weit es möglich ist - die Rolle der Macht spielen, die Europa repräsentiert, ohne in die balkanischen Differenzen verwickelt und eingebunden zu werden.“<sup>394</sup>

Insgesamt ist die Legitimation der griechischen Politik weitestgehend historischer Natur, sie bezieht aber auch ethnologische Aspekte und Gegenwartsprobleme, beispielsweise Frieden und Sicherheit der Region - wie bei *Mitsotakis* gesehen - mit ein. Der Präsident *K. Karamanlis* argumentierte wie folgt:

„Diese Republik hat absolut kein Recht, weder historisch, noch ethnologisch, den Namen Makedonien/Mazedonien zu gebrauchen. Historisch, weil die Slawen, die die Mehrheit der heutigen Bevölkerung dieser Republik darstellen, erst im 6. Jahrhundert n. Chr. in der Geschichte dieser Region erschienen, etwa 1000 Jahre nach der Epoche, in der Alexander der Große Makedonien als wichtigen Teil der antiken griechischen Welt etabliert hatte. Ethnologisch, weil die Mehrheit der Bevölkerung der Republik aus Slawen, Albanern, Athinganen und anderen Völkern besteht, sicherlich alle respektabel, aber in keiner Verbindung mit den Makedonen.“<sup>395</sup>

<sup>394</sup> K. Mitsotakis im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5235. Im Original heißt es: „Η Ελλάδα είναι μεν γεωγραφικά Βαλκανική χώρα, αλλά δεν θέλει να είναι χώρα των Βαλκάνιων. Η Ελλάς στα Βαλκάνια πρέπει να κάνει μια πολιτική αφ' υψηλού, πρέπει να κάνει πολιτική σταθερότητας και ειρήνης. Πρέπει να παίζει το ρόλο της δύναμης, που εκπροσωπεί την Ευρώπη, χωρίς να ανακατεύεται και να εμπλέκεται στις διαφορές τις βαλκανικές, κατά το μέτρο του δυνατού.“

<sup>395</sup> Botschaft des Präsidenten der Republik K. Karamanlis an die Führer der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, 3.1.1992, Dokument Nr. 11 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 63f., S. 63; veröffentlicht: Makedonia, 19.4.1992. Im Original heißt es: „Η Δημοκρατία αυτή δεν έχει κανένα απολύτως δικαίωμα, είτε ιστορικό είτε εθνολογικό, να χρησιμοποιεί το όνομα Μακεδονία. Ιστορικό μεν γιατί οι Σλάβοι που αποτελούν την πλειοψηφία του σημερινού πληθυσμού της Δημοκρατίας αυτής εμφανίστηκαν στην ιστορία της περιοχής μόλις τον 6ο μ.Χ. αιώνα, δηλαδή 1.000 περίπου χρόνια μετά την εποχή που ο Μέγας Αλέξανδρος κατέστησε τη Μακεδονία σημαντικό τμήμα του αρχαίου ελληνικού κόσμου. Και εθνολογικό γιατί ο πληθυσμός της Δημοκρατίας αυτής αποτελείται από Σλάβους, Αλβανούς, Αθίγγανους και άλλες εθνότητες, όλες βεβαίως σεβαστές, αλλά χωρίς καμία σχέση με τους Μακεδόνες.“

Zudem sei diese Republik unter diesem Namen erst unter Tito als Mittel zur Erzwingung eines möglichen Ägäiszugangs für den kommunistischen Staat gegründet worden.<sup>396</sup> Nach dem Ende des Kalten Krieges würde eine Tradierung dieses Erbes nur bedeuten, dass diese Ansprüche nachträglich historisch gerechtfertigt würden.

Die Anknüpfung an Alexander den Großen bemühte auch der Bürgermeister von Thessaloniki, *K. Kosmopoulos*, der bei der Großkundgebung vom 14. Februar 1992 sagte:

„Makedonien war, ist und bleibt griechisch. (...) Wir Makedonier, Nachfahren von Alexander dem Großen, lassen uns nicht durch Drohungen einschüchtern.“<sup>397</sup>

An gleicher Stelle erklärte der Generalsekretär der PASOK, *A. Tsochatzopoulos*, dass dies eine Demonstration des Friedens und der Zusammenarbeit auf dem Balkan sei und sich an die Usurpatoren und Fälscher der Geschichte, der nationalen Existenz und des kulturellen Erbes der Griechen richte.<sup>398</sup>

Ähnliche Legitimationen wie der Präsident führte auch der Außenminister *Samaras* an.<sup>399</sup> Die Versuche der „Monopolisierung“ des griechischen historischen und archäologischen Erbes in Makedonien/Mazedonien von Seiten FYROMs sah er in einer Kontinuität seit dem II. Weltkrieg. Dies gipfeln in der Aufnahme von Alexander d. Großen und Aristoteles in das Pantheon Skopjes.<sup>400</sup> Damit – so die Argumentation *Samaras*’ – verweigere FYROM dem griechischen Volk sein legitimes Recht auf einen Großteil seiner kulturellen Erbschaft. Gleichzeitig sah er die Anerkennung eines Staates mit dem Namen Makedonien/Mazedonien als dauerhafte Bedrohung für Frieden und Stabilität in Südosteuropa. Ein solch kleines Land wäre unvermeidlich das Ziel serbischer, bulgarischer und albanischer Nationalisten, die dadurch ihre Träume von einem Großalbanien, Großserbien und Großbulgarien verwirklichen wollten und dann eine reale Bedrohung für die territoriale Integrität Griechenlands darstellen würden.<sup>401</sup> Ebenso problematisch sei die ethnisch heterogene Bevölkerung und die unterentwickelte Wirtschaft FYROMs, die langfristig gesehen einer Stabilisierung des Landes ohne ausländische „Beschützer“ entgegen stünden. Als mögliche Folgen für Griechenland skizziert der Außenminister möglicherweise einen bewaffneten Zusammenstoß, und in jedem Fall gravierende wirtschaftliche Einbußen. Das EG-Mitglied würde zudem vom „Domino-Effekt“ betroffen wer-

---

<sup>396</sup> Vgl. zu diesem Argument den kurzen historischen Überblick der Probleme zwischen Griechenland und Jugoslawien bei: Kraft 1995, S. 393-395.

<sup>397</sup> AdG 62 (1992), S. 36559.

<sup>398</sup> Rede des Generalsekretärs der PASOK *A. Tsochatzopoulos* auf der Plateia Aristotelous in Thessaloniki, 14.2.1992, PASOK-Archiv.

<sup>399</sup> Botschaft des Außenministers *A. Samaras* an die elf Außenminister der EU, Dokument Nr. 13 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 72-82; veröffentlicht: *To Pontiki*, 13.2.1992.

<sup>400</sup> Botschaft des Außenministers *A. Samaras* an die elf Außenminister der EU, S. 74.

<sup>401</sup> Botschaft des Außenministers *A. Samaras* an die elf Außenminister der EU, S. 75f..

den, der vom Zusammenbruch Jugoslawiens ausgehe.<sup>402</sup> Die explizite Ablehnung des Namens Makedonien/Mazedonien für den Nachbarstaat begründet er mit dessen „inhärenter expansiver Bedeutung“. Er beinhalte Gebietsansprüche, sowohl auf den bulgarischen, als auch auf den griechischen Teil der geographischen Region Makedonien/Mazedonien.<sup>403</sup> Die kompromisslose Haltung von *Samaras* wurde von einem offenen Brief mehrerer griechischer Intellektueller – u.a. des Literaturnobelpreisträgers *Odusseas Elutis* und der Schauspielerin und PASOK-Abgeordneten *Melina Merkouri* - an die EG-Außenminister unterstützt.<sup>404</sup>

Die Bedrohung für Griechenland, die von FYROM ausgehe, wurde auch beim ersten Treffen der Parteiführer unter der Ägide des Präsidenten erkannt, allerdings wurde sie nicht als akut eingestuft.<sup>405</sup>

Auch der Vorsitzende der wichtigsten Oppositionspartei – *A. Papandreou* – betont, neben den historischen und ethnologischen Begründungen für eine Ablehnung des Namens, die zukünftigen Implikationen. Er erkennt eine mächtige ausländische Lobby, insbesondere in Australien, Kanada und den USA, die hinter den Bestrebungen nach der Gründung eines Staates ‚Makedonien/Mazedonien‘ stehe. Dieser diene sodann als Basis für die expansiven Gelüste dieser Gruppe gegenüber Bulgarien und vor allem Griechenland.<sup>406</sup> *Papandreou* lehnt eine Anerkennung FYROMS kategorisch ab, da er die Gefahr sieht, dass sich dahinter der „anti-griechische Plan“ versteckt, an der Nordgrenze des Landes einen „antigriechischen Staat“ zu gründen, der „Griechenland verstümmeln würde“, da er den griechischen Teil Makedoniens – von Skopje Ägäis-Makedonien genannt - beanspruche.<sup>407</sup> Die griechische Ablehnung basiere auf unverrückbaren Werten, wie dem Frieden der Region und dem Schutz des Vaterlandes.<sup>408</sup>

Wie schon durch die zahlreichen Botschaften der griechischen Politiker an ausländische Kollegen, insbesondere der EG/EU, ersichtlich wurde, spielten **andere Akteure** eine wichtige Rolle in der Konfliktwahrnehmung der griechischen Diskursträger. In der Öffentlichkeit herrschte dabei das Gefühl vor, dass die Probleme, die nach dem Zerfall Jugoslawiens für

<sup>402</sup> Botschaft des Außenministers A. Samaras an die elf Außenminister der EU, S. 77.

<sup>403</sup> Botschaft des Außenministers A. Samaras an die elf Außenminister der EU, S. 80.

<sup>404</sup> Kraft 1995, S. 399.

<sup>405</sup> Gemeinsame Verlautbarung des Zusammentreffens der politischen Führer unter dem Präsidenten der Republik, 18. Februar 1992, Dokument Nr. 15 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 85f..

<sup>406</sup> Interview des PASOK-Vorsitzenden A. Papandreou mit SKY 100,4 FM Stereo – Burôn Karudîs, 14.2.1992, PASOK-Archiv.

<sup>407</sup> Zentrale Wahlkampfede (Nachwahlen) des Vorsitzenden der PASOK, A. Papandreou, in Peristeri, 2.4.1992, S. 4, PASOK-Archiv. Im Original heißt es: „...γιατί πίσω από το όνομα „Μακεδονία“, κρύβεται ένα σχέδιο ανθελληνικό για τη δημιουργία ενός ανθελληνικού κράτους, που θα ακρωτηριάζει την Ελλάδα και θα περιλαμβάνει την Μακεδονία του Αιγαίου – όπως την ονομάζουν.“

<sup>408</sup> Zentrale Wahlkampfede (Nachwahlen) des Vorsitzenden der PASOK a. Papandreou in Peristeri, 2.4.1992, S. 5, PASOK-Archiv.



Griechenland entstanden waren, von seinen Partnern nicht berücksichtigt oder überhaupt verstanden wurden.<sup>409</sup>

Die Haltung der EG-Partner, die die griechischen Positionen übernahmen, wurde ausführlich gewürdigt. *K. Mitsotakis* betont, dass diese für Griechenland positive Haltung der EG in Lissabon nicht zu erwarten gewesen sei und deswegen umso höher eingeschätzt werden müsse.<sup>410</sup> Aber auch der Ministerpräsident hält „Fehler und Schwächen der internationalen Gemeinschaft“ für eine der Ursache der Balkankrise.<sup>411</sup> Trotzdem sei auch der Erfolg Griechenlands bei der Aufnahme FYROMs in die UN zu einem großen Teil der Unterstützung durch seine europäischen Partner zu verdanken.<sup>412</sup>

In der griechischen Öffentlichkeit wurden die einzelnen EG-Staaten dennoch argwöhnisch beobachtet. Wegen der angeblichen antigriechischen Haltung dieser Länder kam es beispielsweise Anfang 1992 zu einem Boykott niederländischer und italienischer Waren in griechischen Supermärkten. Dies ging so weit, dass eine Supermarkt-Kette diese Waren sichtbar kennzeichnete.<sup>413</sup> Der Ministerpräsident verurteilte diese Aktion zwar ebenso wie Industrie- und Handelsverbände, der Außenminister *Samaras* nannte es eine spontane Reaktion griechischer Bürger, für die man sich nicht entschuldigen müsse.<sup>414</sup> Die von den USA zugesagte Unterstützung für Griechenland wurde in der Regierung besonders positiv aufgenommen, weswegen sich *Mitsotakis* im Namen des griechischen Volkes auch ausdrücklich bedankte.<sup>415</sup> Die im August erfolgte Anerkennung des Nachbarstaates durch Russland wurde hingegen sogleich als Ausdruck eines expansiven Panslawismus interpretiert, dessen neuester Vorposten nun Skopje sei.<sup>416</sup> Die Abschiedsrede des dänischen Außenministers als amtierender Präsident des Rats der Außenminister der EG, in der er die griechische Politik gegenüber FYROM anprangerte, trug ihm von griechischer Seite den Vorwurf ein, er verstünde nichts von Geschichte.<sup>417</sup> Auch der Beschlussvorschlag der SPD im deutschen Bundestag, der unter anderem die Anerkennung von FYROM vorsah, wurde von *Papandreou* scharf verurteilt. In einem Brief an den SPD-Vorsitzenden *Björn Engholm* drückte er sein tiefes Bedauern darüber

---

<sup>409</sup> Economides 1995, S. 117. Vgl. dazu auch die eindeutig pro-griechische Argumentation bei: Giakoumis 1997, S. 96-106.

<sup>410</sup> K. Mitsotakis im griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5232.

<sup>411</sup> K. Mitsotakis, Eröffnungsrede zum Kongress der Europäischen Volkspartei, Athen, 11.11.1992, Dokument 3732 IKM-Archiv, S. 3.

<sup>412</sup> Interview von K. Mitsotakis, Apogeumatinî, 8.3.1993, Dokument 3876 IKM-Archiv.

<sup>413</sup> Antonis Liakos (1993), "Balkankrise und Nationalismus." In: *Der Ianus des Nationalismus und die griechische Außenpolitik*, Antonis Liakos u.a. (Hrsg), S. 9-30. Athen: Politis, S. 27. (in gr.)

<sup>414</sup> Kraft 1995, S. 398f.

<sup>415</sup> K. Mitsotakis, Pressemitteilung bezüglich der Haltung des US-Präsidenten Bush hinsichtlich der Anerkennung FYROMs durch die USA, 4.7.1992, Dokument 3442 IKM-Archiv.

<sup>416</sup> Kraft 1995, S. 402.

<sup>417</sup> Kraft 1995, S. 403.

aus, dass seine sozialdemokratischen Kollegen trotz zahlreicher Gespräche mit griechischen Abgeordneten das Problem nicht verstanden hätten und auf die Propaganda von Skopje hereingefallen seien.<sup>418</sup>

Diese Beispiele der Einschätzung des Auslands stellen aber eine Ausnahme dar, da sie auf konkrete Aussagen oder Handlungen der anderen Staaten reagierten. Sehr viel verbreiteter in Hinsicht auf FYROM waren allgemeinere Ansichten über eine Verschwörung großer Mächte gegen Griechenland, wie sie insbesondere aus der PASOK und der KKE zu vernehmen waren.<sup>419</sup> Dies drückte sich teilweise durch den dunklen Hinweis auf „die Neue Ordnung“ nach dem Kalten Krieg aus, die ein neues Zeitalter der Fremdbestimmung auf dem Balkan einläute.<sup>420</sup> Die Hauptakteure, die dabei immer wieder vermutet wurden, sind Deutschland und England, sowie – im griechischen Diskurs selbstverständlich – die USA.<sup>421</sup> Auch *Papandreou* bezog sich des öfteren auf dieses Konstrukt. Seiner Ansicht nach war diese „Neue Ordnung“ höchst problematisch für die Entwicklung der „nationalen Themen“ Griechenlands.<sup>422</sup>

*Papandreou* spricht auch von einem Kampf um Einflussphären auf dem Balkan, der zwischen den USA und der EG stattfinde – die EG nennt er dabei „Deutschland - EG“. Konkret handele es sich um die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, womit sich der Balkan praktisch wieder in der gleichen Situation befinde wie am Anfang des 20. Jahrhunderts. Griechenland erfahre von Europa keine Solidarität, sondern lediglich Provokationen und Zynismus. Gleichzeitig werde Griechenland durch die Entstehung eines „islamischen Bogens“ bedroht, der sich von Ankara über Sofia und Tirana bis nach Bosnien spanne.<sup>423</sup> Die Großmächte verfolgten – laut *Papandreou* - eine zweigleisige Strategie, mit der sowohl Griechenland als auch Serbien getroffen würden. Diese bestünde aus der Gründung eines starken islamischen Staates in der Mitte des Balkans und in der Stärkung Skopjes, insbesondere durch die USA und Deutschland.<sup>424</sup> Die Bedrohung Griechenlands durch einen islamischen Bogen und zusätzlich noch durch einen vom Vatikan kontrollierten Block sah auch *A. Samaras* im

---

<sup>418</sup> Brief von A. Papandreou an den Vorsitzenden der deutschen Partei SPD Björn Engholm, Dokument 32 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 145f., veröffentlicht Ta Nea, 4.2.1993.

<sup>419</sup> Vgl. auch: Mouzelis 1994.

<sup>420</sup> Rede des Generalsekretärs der PASOK A. Tsochatzopoulos auf der Plateia Aristotelous in Thessaloniki, 14.2.1992, PASOK-Archiv; To Bήμα, 24.5.1992; die griechische Bezeichnung lautet „νέα τάξη πραγμάτων“ oder lediglich „νέα τάξη“. Vgl. dazu die Artikelsammlung: Takis Fotopoulos (1997) (Hrsg), *Die neue internationale Ordnung und Griechenland*. Athen: Kastaniotis. (in gr.)

<sup>421</sup> Vgl. To Bήμα, 9.8.1992 und Kathimerinî, 13.8.1992.

<sup>422</sup> Rede des PASOK-Vorsitzenden A. Papandreou bei einem Zusammentreffen mit Vertretern der lokalen Selbstverwaltung und Industrie in Thessaloniki, 27.6.1992, S. 1.

<sup>423</sup> Rede des PASOK-Vorsitzenden A. Papandreou bei der sechsten Zusammenkunft des Zentralkomitees der PASOK, 15.5.1992, S. 4-8, PASOK-Archiv.

<sup>424</sup> Pressekonferenz des PASOK-Vorsitzenden A. Papandreou, 20.9.1992, S. 11, PASOK-Archiv.

Wahlkampf und schlug deswegen die Bildung eines orthodoxen Blockes unter der Führung Griechenlands vor, der dies ausgleichen sollte.<sup>425</sup>

Zur Überwindung der Widerstände in der EG sollte in Griechenland ein Referendum abgehalten werden, das – nach dem Vorbild Dänemarks im Falle des Maastricht-Vertrags – die unverrückbare Position des griechischen Volkes in dieser Frage demonstrieren sollte.<sup>426</sup>

Die Darstellung Griechenlands als Opfer der internationalen Politik und das Unverständnis der europäischen Partner fand weite Verbreitung im Diskurs und schlug sich auch in der Presse nieder. So fanden sich Überschriften wie „Wir und die Barbaren Europas“<sup>427</sup>, „Athen als Opfer des deutschen Plans“<sup>428</sup> und „Das Europa der Idioten“<sup>429</sup>.

Die KKE ging sogar so weit, den Großmächten – ohne Konkretisierung – die maßgebliche Verantwortung für das Mazedonienproblem zuzuweisen, das nur ein Teil einer umfassenden Balkanstrategie sei. Der Konflikt sei weder im Interesse Griechenlands noch FYROMs, sondern erleichtere die Einflussnahme durch verschiedene Großmächte auf dem Balkan. Diese Mächte hätten Griechenland bisher in alle Katastrophen seiner jüngeren Geschichte (Kleinasiatische Katastrophe, Diktatur, Zypern) geführt und diesen würde nun ein weiteres Kapitel hinzugefügt.<sup>430</sup>

Die Kritiker der harten Politik gegen Skopje wiesen die Verantwortung des Auslandes für die Isolierung Griechenlands allerdings zurück und bezeichneten die griechische Politik als hauptverantwortlichen Konstrukteur jeglicher „antigriechischer Bögen“.<sup>431</sup>

#### 4.1.2.4. Von der Parlamentswahl bis zum Abschluss des Interim-Abkommens

Aus der Wahl vom 10. Oktober 1993 ging die PASOK mit 46,88% der Stimmen und damit 56,7% der Mandate als Siegerin hervor. Die ND erreichte lediglich 39,3% Stimmenanteil, die neugegründete Politikí Anoixí 4,88% und die KKE 4,54%. Der SYN scheiterte mit 2,94% an der kurz zuvor eingeführten Drei-Prozent-Klausel.<sup>432</sup> Die PASOK bildete mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament (170 von 300 Sitzen) die Regierung, die beiden in dieser Fallstudie

---

<sup>425</sup> AdG, 10.10.1993, S. 38270. (Den Umstand, dass die Bevölkerungsmehrheit FYROMs orthodoxen Glaubens ist, scheint der ehemalige Außenminister dabei übersehen zu haben; Anm. d. Verf.)

<sup>426</sup> Vgl. Kraft 1995.

<sup>427</sup> Eleutheros Tupos, 14.6.1992.

<sup>428</sup> Kathimerini, 26.7.1992.

<sup>429</sup> Eleutheros Tupos, 13.12.1992.

<sup>430</sup> D. Kóstopoulos vor dem griechischen Parlament, Wahlperiode Z, Sitzung G, Tagung PB, Samstag 27.3.1993, S. 5250f..

<sup>431</sup> Vgl. A. S. Wallden (1992), Das erste Embargo: „Griechische List“ oder ein weiterer tragischer Fehler?, in: Wallden 1994, S. 84-88. Veröffentlicht: Augi, 20.9.1992 (in gr.); Aggelos Elefantis (1992), "Von der nationalistischen Euphorie zum Abgrund." In: *Politis*, Vol. 120 (Dez. 1992), S. 31-62. (in gr.)

<sup>432</sup> Tsakalidis 1999, S. 53f..

hauptsächlich relevanten Posten besetzten darin *Andreas Papandreou* (Ministerpräsident) und *Karolos Papoulias* (Außenminister).<sup>433</sup>

Die Rhetorik der PASOK als Regierungspartei unterschied sich zum Amtsantritt nicht wesentlich von ihrer Oppositionsrhetorik. So verkündete der Regierungssprecher *Euangelos Benizelos* schon am 20. Oktober 1993, dass Griechenland keinen Staat mit dem Wort „Makedonien/Mazedonien“ oder einem Derivat desselben anerkennen würde. Die Legitimation dieser Politik sei nicht allein historisch oder symbolisch, sondern basiere ebenso auf der Notwendigkeit, die Stabilität und den Frieden in der Region zu sichern. Dies sei die Position eines Landes, das, ausgehend von seiner ökonomischen Entwicklung, seiner sozialen Struktur, dem Niveau seiner politischen Reife und seiner Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen, als Beispiel für die Region und Garant des status quo auf dem Balkan dienen könne.<sup>434</sup> Zugleich verdeutlichte die Regierung jedoch, dass sie die Politik der Regierung in Skopje nicht akzeptieren könne und deshalb die Verhandlungen so lange aussetzen werde, bis die Nachbarrepublik ihre anmaßenden, geschichtsverachtenden und provokanten Positionen ablege.<sup>435</sup>

Die **Konfliktdarstellung** im Diskurs blieb im Vergleich zum oben untersuchten Zeitraum ähnlich, die Wortwahl wurde allerdings schärfer. *Papandreou* und sein Außenminister *Papoulias* sprachen davon, dass es sich bei der Namenswahl Skopjes um einen klaren Bruch des internationalen Rechts handele. Griechenland wurde als Garant des regionalen Friedens und der Stabilität dargestellt, während FYROM ein Unsicherheitsfaktor und internationaler Outlaw sei.<sup>436</sup> Der Oppositionsführer *M. Ebert* argumentierte hinsichtlich der Konfliktdarstellung praktisch identisch.<sup>437</sup> Der 1995 neu gewählte Präsident *Stephanopoulos* verdeutlichte nach seinem Amtsantritt, dass Griechenland nicht Teil des Problems auf dem Balkan sei, andere Staaten allerdings Probleme für das Land erzeugten.<sup>438</sup>

---

<sup>433</sup> AdG 63 (1993), 10.10.1993, S. 38270.

<sup>434</sup> Rede des Regierungssprechers E. Benizelos vor der Union Europäischer Journalisten am 20.10.1993, in: Benizelos 1996, S. 175-187, 179. (in gr.)

<sup>435</sup> Kraft 1995, S. 405f.; Offizielle Regierungsverlautbarung zur Anerkennung FYROMs durch unsere Partner in der Europäischen Union, 15.12.1993, Dokument Nr. 47 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 185-187; veröffentlicht: Makedonia, 16.12.1993.

<sup>436</sup> A. Papandreou vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1829; Botschaft des Außenministers K. Papoulias an den Außenminister der USA W. Christopher, 5.11.1993, Dokument Nr. 43 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 173-176; veröffentlicht: To Pontiki, 10.2.1994.

<sup>437</sup> M. Ebert vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1842f..

<sup>438</sup> John Shea (1997), *Macedonia and Greece. The Struggle to Define a New Balkan Nation*, London: McFarland & Company, S. 279.

*Samaras* mit der POLAN blieb seiner Linie in der Mazedonienfrage treu. Er nannte FYROM eine zukünftige Bedrohung für Griechenland und die gesamte Region. Die Nachbarrepublik sei die Zündschnur für das Pulverfass Balkan. Griechenland habe mehrmals die Hand in Freundschaft nach Skopje ausgestreckt und wäre zurückgewiesen worden.<sup>439</sup> FYROM profitiere bislang nur, während Athen stets zahle.<sup>440</sup>

Die KKE stellte den Mazedonienkonflikt wieder in den allgemeinen Zusammenhang der Balkankrise und betonte die Gefahr, dass Griechenland in die Kriege auf dem Boden Ex-Jugoslawiens verwickelt werden könne. Die eigentliche Ursache des Konflikts sei die Politik der Großmächte in der Region, die ihre Einflusssphären abstecken würden und die zunehmend nationalistische Öffentlichkeit in Griechenland. Diese sei auch das eigentliche Publikum der griechischen Politik, sowohl der ND-Regierung als auch *Papandreous*.<sup>441</sup>

Die Einschätzung der Charaktereigenschaften der Bewohner Skopjes in der griechischen Presse unterstreicht Konfliktdarstellung zusätzlich. Sie wurden „Namens usurpatoren“, „rücksichtslose Fälscher glorreicher griechischer Geschichte“, „Chauvinisten“ und „Antihellenen“ genannt. Die Republik selbst wurde als „so genannter Staat“, „ethnologisch hermaphroditische Region“ und „nicht funktionierendes staatsähnliches Gebilde mit fließendem Bewusstsein“ bezeichnet.<sup>442</sup>

Dennoch gab es auch Stimmen, die FYROM als natürlichen Verbündeten Griechenlands auf dem Balkan sahen, zu dem schnellstmöglich freundschaftliche Beziehungen aufgebaut werden müssten. Es wurde bestritten, dass der Name an sich ein Vehikel für revanchistisches Gedankengut sei. Griechenland sei ein Mitglied der europäischen Familie und müsse die entsprechende Politik zeigen.<sup>443</sup>

Die Einschätzung der bislang verwendeten **Strategien** und **Mittel** und die **Handlungsanweisungen**, die sich daraus ergaben, spiegelten die Verhärtung der griechischen Positionen wider. *Papandreou* äußerte, dass die Politik der ND-Regierung auf europäischer Ebene zwar einige Schlachten gewonnen habe, die Einschaltung der UN aber ein Fehler gewesen sei, der zur Anerkennung Skopjes durch zahlreiche Staaten geführt hätte und damit Griechenlands Positi-

---

<sup>439</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1829.

<sup>440</sup> S. Stefanopoulos vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1829.

<sup>441</sup> A. Paparîga vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1853f.

<sup>442</sup> Panayote Dimitras (1994). *Balkan Neighbours. Newsletter 1994/1: Image of the Balkan Peoples in the Greek Press (Apr. - Sept. 1994)*. [Zugriff am 18.7. 2002]. Zugänglich unter <http://www.access.online.bg/bn/newsletter/bn-1/5.htm>.

<sup>443</sup> A. S. Wallden (1993), Das Makedonische (Problem): eine Abrechnung, in: Wallden 1994, S. 34-47. Veröffentlicht: Rizospastiko Forum, Band 2, 1993. (in gr.)

on maßgeblich geschwächt habe.<sup>444</sup> Die Absage der Verhandlungen unter der Ägide der UN sei deshalb ein notwendiger Schritt zum Schutz der nationalen griechischen Rechte. Zusätzlich müsse Druck jedweder Form – außer militärische Maßnahmen - auf Skopje ausgeübt werden, um die Annahme der drei Bedingungen notfalls zu erzwingen.<sup>445</sup> Die Verhängung des Embargos am 16. Februar 1994 sei notwendig, um ein Entgegenkommen der Regierung von FYROM zu erreichen. Nur wenn aus Skopje ein Zeichen guten Willens in Form eines Verzichts auf die revanchistischen Verfassungsartikel und die Verwendung nationaler griechischer Symbole komme, werde Griechenland von der Grenzsperrung absehen.<sup>446</sup>

Der ND-Vorsitzende *Ebert* stellte demgegenüber die Fehler von *Mitsotakis* in Abrede und betonte die Untätigkeit der PASOK - Regierung, die zur Anerkennung FYROMs durch einige EU-Staaten geführt habe. Gleichzeitig rügte er, dass die Auseinandersetzung mit Skopje zu wichtig für Griechenland sei, als dass sie zum Spielball der parteipolitischen Interessen gemacht werden dürfe. Vielmehr müsse über dieses nationale Problem Einmütigkeit zwischen den Parteien herrschen. Griechenland müsse sich bemühen, FYROM in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, um auf dieser Basis gute Beziehungen aufbauen zu können.<sup>447</sup> Die Auseinandersetzung der Verhandlungen sei deswegen ein schwerer Fehler der Regierung gewesen. Griechenland müsse mit den festen Positionen, die sich aus den drei Bedingungen ergäben, in die Verhandlungen gehen. Dies könne dann auch nicht als Verrat an der Geschichte bezeichnet werden, sondern wäre die beste Möglichkeit, den griechischen Interessen auf dem Balkan zu dienen. Das Problem müsse schnell zum Abschluss gebracht werden, da es in der Hierarchie der griechischen „nationalen Themen“ hinter den Problemen mit der Türkei, den Auseinandersetzungen mit Albanien um die griechische Minderheit in Südalbanien/Nordepirus und den Schwierigkeiten mit Bulgarien stehe. FYROM als Teil des Balkans müsse auch Teil einer systematischen griechischen Balkanpolitik sein, die notwendigerweise Prioritäten setzen müsse.<sup>448</sup> Aus der ND mahnte lediglich der ehemalige Ministerpräsident *Mitsotakis* an, dass ein mögliches Embargo dem internationalen Ansehen Griechenlands einen schweren Schaden zufügen würde. Darin wurde er von 301 Intellektuellen in einem offen Brief unterstützt, die das Embargo als irrationalen und gefährlichen Akt bezeichneten.<sup>449</sup> Man müsse den Gegeben-

---

<sup>444</sup> A. Papandreou vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1829.

<sup>445</sup> A. Papandreou vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1839.

<sup>446</sup> AdG (64) 1994, 17.2.1994, S. 38671.

<sup>447</sup> M. Ebert vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1841.

<sup>448</sup> M. Ebert vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1842f..

<sup>449</sup> AdG (64) 1994, 18.4.94, S. 38872.

heiten ins Auge blicken und würde dann zu dem Schluss gelangen, dass eine Wiederaufnahme der Verhandlungen unumgänglich sei, da ansonsten eine Anerkennung Skopjes durch alle Staaten der UN unter dem Namen „Republik Makedonien/Mazedonien“ unvermeidbar werde. Zudem müsse der Vorschlag der doppelten Namensgebung diskutiert werden.<sup>450</sup> Seiner Ansicht nach war Griechenland durch die Politik der Regierung *Papandreou* wieder zum „schwarzen Schaf“ Europas geworden. Während seiner eigenen Regierungszeit sei es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Partner in der EG gekommen, aber erst *Papandreou* hätte den Bruch herbeigeführt.<sup>451</sup>

Der ehemalige Außenminister *A. Samaras* beurteilte lediglich die von ihm selbst auf EG-Ebene durchgesetzten drei Bedingungen als erfolgreich. Sie seien die erste positive Errungenschaft Griechenlands in der Auseinandersetzung mit Jugoslawien und FYROM, die es seit 50 Jahren zu verzeichnen gäbe. Auf Skopje müsse Druck bis hin zu einem wirtschaftlichen Embargo ausgeübt werden, um die Annahme dieser Bedingungen herbeizuführen.<sup>452</sup> Auch er bezeichnete die Verlagerung auf die UN-Ebene als Misserfolg, weil dort beide Staaten quasi gleichberechtigt seien. Den Vorschlag der doppelten Namensgebung von *Mitsotakis* betrachtete *Samaras* als „Verbrechen am griechischen Volk.“<sup>453</sup> Seiner Ansicht nach sei es unmöglich, die „nationalen Themen“ in irgendeiner Form zu hierarchisieren, alle seien gleichermaßen wichtig. Zudem erfordere die Beschäftigung mit diesen Themen die Einheit und Eintracht des griechischen Volkes, weswegen die Äußerung verschiedener Ansichten dazu in keiner Weise demokratisch sei, sondern die Vernachlässigung der nationalen Pflicht zum Einmut verletze. Griechenland dürfe es der Nachbarrepublik nicht erlauben, den Namen „Makedonien/Mazedonien“ in irgendeiner Form zu verwenden, dies wäre ein schwerer nationaler Fehler.<sup>454</sup> Der Hellenismus wäre lange genug zurückgewichen, so dass er jetzt mit dem Rücken zur Wand stünde. Der richtige Schritt wäre die Rückführung der Verhandlungen von der UN-Ebene auf die EU-Ebene, wobei die Partner in der Union mit einem Referendum der griechischen Bevölkerung von der Dringlichkeit des Problems zu überzeugen wären. Falls dies nicht

---

<sup>450</sup> K. Mitsotakis vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1859-1861; K. Mitsotakis vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung A, Tagung E, Sonntag 24.10.1993, S. 24.

<sup>451</sup> Interview von K. Mitsotakis, Oikonomikos Tachudromos 5.10.1995.

<sup>452</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1844f., 1848, 1850.

<sup>453</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1846.

<sup>454</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1847.

ausreiche, müsse Griechenland ein Veto gegen die EU-Erweiterung einlegen und damit auch die europäische Unterstützung erzwingen.<sup>455</sup>

Die KKE forderte aufgrund der ausweglosen Situation, die durch das populistische Verhalten beider Regierungen entstanden sei, die Wiederaufnahme des Dialogs mit Skopje. Zudem müsse Griechenland eine eigenständige Balkanpolitik betreiben und sich von der Fremdbestimmung durch die USA und die EU lösen.<sup>456</sup>

Einen harten Kurs der Regierung forderten auch etwa eine Million Demonstranten, die am 31. März 1994 in Thessaloniki mit auf die Straße gingen. Unter dem Motto „Der Hellenismus verhandelt nicht über seine Rechte“ hatten der Bürgermeister und der Bischof der Stadt zu der Kundgebung aufgerufen.<sup>457</sup> Dabei wurden Transparente mit der Aufschrift „Macedonia is Greek“, sowie griechische Fahnen und Banner mit dem Stern von Vergina geschwenkt.<sup>458</sup>

Trotzdem wurde das Embargo und die gesamte Mazedonienpolitik Griechenlands auch scharf verurteilt und Athen als weiterer Unruheherd auf dem Balkan bezeichnet. Mit dieser Zwangsmaßnahme hätte die Regierung zu einer widerrechtlichen Praxis gegriffen, nachdem sie zuvor in einer augenscheinlich sinnlosen Handlung die Brücke zu UN abgebrochen habe. Die griechische Regierung verhalte sich wie ein wild gewordener Cowboy und habe das Land in die internationale Isolation geführt. Damit habe sie die Fortschritte der griechischen Außenpolitik nach dem II. Weltkrieg auf dem Weg in den Westen aufs Spiel gesetzt und einen tiefen Graben zwischen Griechenland und seinen westlichen Verbündeten aufgeworfen.<sup>459</sup>

Die **Legitimation** der verschiedenen Maßnahmen und Vorschläge konzentrierte sich nach der Parlamentswahl mehr und mehr auf die historischen Argumente und auf die Betonung der Gefahr, die für Griechenland aus der Verwendung des Namens Makedonien/Mazedonien erwachse. Auffällig ist, dass *Papandreou* mit der PASOK derjenige war, der Frieden und Sicherheit der Region als wichtigsten Beweggrund der griechischen Politik identifiziert. Der Name Makedonien/Mazedonien sei Träger irredentistischer Propaganda und gefährde dieses Gut aufs höchste.<sup>460</sup> Das Embargo bezeichnete die Regierung lediglich als Maßnahme gegen den Missbrauch nationaler griechischer Symbole und gegen die revanchistische Propaganda

<sup>455</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1850.

<sup>456</sup> A. Paparîga vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1855; O. Kolosôf vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1867.

<sup>457</sup> AdG (64) 1994, 18.4.1994, S. 38872.

<sup>458</sup> Shea 1997, S. 284.

<sup>459</sup> Augî, 2.3.1994, Augî, 3.3.1994, Augî, 4.3.1994, Augî, 5.3.1994, Kathîmerinî, 27.5.1994.

<sup>460</sup> A. Papandreou vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1839, 1857; C. Rokofullos vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1863.



aus Skopje. Es basiere sowohl auf EG-Recht, als auch auf internationalem Recht.<sup>461</sup> Die Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Souveränität Griechenlands rechtfertige die Zwangsmaßnahmen, zudem gäbe es zahlreiche Präzedenzfälle (USA - Iran, USA - UdSSR, USA - Libyen, GB – Argentinien).<sup>462</sup> Das Empfinden der griechischen Bevölkerung, die im Laufe des 20. Jahrhunderts drei Mal angegriffen worden sei und zwei Besetzungen durchleiden musste, sei durch die Versuche FYROMs, die griechische Geschichte, ihre Denkmäler, Symbole und Akteure einzugemeinden und zu monopolisieren, zutiefst verletzt. Einer solchen Bedrohung nicht nur der territorialen Integrität, sondern auch der nationalen Identität und des kulturellen Erbes, werde mit dem Embargo adäquat begegnet.<sup>463</sup> *Papoulias* bezeichnete es als Maßnahme der Selbstverteidigung gegen die Aggressivität und imperialistische Haltung FYROMs.<sup>464</sup>

*M. Ebert* hingegen nennt mehrere Legitimationen, wobei die Unverletzlichkeit griechischen Territoriums und der Schutz griechischer Minderheiten gleichberechtigt neben dem Schutz der griechischen Geschichte stehen. Nur am Rande erwähnt er die politische und ökonomische Stabilität der Region als erstrebenswertes Ziel der griechischen Politik.<sup>465</sup>

Die schärfsten Worte fand *A. Samaras*, der die Verwendung des Namens als Vehikel aggressiver Politik brandmarkte und ihn als ein „trojanisches Pferd des Irredentismus“ bezeichnete. Die Pflicht gegenüber dem griechischen Volk und seiner Geschichte gebiete es, dass FYROM mit allen Mitteln daran gehindert werde, diesen Namen zu gebrauchen.<sup>466</sup>

Lediglich die KKE wandte sich gegen die „Überbewertung des Namenskonfliktes“ und nannte als Basis griechischer Außenpolitik die Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums, die nationale Unabhängigkeit und den Frieden auf dem Balkan.<sup>467</sup>

Die Einschätzung **anderer Akteure** spielte nach der Anerkennung FYROMs durch zahlreiche Drittstaaten und der internationalen Verurteilung des griechischen Embargos eine wichtige

---

<sup>461</sup> Argumentation bezüglich der Verhängung von Maßnahmen der griechischen Republik gegen FYROM. Schriftstück des Außenministeriums vom 21.2.1994, Dokument Nr. 53 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 199-203, S. 199; veröffentlicht: *To Pontiki*, 24.2.1994.

<sup>462</sup> Memorandum der griechischen Regierung an die Kommission der EU, Dokument Nr. 56 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 208-214, S. 209; veröffentlicht: *Makedonia* 1.3.1994.

<sup>463</sup> Rundschreiben des Außenministeriums. Die griechische Argumentation, Dokument Nr. 58 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 217-222, S. 217; veröffentlicht: *Thessaloniki* 7.3.1994.

<sup>464</sup> Shea 1997, S. 285.

<sup>465</sup> M. Ebert vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1841.

<sup>466</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1846, 1848.

<sup>467</sup> A. Papatrifa vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1858; O. Kolosof vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1867.

Rolle im Diskurs. So sah *Papandreou* die EG als eigentliche Verursacherin der Krise in Jugoslawien, da sie eine übereilte und amateurhafte Politik an den Tag gelegt habe.<sup>468</sup> Sein Außenminister forderte von „Partnern, Verbündeten, Freunden und Nachbarn Verständnis und Beistand, bis die Verantwortlichen in Skopje die Notwendigkeit der Akzeptanz aller Forderungen Griechenlands erkannt hätten.“<sup>469</sup> Der ND-Vorsitzende schätzte das Klima in der EU als extrem griechenlandfeindlich ein, weswegen FYROM von den meisten EU-Mitgliedsstaaten anerkannt worden sei. Zudem schlage sich die Türkei in ihrer aggressiven Politik gegen Griechenland auf die Seite Skopjes und verschärfe damit die Bedrohungssituation.<sup>470</sup> Diese Gefahr sah auch *Samaras*, der Bulgarien als weitere Bedrohung diesem Szenario hinzufügte. Seiner Ansicht nach hätten sich die EU und die USA von Griechenland abgewandt, was der Position einiger Staaten entgegen gekommen wäre, die sich von Beginn an gegen die griechischen Einwände bezüglich der Anerkennung FYROMs ausgesprochen hätten (Italien, Niederlande, Dänemark).<sup>471</sup>

Wie oben dargelegt ordnete die KKE den Mazedonienkonflikt in einen internationalen Zusammenhang ein, wobei die Großmächte die Hauptverantwortung trügen. Der „externe Faktor“ sei die Ursache für die Balkankrise. Deutschland habe zusammen mit den USA und dem Vatikan Jugoslawien zerschlagen und wolle nun im Verbund mit den USA, die Truppen in Skopje stationiert hatten, und Großbritannien den griechischen Einfluss auf dem Balkan eindämmen.<sup>472</sup>

Die Durchsicht der Argumentationsmuster, insbesondere im Bereich der Handlungsanweisungen, ergibt, dass sich zwei unterschiedliche Hauptströmungen herauskristallisierten. Einerseits die Befürworter einer ‚weichen‘ Linie, die eine kompromissbereite Politik unter Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft forderten und Alleingänge Griechenlands ablehnten. Dazu zählten insbesondere *Mitsotakis* und der SYN, mit Abstrichen aber auch die KKE. Andererseits die Vertreter einer ‚harten Linie‘, die jeglichen Kompromiss mit Skopje ablehnten und Zwangsmaßnahmen befürworteten. Darunter fallen allen voran *Samaras* und *Papandreou*, aber auch der Nachfolger von *Mitsotakis* als Parteivorsitzender der ND, *Ebert*.

---

<sup>468</sup> A. Papandreou vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1828, 1839.

<sup>469</sup> Rundschreiben des Außenministeriums. Die griechische Argumentation, Dokument Nr. 58 in: Dalis und Valinakis 1996, S. 217-222, S. 221f.; veröffentlicht: Thessaloniki 7.3.1994.

<sup>470</sup> M. Ebert vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1841f.

<sup>471</sup> A. Samaras vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1843f.

<sup>472</sup> A. Papaníga vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1852-54; O. Kolosóf vor dem griechischen Parlament, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode H, Sitzung M, Tagung ST, Samstag 24.1.1994, S. 1867.

### 4.1.3. Synthese: Identität, Diskurshegemonie und Verhalten

In diesem Abschnitt wird das Verhalten mit den oben aufgeführten Argumentationsmustern in Beziehung gebracht. Dazu wird zunächst gezeigt, wie die einzelnen Identitätselemente diskursiv eingesetzt werden und wie ihr Einsatz die Akzeptanz eines Arguments beeinflusst. Anhand der Wahlergebnisse der Parlamentswahl und der Europaparlamentswahl wird versucht, einige Aussagen über die Diskurshegemonie zu machen.

#### 4.1.3.1 Identität und Diskurs

Über den gesamten Untersuchungszeitraum wurde die Nicht-Anerkennungspolitik Griechenlands gegenüber FYROM nur von einigen wenigen Diskursteilnehmern in Frage gestellt. In der griechischen Öffentlichkeit war diese Politik konsensfähig. Die eigentlichen Auseinandersetzungen betrafen die Strategie und die Taktik gegenüber Skopje. Die jeweiligen Argumente für eine ‚härtere‘ oder ‚weichere‘ Linie, oder auch strikte Ablehnung des Regierungshandelns waren in der griechischen Identität verankert. Sie werden - nach den einzelnen Identitätselementen aus der Vorstudie geordnet – im Folgenden vorgestellt.

Das Element **“Griechenland als Teil des Westens“** wurde in der ersten Phase des Diskurses vor allem aktiviert, wenn es darum ging, der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass Griechenland in diesem Konflikt auf mächtige Verbündete zählen könne. Allerdings hat das Element seit dem EG-Diskurs eine leichte Umdeutung erfahren, da Griechenland nicht mehr allgemein als Teil des Westens identifiziert wird, sondern vielmehr spezifischer als Teil Europas. Insbesondere *Mitsotakis* verwies wiederholt auf die griechische Mitgliedschaft in der EU und zahlreichen anderen internationalen Organisationen und verknüpfte dies mit Wertzuschreibungen. Die griechische Politik solle europäisch agieren und nicht wie ein Balkanstaat, was bedeutete, dass es Frieden und nicht Unruhe stiften solle, dass es die Vermittlung der UN anerkennen müsse und dass Griechenland seine ‚abenteuerliche‘ Politik beenden müsse. Die Argumente, die an dieses Identitätselement anknüpften, sprachen sich zumeist für eine kompromissbereite, ‚weiche‘ Linie gegenüber FYROM aus. Bei den Vertretern einer ‚harten‘ Linie wird dieses Identitätselement dagegen niedrig gehängt und höchstens zur Einforderung von Solidarität von den europäischen Partnern verwandt.

Das Element „**Griechenland als eigenständige Kulturnation**“ ist einer der Hauptbestandteile fast jeder Legitimation der griechischen Politik gegenüber FYROM. Quer durch die Parteien wird die historische Wahrheit betont, die darin bestehe, dass Makedonien (als Name und Tradition) Bestandteil der griechischen Kultur ist und demzufolge von keinem anderen Staat ‚annektiert‘ werden könne. Die griechische Kultur stellt sich im Diskurs oft als ein Gebäude aus großartigen Errungenschaften dar, aus dem nun eine tragende Säule herausgebrochen werden soll. Mit der Anknüpfung sowohl an die griechische Antike, in Form der Nennung Alexanders des Großen und Aristoteles‘, als auch an die byzantinische Tradition, in Form der Anspielung auf orthodoxe und islamische Blöcke auf dem Balkan, gewannen diese Argumente eine breit greifende Zugkraft in der Bevölkerung. Dies äußerte sich insbesondere in den Aufrufen zu den Massendemonstrationen in Thessaloniki und den dort gehaltenen Reden. Bei den Vertretern einer ‚weichen‘ Linie findet sich kein Hinweis auf dieses Identitätselement, kein Argument für eine solche Politik kann an die griechische Kulturnation anknüpfen.

Das Element „**Griechenland als unabhängiger Staat**“ mit der Kehrseite „**Griechenland als Spielball großer Mächte**“ ist bei allen Argumentationsmustern deutlich zu erkennen. Dies wird in den zahlreichen Äußerungen deutlich, die die nationale Souveränität Griechenlands und seine Unabhängigkeit in den Mittelpunkt stellen. Die Befürworter der ‚harten Linie‘ wollten damit die griechische Position von der des Auslandes abgrenzen, die als Skopje-freundlich eingeschätzt wurde. Die als fehlgeschlagen wahrgenommene Jugoslawienpolitik des Westen wird dabei meist als warnendes Beispiel benutzt, um die Notwendigkeit eines eigenen griechischen Weges zu verdeutlichen. Jede Anerkennung FYROMs durch einen anderen Staat, der im griechischen Diskurs als relevant erachtet wurde (bspw. USA, Russland, Türkei u.a.), und auch Vermittlungsbemühungen der UN wurden als Versuch betrachtet, Griechenland eine Politik aufzuzwingen, die seinen eigentlichen Interessen zuwiderlaufe.

Andererseits bemühte die KKE, als Gegnerin der ‚harten‘ Linie, beinahe ausschließlich die Anknüpfung an dieses Identitätselement. Mit ihrem Bild der imperialistischen Verschwörung der so genannten Großmächte, die Griechenland erneut ins Unglück stürzen würden, zeichnete sie historische Linien von den Balkankriegen aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts, über den II. Weltkrieg und die Diktatur, bis zur Mazedonienkrise. Diese – mit einem gehörigen Schuss Antiamerikanismus gewürzte - Argumentation schuf das Bild eines Griechenlands, das marionettengleich von Washington und Bonn gesteuert, die Politik des ausländischen Faktors abnickte. Die Politik, die die KKE deshalb forderte, bestand in einer Emanzipation von dieser Einflussnahme und der Entwicklung einer unabhängigen griechischen Außenpolitik.

Die meisten Argumentationen insbesondere der Vertreter der ‚harten‘ Linie banden an das Element „**Griechenland als bedrohter Außenseiter**“ an. So wurde beispielsweise die Kritik an der griechischen Position aus den Staaten der EG/EU dahingehend interpretiert, dass Griechenland im europäischen Verbund eine Sonderrolle einnehme. Der Faktor der Bedrohung durch FYROM war zentraler Bestandteil aller Argumentationen. In der Rhetorik finden sich häufig die Begriffe „Bedrohung“ oder auch „Belagerung“. Einmal bestünde die unmittelbare Bedrohung der territorialen Integrität Griechenlands durch die irredentistischen Kräfte in der neugegründeten Republik. Angesichts der Verteilung der ökonomischen und militärischen Ressourcen zwischen den beiden Konfliktgegnern wurde die mittelbare Bedrohung, die durch Skopje entstünde, stärker in den Vordergrund gestellt. *Papandreou* identifizierte geheimnisvolle Kräfte aus dem Ausland hinter den der Regierung in Skopje, *Samaras* erkannte die Entstehung antigriechischer Koalitionen verschiedener Couleur – katholisch und islamisch – an der Nordgrenze des Landes. FYROM wurde entweder als Ausgangspunkt der Instabilität, aufgrund seiner eigenen Fragilität, gesehen, oder als Sprungbrett für etwaige expansive Bestrebungen seitens Bulgariens, Albaniens, der Türkei oder eines anderen Staates.

Ein weiteres wichtiges und zahlreich eingesetztes Argument der Hardliner, das an dieses Element anbindet, war der relative Machtgewinn, den die Türkei gegenüber Griechenland erhalte, weil sie sich mit Skopje verbünden könne. Gleichzeitig könne Griechenland seine Konzentration nicht mehr so sehr nach Osten richten, da eine weitere Bedrohung im Norden entstanden sei. Das Identitätselement kam aber auch dort zur Geltung, wo im Zusammenhang mit FYROM immer wieder von einer Gefahr für Frieden und Sicherheit in der Region die Rede war oder die „Annexion“ des Namens als direkter Angriff auf die regionale Stabilität interpretiert wurde.

Dennoch wird mit Verweis auf die bedrohte Außenseiterposition Griechenlands auch argumentiert, dass eine Anerkennung FYROMs zügig erfolgen müsse, damit der Frieden in seiner näheren Umgebung gesichert bleibe.

#### Die Diskurshegemonie

Die Akzeptanz der einzelnen Argumentationsmuster kann nicht im Einzelnen nachvollzogen werden, da detaillierte Umfragedaten auf der Grundlage einer gesicherten Basis fehlen. Allerdings fallen in den Untersuchungszeitraum eine Parlamentswahl (10.10.1993) und eine Europawahl (12.6.1994). Beide Wahlen konnte die PASOK für sich entscheiden. Gemeinsam mit der POLAN von *Samaras*, die bei den Parlamentswahlen beinahe 5% und bei den Europa-

wahlen mehr als 8 % erhielt, vertrat die PASOK eine ‚harte‘ Linie. Demgegenüber mussten insbesondere die ND und der SYN – die Hauptvertreter einer ‚weichen‘ Linie – herbe Verluste bei den Parlamentswahlen hinnehmen, die sich für die ND auch bei den Europawahlen fortsetzten. Der SYN konnte sich bei den Europawahlen um mehr als 3% steigern und erreichte damit etwa 6%. Die KKE hielt ihren Stimmenanteil der vergangenen Wahlen weitestgehend und konnte sich bei den Europawahlen sogar noch etwas verbessern. Betrachtet man zusätzlich die Resonanz, die Demonstrationsaufrufe in der griechischen Bevölkerung erzielten – bei beiden Demonstrationen in Thessaloniki gingen jeweils fast 10% der griechischen Bevölkerung auf die Straße – kann man davon ausgehen, dass die ‚harte‘ Linie die Diskurshegemonie erlangte. Vor allem die „Wagenburgrhetorik“<sup>473</sup> von *Papandreou* und *Samaras*, mit ihren deutlichen Verweisen auf die Bedrohung Griechenlands, schien große Zustimmung gefunden zu haben.

#### 4.1.3.2 Identität und Verhalten: Kontinuität und Wandel

Die Kontinuität der griechischen Außenpolitik gegenüber FYROM über zwei Regierungen hinweg wird nur durch den Identitätsansatz verständlich. Die unnachgiebige Politik, die *Samaras* und *Papandreou* vertraten, und deren Nicht-Vertretung *Mitsotakis* zahlreiche Wählerstimmen kostete, ist mit der hegemonialen Interpretation der griechischen Identität am besten vereinbar. Die Bedrohung durch den Nachbarstaat, die Einkreisung Griechenlands durch einen „Bogen“ feindlicher Staaten und die angenommene Fremdbestimmung durch die Großmächte helfen die von außen als irrational wahrgenommenen Handlungen der griechischen Regierungen – insbesondere das Embargo - zu verstehen. Nach dem Scheitern des Kompromisskurses von *Mitsotakis* stellte die Fortsetzung der Position von *Samaras* durch *Papandreou* die einzige Möglichkeit dar, eine Politik innerhalb des identitären Rahmens auszuüben. Nur durch eine eigenständige bis eigenbrötlerische Linie konnten die im Diskurs maßgebliche Interpretation der Identitätselemente, **Griechenland als Spielball großer Mächte** und **Griechenland als bedrohter Außenseiter**, befolgt werden. Die Argumentationen, denen zu Folge FYROM eine Bedrohung für Griechenland darstellte, die den Konflikt mit Skopje in eine Reihe mit dem Zypernkonflikt stellten und die den Großmächten eine Einflussphärenpolitik auf dem Balkan zuschrieben, erforderten eine unverrückbare Haltung, um nachzuweisen, dass Griechenland sich dieser Bedrohung erwehren könne, aus den Problemen der Vergangenheit gelernt habe und sich von der Lenkung durch fremde Mächte emanzipiert habe. Der späte

---

<sup>473</sup> Theodore Couloumbis und Sotiris Dalis (1997) (Hrsg), *Die griechische Außenpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Ethnozentrismus oder Eurozentrismus*. Athens: Papazisis, S. 33. (in gr.)

Wandel der griechischen Politik mit dem Abschluss des Interimabkommens ist nur ein scheinbarer, da das Kernproblem der Auseinandersetzung – der Name – ausgespart bleibt und damit ebenso wie die unnachgiebige Position Athens in diesem Punkt auf Eis gelegt werden konnte. Die Lösung dieses Konflikts bleibt damit weiterhin offen, aber die zukünftige Regelung des Namens wird, nach der Beruhigung der Konflikte in Ex-Jugoslawien und der vorsichtigen Entspannung an der griechisch-türkischen Front, in einem anderen diskursiven Kontext ausgehandelt werden.

## ***4.2. Fallstudie 2: Der Kosovo - Konflikt***

Die vorliegende Fallstudie beschäftigt sich mit der griechischen Politik während des Konfliktes im Kosovo. Dieser Fall bietet sich für eine Untersuchung der griechischen Identität an, weil die Haltung der griechischen Öffentlichkeit einzigartig in Europa war und die Regierung unter einem enormen innenpolitischen Druck stand. In der Fallstudie wird, ebenso wie in der vorhergehenden, die griechische Wahrnehmung des Konflikts, die griechische Politik und insbesondere die Legitimation dieser Politik sowie ihre diskursive Verknüpfung mit der griechischen Identität, betrachtet. Der Zeitraum der Fallstudie reicht von den Massakern von Drenica im Februar 1998 bis zur Verabschiedung des Stabilitätspaktes am 10. Juni 1999 in Köln. Wie schon in der ersten Fallstudie kann auch in diesem Fall nicht der gesamte Diskurs analysiert werden, die Schwerpunkte der Diskursanalyse liegen hier beim Beginn der Fallstudie mit den Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) und in der Zeit der Bombenangriffe, als der Konflikt das vordringlichste Thema des griechischen außenpolitischen Diskurses war.

Die Bearbeitung erfolgt im Dreischritt. An erster Stelle erfolgt die Darstellung des Kontexts des Konflikts und des Verhaltens Griechenlands. Darauf folgt eine Analyse des Diskurses in der griechischen Öffentlichkeit. Vor der Diskursanalyse wird der innenpolitische Kontext Griechenlands skizziert und Besonderheiten des Diskurses hervorgehoben. Drittens folgt, in einer Zusammenfassung der beiden vorangegangenen und unter Einbeziehung der in den Vorstudien erarbeiteten Identitätselemente, der Versuch nachzuweisen, wie die auf Identität basierende Diskursanalyse zum Verständnis der griechischen Außenpolitik in diesem Zusammenhang beitragen kann.

### **4.2.1. Fallstudienkontext und das griechische Verhalten im Konflikt**

Im Folgenden werden die wichtigsten Ereignisse im Kosovo – Konflikt und die griechische Politik während des Untersuchungszeitraums dargelegt. Da Griechenland jedoch keiner der Hauptakteure im Konflikt war und verhältnismäßig wenige Initiativen zeigte, wird auf eine detaillierte Verhaltensanalyse, wie sie in der ersten Fallstudie erbracht wurde, verzichtet.

Die Bombenangriffe der NATO gegen Jugoslawien und die Einsetzung einer internationalen Friedenstruppe (KFOR) markieren bislang das Ende des lange andauernden Konflikts zwi-



schen Serben und Albanern im Kosovo<sup>474</sup>. Die Auseinandersetzungen der beiden Volksgruppen, deren Positionen einerseits durch den Machtanspruch der Serben über das Kosovo, und andererseits durch das Unabhängigkeitsstreben der albanischen Bevölkerung gekennzeichnet sind, dauern seit dem 19. Jahrhundert an.<sup>475</sup>

Der eigentliche Beginn des Kosovo-Krieges wird mit den serbischen Massakern mit mehr als achtzig Toten in den albanischen Dörfern der Region Dreniça im Februar 1998 angesetzt.<sup>476</sup>

Durch diesen Vorfall wurden die Öffentlichkeiten im Westen erstmals für die Vorgänge in der Region sensibilisiert.<sup>477</sup> Die wachsende Entrüstung im Westen über die Gräueltaten auf dem Balkan, die Fluchtbewegungen in die Nachbarstaaten, aber auch in die EU, und die schmerzlichen Erfahrungen aus Bosnien verstärkten die internationale Aufmerksamkeit gegenüber der Region. Hinzu kam die Sorge, dass *Milošević* den gesamten Balkan destabilisieren könnte, wenn er nicht daran gehindert werde (Domino-Theorie).<sup>478</sup>

International waren die wichtigsten Akteure die Kontaktgruppe<sup>479</sup> mit den USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland und später dann die NATO unter Füh-

<sup>474</sup> In diesem Text soll der Begriff ‚das Kosovo‘ in Anlehnung an den jugoslawischen Sprachgebrauch seit 1968 verwendet werden; das serbische „kosovo polje“ ist neutral.

<sup>475</sup> Vg. Zur Geschichte des Kosovo: Georg Brunner (2000), "Völkerrecht und Selbstbestimmungsrecht in Kosovo." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 117 - 135. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Konrad Clewing (2000), "Mythen und Fakten zur Ethnostruktur in Kosovo - Ein geschichtlicher Überblick." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 17-63. München; Armin Hetzer (2000), "Kultur und Konflikt in Kosovo." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 105 - 115. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Muhamedin Kullashi (1995), "The Kosovo Problem and the Disintegration of Yugoslavia." In: *Balkans. A Mirror of the New International Order*, G. G. Ozdogan und K. Saybasili (Hrsg), S. 161-169. Istanbul: Eren; Klaus Lange (1999), "Der Kosovo-Konflikt. Aspekte und Hintergründe." In: *akteulle analysen*, Vol. 14, S. 1-38; Noel Malcolm (1998), *Kosovo: A short History*. London: Macmillan; Shkelzen Maliqi (1999), "Die politische Geschichte des Kosovo." In: *Der Jugoslawienkrieg*, Dunja Melcic (Hrsg), S. 120-134. Opladen; James Pettifer (2000), "Wirtschaft und Gesellschaft in Kosovo von 1945 bis heute." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 89 - 103. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Holm Sundhaussen (2000), "Kosovo: Eine Konfliktgeschichte." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 65-88. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit; Stefan Troebst (1998). *Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An analytical Documentation 1992-98*. [ECMI Working Paper], [Zugriff am 10.08.00]. Zugänglich unter <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/harnisch/ss00/Informationsmaterialien.pdf>.

<sup>476</sup> Carsten Giersch (2000b), "NATO und militärische Diplomatie im Kosovo-Konflikt." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 443-466. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, S. 447.

<sup>477</sup> Michael Dammann (2000), "Internationale Bearbeitung des Kosovokonflikts 1990-1999." In: *Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik*, Vol. 3, Nr. Juni 2000, S. 1-73, S. 49.

<sup>478</sup> Thomas Bernauer und Dieter Ruloff, ""In den Krieg hineingeschlittert..." Kritische Bemerkungen zur Kosovo-Krise," *Neue Zürcher Zeitung*, 1.6.1999 1999.

<sup>479</sup> Vgl. zum Verhältnis der Kontaktgruppe und der EU: Christoph Schwegmann (2000), "The Contact Group and its Impact on the European institutional structure." In: *Occasional Papers. The Institute for Security Studies Western European Union*, Vol. 16, Nr. June 2000, S. 1-23.

rung der USA. Die EU trat in diesem Rahmen nur zu Beginn als Sanktionierer und dann erst wieder zum Ende des Konflikts als Vermittler des Friedens in Erscheinung. Die UNO und die OSZE blieben im Kosovo Randerscheinungen oder wurden von den maßgeblichen Akteuren genutzt, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Griechenland versuchte seine Doppelrolle als Mitglied der EU und Balkanstaat zu nutzen und aufgrund seiner traditionell guten Beziehungen zu Belgrad als Vermittler aufzutreten. Dennoch verurteilte auch die Athener Regierung die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo scharf und forderte im Verbund mit anderen Balkanstaaten eine weitgehende Autonomie für die Kosovaren.<sup>480</sup> Auch bei den folgenden Konferenzen der Balkanstaaten im Juni und Oktober war die griechische Regierung um einen Ausgleich bemüht und sprach sich für den Erhalt der territorialen Integrität Jugoslawiens sowie den Schutz ethnischer Minderheiten aus.<sup>481</sup>

Die Kontaktgruppe verurteilte am 9. März das serbische Vorgehen ebenso wie die terroristischen Akte der Albaner.<sup>482</sup> Eine ähnliche Botschaft hatte der griechische Außenminister *Theodoros Pagkalos* schon am 6. März an *Milošević* überbracht, worin er das Missfallen der griechischen Regierung über das Vorgehen der jugoslawischen Armee im Kosovo zum Ausdruck brachte. Gleichzeitig betonte er die Unverletzlichkeit der Grenzen auf dem Balkan und die Bereitschaft Griechenlands an einer friedlichen Lösung mitzuwirken. Ein Dialog zwischen Belgrad und Washington sollte über Athen verlaufen – ein Angebot, das von der jugoslawischen Regierung allerdings abgelehnt wurde.<sup>483</sup>

Ein schärferes Vorgehen gegen Jugoslawien verhinderten in der Kontaktgruppe die Haltung Frankreichs, Russlands und Italiens. So fiel die Zehn-Punkte-Erklärung der Kontaktgruppe entsprechend vage aus und auch das weitere Vorgehen erfolgte wenig abgestimmt. Während Russland durch die vermeintliche Gesprächsbereitschaft *Miloševićs* die Bedingungen schon erfüllt sah und Deutschland, Frankreich und Italien der jugoslawischen Regierung noch einen Monat Frist einräumen wollten, begann die EU die Sanktionen gegen Jugoslawien schon nach zehn Tagen umzusetzen.

---

<sup>480</sup> Ekkehard Kraft (2000), "Griechenland und der Kosovo-Konflikt." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg.), S. 267 - 280. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, S. 269.

<sup>481</sup> Kraft 2000, S. 270.

<sup>482</sup> Giersch 2000b, S. 447.

<sup>483</sup> Alexandros G. Tarkas (1999), *Kosovo. Anhaltender Zündfunke*. Athen: Laburinthos, S. 95-98.

Am 31. März verhängte der Weltsicherheitsrat mit der Resolution 1160 ein Waffenembargo über Jugoslawien.<sup>484</sup> Darin wurden aber ebenso die terroristischen Akte der albanischen Rebellen verurteilt und eine Ende der Kampfhandlungen im Kosovo verlangt.

Da die bisherigen Maßnahmen keine Wirkung zeigten und die jugoslawische Armee eine Offensive im Kosovo durchführte, die eine massive Flüchtlingswelle zur Folge hatte<sup>485</sup>, begann die NATO am 28. Mai 1998 mit der Planung militärischer Optionen. Darunter fiel auch die Verlegung von Truppen nach Albanien und Mazedonien. Um ihre Fähigkeiten und ihre Bereitschaft der serbischen Seite zu demonstrieren, hielt die NATO am 15. Juni ein Luftmanöver mit 85 Flugzeugen über Albanien und Mazedonien ab.

Am 16. Juni gestand *Milošević* in einem Gespräch mit Jelzin den Einsatz einer Diplomatischen Beobachtermission der Großmächte zu (KDOM).<sup>486</sup> Diese Mission blieb aber auf die reine Beobachterrolle beschränkt, auch wenn die jugoslawischen Truppen sich vorerst im Kosovo zurückhielten. Die Hauptforderung der internationalen Gemeinschaft – der Rückzug der Truppen – blieb unerfüllt.<sup>487</sup>

Bis zum 8. Juni 1998 beschränkten sich die USA und die EU auf Sanktionen gegen Restjugoslawien.<sup>488</sup> Am 8. Juni wurde der ehemalige spanische Ministerpräsident und damalige OSZE - Beauftragte *Felipe Gonzalez* zum EU-Sonderbeauftragten ernannt, seine Einreise in Serbien aber verweigert. Danach überließ die EU die Diplomatie weitgehend dem US-Botschafter in Makedonien, *Christopher Hill*, und dem US-Sondergesandten *Richard Holbrooke*.<sup>489</sup>

Die Lage im Kosovo verbesserte sich bis Mitte August kaum, so dass die NATO ihre Planungen weiter vorantreiben musste und sich die Möglichkeit des Eingreifens innerhalb von fünf Tagen offen hielt (*quick response*).

Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedete am 23. September 1998 die Resolution 1199, in der er sich zwar ausdrücklich auf Kapitel VII bezog, das als ultima ratio den Einsatz militärischer Mittel vorsieht. Die Formulierung der Resolution wurde aber vor allem durch Russland und

---

<sup>484</sup> Giersch 2000b, S. 447.

<sup>485</sup> Dammann 2000, S. 52.

<sup>486</sup> Giersch 2000b, S. 448.

<sup>487</sup> Dammann 2000, S. 53.

<sup>488</sup> Embargo für Polizeiausrüstung, Ende der staatlichen Kredithilfen für Exporte und Investitionen in Serbien, Einfrierung von Auslandsguthaben, Verbot neuer Investitionen in Serbien und Einreiseverbot für eine Reihe serbischer Politiker, die für das Vorgehen in Kosovo verantwortlich gemacht wurden. Dazu kam später noch ein Landeverbot für serbische Flugzeuge innerhalb der EU.

<sup>489</sup> Carsten Giersch (2000a), "Die Europäische Union und der Krieg in Kosovo." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 499-512. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, S. 502.

China so gestaltet, dass genügend Interpretationsspielraum bestand. Eine Autorisation von Gewaltanwendung durch die NATO wurde dadurch nicht gewährleistet.<sup>490</sup>

Dennoch erfolgte am 24. September der Aktivierungsbefehl des NATO-Rates zur Vorbereitung der Luftschläge im Kosovo.<sup>491</sup> Die griechische Regierung lehnte ein Eingreifen der NATO strikt ab und kündigte an, sich dem zu widersetzen. Falls ein Militärschlag aber unumgänglich sei, werde Griechenland auf der Akzeptanz seiner Neutralität auf dem Balkan bestehen, jedoch kein Veto einlegen.<sup>492</sup>

Am 5. Oktober 1998 wurde der österreichische Botschafter in Belgrad, *Wolfgang Petritsch*, zum neuen EU-Sonderbeauftragten ernannt. Auf seine Initiative hin erkannte die EU die UÇK wenn auch nicht als legitime Befreiungsorganisation, so doch als Akteur innerhalb des Konflikts und der Vermittlungsbemühungen an.<sup>493</sup> Am selben Tag reiste *Richard Holbrooke* nach Belgrad, um mit *Milošević* zu verhandeln. Im Rücken hatte er eine Drohkulisse der NATO von 400 Kampfflugzeugen. Am 8. Oktober hatte auch das EU-Parlament für einen NATO-Einsatz plädiert, der zwar wenn möglich auf einer UNO-Resolution aufbauen sollte, dies wurde aber nicht als notwendige Bedingung definiert.<sup>494</sup> Am 13. Oktober erklärte sich die jugoslawische Regierung zu folgenden Zugeständnissen bereit:

- Ende der Kampfhandlungen
- Rückzug der Truppen auf ihre Positionen vor dem März 1998
- Freier Zugang für Hilfsorganisationen
- Volle Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof
- Rückkehr der Flüchtlinge
- Beginn von Verhandlungen über eine Interimslösung
- Berechtigung der NATO zu unbewaffneten Aufklärungsflügen über der Region
- Einreise einer Verifikationsmission der OSZE mit UN-Mandat, die die Erfüllung der Auflagen kontrollieren sollte (2000 Personen)

Im Gegenzug durfte Jugoslawien 15 000 Soldaten und 10 000 Sonderpolizisten im Kosovo belassen, die OSZE - Mission musste unbewaffnet bleiben und die internationale Gemein-

---

<sup>490</sup> Dammann 2000, S. 57.

<sup>491</sup> Clewing und Reuter 2000, S. 564.

<sup>492</sup> ANA (Athens News Agency), 10.10.1998.

<sup>493</sup> Giersch 2000a, S. 504.

<sup>494</sup> NZZ, 9. 10.1998

schaft musste sich dazu verpflichten, sich nicht in die serbisch-albanischen Verhandlungen über das Kosovo einzumischen.<sup>495</sup>

Die UNO legitimierte die Verifikationsmission mit der Resolution 1203 am 24. Oktober. Die Initiative für diese Resolution kam von der französischen Regierung, unterstützt von Großbritannien und den USA.<sup>496</sup> Allerdings wurde kein Sanktionsmechanismus bei Nichterfüllung der Bedingungen eingebaut. Auch die Bewilligung „aller Mittel“ gegen die jugoslawische Seite im Falle einer Gefährdung der OSZE - Beobachter scheiterte am Widerstand Chinas und Russlands.

Die Umsetzung der Vereinbarungen erfolgte seitens der jugoslawischen Regierung schleppend, da die NATO ihr Ultimatum bis zu 27. Oktober verlängert hatte und *Milošević* sich zudem das Recht vorbehielt, auf terroristische Aktionen angemessen zu reagieren. Der Abzug der Truppen, der auch zahlenmäßig nicht genau festgehalten war, verlief nur zögerlich. Die *activation order* der NATO blieb die ganze Zeit bestehen, um die Befolgung der UN-Resolutionen zu überwachen.<sup>497</sup>

Die Beobachter-Mission, deren tatsächliche Stärke nie 600 Personen überschritt, sollte durch eine so genannte *extraction force* der NATO geschützt werden, die in Mazedonien stationiert wurde.<sup>498</sup> Die griechische Armee beteiligte sich mit etwa 50 Mann an dieser Truppe.<sup>499</sup> Die Zusammenstöße zwischen den serbischen Ordnungskräften und der UÇK gingen auch und gerade während der Anwesenheit der OSZE weiter.<sup>500</sup>

Die Entdeckung der OSZE - Mission von 45 Leichen albanischer Zivilisten, die in der Ortschaft Raçak von serbischen Sicherheitskräften ermordet worden waren, zwang die internationale Gemeinschaft dazu, ihre eigenen Strategien neu zu überdenken. Die hinzukommende Weigerung der jugoslawischen Regierung, die Anklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals zur Untersuchung des Vorgangs einreisen zu lassen und die Ausweisung des OSZE - Missionsleiters *William Walker* aus dem Kosovo, brachten die bis dahin zögerlichen Regierungen

---

<sup>495</sup> Vgl. den Text des Abkommens auf der Internetseite des britischen Verteidigungsministeriums: <http://www.mod.uk/news/kosovo/agreement/index.htm>, [Zugriff am 12.2.2002].

<sup>496</sup> Michel Fortmann und Hélène Viau (2000), "A Model Ally? France and the US during the Kosovo Crisis of 1998-99." In: *The France-US Leadership Race: Closely Watched Allies*, David Haglund (Hrsg), S. 87-109. Kingston, Ontario: Queens University Press, S. 96.

<sup>497</sup> Giersch 2000b, S. 451.

<sup>498</sup> Fabian Schmidt (2000), "Menschenrechte, Politik und Krieg in Kosovo 1989 bis 1999." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Akteure - Verlauf*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 187 - 208. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, S. 201f.

<sup>499</sup> Vgl. die Diskussion der aktuellen Frage Nr. 223/23.11.98 des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakis, Redebeitrag des Verteidigungsministers A. Tsochatzopoulos, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung LA, 26. November 1998, S. 1721.

<sup>500</sup> Vgl. Dammann 2000.

Europas und auch Russlands dazu, sich der härteren Linie der USA zuzuwenden. Die griechische Regierung blieb dennoch unentschlossen und beließ es bei der Andeutung, dass die serbische Seite wohl die Verantwortung für das Massaker trage.<sup>501</sup> Die NATO warnte die Regierung in Belgrad, dass sie entschlossen sei, militärisch in den Konflikt einzugreifen.<sup>502</sup> Die Außenminister der Kontaktgruppe stellten einen unverhandelbaren Forderungskatalog zusammen, der die Basis für Friedensverhandlungen bilden sollte. Die Implementation des Friedensplans sollte militärisch von einer robusten internationalen Friedenstruppe unter der Führung der NATO überwacht werden.<sup>503</sup>

Auf der Basis dieser Vereinbarungen wurden die beiden Parteien von der Kontaktgruppe<sup>504</sup> ultimativ aufgefordert miteinander zu verhandeln. Auch innerhalb dieser Gruppe herrschte vor allem zwischen Frankreich und den USA ein heftiger Widerstreit. Die Amerikaner forderten eine unnachgiebige Haltung des Westens, während die Franzosen, in Opposition zur so genannten „One-man-Show“ der Amerikaner, klare Drohungen gegen *Milošević* vermissen liebten.<sup>505</sup> Vom 6. Februar an sollten Kosovo-Albaner und Serben im Schloss von Rambouillet unter französisch-britischem Vorsitz innerhalb von vierzehn Tagen einen Zustand „substanzieller Autonomie“ für das Kosovo aushandeln.<sup>506</sup> Die NATO drohte nun erstmals auch mit Luftschlägen, falls die jugoslawische Regierung den Autonomieentwurf nicht annehmen sollte. Zugleich wurde den Albanern gedroht, dass man ihnen bei einer Verweigerung der Zustimmung den Nachschub über Albanien und die Adria abschneiden und ihnen sämtliche westliche Unterstützung entziehen würde. Griechenland befürwortete die Verhandlungen und betonte die Notwendigkeit einer politischen Lösung.<sup>507</sup>

Für die albanische Verhandlungsseite stellte dieser Plan lediglich eine Übergangslösung auf dem Weg zur Unabhängigkeit dar, der zwar akzeptiert werden konnte, aber keine dauerhafte Lösung darstellte. Für die serbische Seite war die Stationierung der internationalen Friedenstruppe auf eigenem Boden eine Bedingung, der sie nicht zustimmen konnten. Diese Fronten verhärteten sich während der um drei Tage verlängerten Gespräche, und am 23. Februar ver-

---

<sup>501</sup> Kraft 2000, S. 270.

<sup>502</sup> FAZ, 19. Januar 1999.

<sup>503</sup> Giersch 2000a, S. 454.

<sup>504</sup> Joachim Krause (2000), "Deutschland und die Kosovo-Krise." In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen - Verlauf - Akteure*, Konrad Clewing und Jens Reuter (Hrsg), S. 395-416. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, S. 409.

<sup>505</sup> FAZ, 25.2.1999.

<sup>506</sup> Jean-Pierre Froehly: FRANKREICH-CHRONOLOGIE 1999. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, In: DOKUMENTE Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog ab Nr. 2/99.

<sup>507</sup> ANA, 8.2.1999.

kündeten beide Seiten, dass sie kein Abkommen unterzeichnen könnten.<sup>508</sup> Dennoch wurde der Verhandlungsprozess nicht abgebrochen, sondern von der Kontaktgruppe lediglich bis zum 15. März vertagt. Sie vertrat die Ansicht, dass der politische Teil der Verhandlungen abgeschlossen sei und nach der Verhandlungspause noch der Teil zur zivilen und militärischen Implementierung verhandelt werden müsse.<sup>509</sup> Während dieser Pause verhandelte der deutsche Außenminister *Fischer* vergeblich mit *Milošević* in Belgrad.<sup>510</sup>

Schon während der Verhandlungen in Rambouillet und besonders während der Verhandlungspause nahmen die serbischen Repressionen gegen die Albaner zu. *Milošević* schien den Westen vor vollendete Tatsachen stellen zu wollen, indem er die albanische Bevölkerung aus dem Kosovo vertrieb.<sup>511</sup> Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen wurden bis Mitte März etwa 230 000 Albaner aus ihren Wohnsitzen vertrieben, 60 000 davon seit Dezember 1998 und 30 000 seit dem Ende von Rambouillet.<sup>512</sup>

Die einseitige Annahme des Abkommens durch die albanische Seite am 18. März änderte nichts mehr an der Tatsache, dass die Konferenz gescheitert war und der jugoslawische Machthaber seine Verfolgungen fortgesetzt hatte, während eine zweitrangige Delegation<sup>513</sup> an den Verhandlungen teilgenommen hatte.

Aufgrund dieser Ereignisse wurden die OSZE - Beobachter, die noch im Kosovo waren, am 20. März aus der Gefahrenzone zurückberufen. Ein letzter Vermittlungsversuch von *Richard Holbrooke* scheiterte am 23. März in Belgrad, als das jugoslawische Parlament und *Milošević* eine von der NATO garantierte Autonomie des Kosovo ablehnten.<sup>514</sup>

### Die Luftangriffe

Das Scheitern der Verhandlungen und die Verschärfung der humanitären Situation im Kosovo führten zu den lange angekündigten, aber immer wieder verschobenen Luftangriffen der NATO, die am 24. März 1999 begannen.

---

<sup>508</sup> Thanos Veremis (2000b), "Kosovo: A Greek Appraisal." In: *Contemporary Greece and Europe*, Achilleas Mitsos und Elias Mossialos (Hrsg), S. 387-400. Aldershot: Ashgate, S. 395f..

<sup>509</sup> Dammann 2000, S. 64-67.

<sup>510</sup> Summary Kosovo (Quelle: Dossier Nr. 2, deutsche-aussenpolitik.de, abrufbar unter <http://www.deutsche-aussenpolitik.de>).

<sup>511</sup> Giersch 2000b, S. 455.

<sup>512</sup> Krause2000, S. 410.

<sup>513</sup> Jens Reuter und Melpomeni Katsaropoulou (1999), "Die Konferenz von Rambouillet und die Folgen." In: *Südosteuropa*, Vol. 48, Nr. 3-4, S. 147-155, S. 167.

<sup>514</sup> Summary Kosovo (Quelle: Dossier Nr. 2, deutsche-aussenpolitik.de, abrufbar unter <http://www.deutsche-aussenpolitik.de>).

Die Angriffe dauerten bis zum 10. Juni (78 Tage). Trotz der NATO-Intervention wurden schätzungsweise 10 000 Albaner von serbischen Kräften umgebracht; bei den Angriffen verloren etwa 500 Zivilisten ihr Leben.<sup>515</sup>

Bei den insgesamt über 11 000 Einsätzen der NATO (davon 3000 Kampfeinsätze) wurden laut Angaben des Verteidigungsbündnisses im Kosovo etwa ein Drittel der Fahrzeuge und schweren Waffen der jugoslawischen Armee zerstört.<sup>516</sup>

Den Hauptteil der Streitkräfte stellten die USA. Die Hauptstützpunkte für die Angriffe lagen in Italien, aber auch Basen in Deutschland, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Ungarn und der Türkei wurden genutzt<sup>517</sup>, nachdem sich Griechenland entschlossen hatte, die Luftangriffe nicht zu unterstützen. So blieb der griechische Luftraum und sämtliche Flughäfen für die NATO gesperrt. Allerdings erklärte sich Griechenland bereit, sich an einer möglichen Friedenstruppe zu beteiligen und stellte auch den Hafen Thessaloniki für den Aufmarsch der KFOR zur Verfügung.<sup>518</sup> Zusätzlich bemühte sich Griechenland um ein frühes Ende der Angriffe und forderte die Konfliktparteien auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.<sup>519</sup> So startete der Außenminister *Papandreou* eine Initiative zur Aussetzung der Angriffe an den Ostersonntagen der katholischen und der orthodoxen Kirche, die Gespräche dienen sollte. Dieser Vorschlag wurde allerdings von den NATO – Verbündeten zurückgewiesen.<sup>520</sup>

Die Belastung durch die Flüchtlingsströme in der Region, die das ethnische Gleichgewicht in Mazedonien in Gefahr brachten, die ohnehin schon instabilen Verhältnisse in Albanien verschlechterten und auch für Griechenland zur schweren Bürde geworden waren, verstärkten zusätzlich noch die Bemühungen um eine rasche Beilegung des Konflikts. Parallel dazu bemühte sich die griechische Regierung um eine Verbesserung der humanitären Bedingungen in Gesamt-Jugoslawien und gründete dafür gemeinsam mit Russland und der Schweiz eine Hilfsorganisation.<sup>521</sup> Die griechischen Hilfeleistungen beliefen sich Ende April auf etwa 12 Mio. Dollar, womit es nach Deutschland der europäische Staat war, der sich am stärksten für die Linderung der humanitären Not in Jugoslawien engagierte.<sup>522</sup>

---

<sup>515</sup> Giersch 2000b, S. 443f.

<sup>516</sup> Vgl. dazu die Internetseite: [www.eucom.mil/operations/af/nato/1999/meabriefing.htm](http://www.eucom.mil/operations/af/nato/1999/meabriefing.htm), [letzter Zugriff am 12.5.2002].

<sup>517</sup> Giersch 2000b, S. 457.

<sup>518</sup> Kraft 2000, S. 272.

<sup>519</sup> ANA 26.3.1999.

<sup>520</sup> ANA, 1.4.1999; Heinz-Jürgen Axt (2000), "Griechenland: Aufgeschobene Strukturreformen." In: *Europäische Rundschau*, Vol. 28, Nr. 4, S. 95-106, S. 104.

<sup>521</sup> Zeitschrift: Internationale Politik (Dokumentenanhang) 5/1999, S. 142.

<sup>522</sup> FAZ, 26.4.1999.



Angesichts der Flüchtlingsproblematik und der weiterhin fortgesetzten Vertreibungen der Albaner aus dem Kosovo, die von den serbischen Kräften während der NATO-Angriffe unvermindert oder sogar verstärkt fortgesetzt wurden, bemühte sich die internationale Gemeinschaft um eine Beilegung des Konflikts. Hinzu kam noch innenpolitischer Druck in vielen EU-Staaten.<sup>523</sup>

In dieser Phase trat die deutsche Bundesregierung mit ihren traditionell guten Kontakten nach Russland, ihrer damaligen EU-Präsidentschaft und dem Vorsitz in der G-8 in den Vordergrund. So präsentierte Außenminister *Fischer* am 14. April nach dem gescheiterten russischen Vermittlungsversuch vom 30. März einen Friedensplan, der erstmals die G-8 ins Spiel brachte. Damit war auch der traditionelle Verbündete der Serben – Russland – mit am Tisch, nachdem der Versuch, die ukrainische Regierung als Vermittler hinzuzuziehen, gescheitert war.<sup>524</sup> Ziel war es eine Sicherheitsratsresolution zu erwirken, die folgende Forderungen beinhalten sollte:

- Abzug aller streitbaren Kräfte Serbiens aus dem Kosovo;
- Einstellung der Feindseligkeiten seitens der UÇK;
- Einrücken einer internationalen Friedenstruppe unter Führung der NATO;
- Rückkehr der Flüchtlinge;
- Übergangsverwaltung des Kosovo bis zu einer endgültigen politischen Lösung;
- Internationale Hilfe zur Linderung der humanitären Not im Kosovo.<sup>525</sup>

Die griechische Regierung stellte am 21. April eine ergänzende Initiative vor, die den deutschen Stabilitätspakt um innerregionale Konfliktlösungsmechanismen und eine klarer formulierte europäische Perspektive für den Balkan erweitern sollte.<sup>526</sup> Innerhalb der NATO setzte sich die Überzeugung durch, dass der deutsche Plan die einzige Alternative entweder zum Einsatz von Bodentruppen oder zum ergebnislosen Ende der Luftangriffe sei. Die Außenminister der G-8 einigten sich am 6. Mai 1999 auf dem Bonner Petersberg auf die Grundzüge des Fischer-Plans. Die Vermittler – der amerikanische Vizeaußenminister *Talbott*, der russische Sonderbeauftragte *Tschernomyrdin* und der finnische Präsident *Ahtisaari* – einigen sich in Bonn auf eine Gesprächsgrundlage gegenüber Belgrad. Diese besagte, dass einer Friedenstruppe sowohl NATO- als auch russische Truppen angehören sollten – allerdings unter getrenntem Oberbefehl.<sup>527</sup>

---

<sup>523</sup> Giersch 2000a, S. 509-511.

<sup>524</sup> NZZ vom 14.4.99

<sup>525</sup> Krause 2000, S. 413.

<sup>526</sup> Vgl. die Zusammenfassung der Initiative in: Zeitschrift: Internationale Politik (Dokumentenanhang) 5/1999, S. 141f.; FAZ 26.4.1999.

<sup>527</sup> NZZ vom 3.6.99

Die Verhandlungen mit *Milošević* gestalteten sich unter dem Druck der andauernden Luftschläge erstaunlich positiv. Der jugoslawische Präsident stimmte im Verlauf der Verhandlungen bis zum Juni 1999 den Bedingungen der G-8 zu. Die einzigen Gegenleistungen, die er heraushandelte, waren eine russische Präsenz innerhalb der internationalen Friedenstruppe und ein Verbleiben des Kosovo innerhalb des rechtlichen Rahmens der jugoslawischen Bundesrepublik.<sup>528</sup>

Das serbische Parlament stimmte diesen Bedingungen am 3. Juni 1999 zu und die NATO und die jugoslawische Armee schlossen am 9. Juni im mazedonischen Kumanovo ein Abkommen über den Abzug der Truppen aus dem Kosovo. Die NATO stellte ihre Angriffe daraufhin am 10. Juni ein. Am selben Tag verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1244, in der die Bedingungen der G-8 und das Abkommen zwischen der JVA und der NATO ausdrücklich gebilligt wurden. Zusätzlich wurde darin die Rolle der NATO und der Europäischen Union im Kosovo festgeschrieben.

Griechenland versuchte in der gesamten Phase der Luftangriffe, Friedenspläne zu implementieren und Waffenstillstände zu vereinbaren<sup>529</sup> oder unterstützte Initiativen anderer Staaten und Organisationen<sup>530</sup>. Zudem bemühte sich die Regierung, auf die Zielplanung der NATO einzuwirken und diese möglichst eng zu gestalten.<sup>531</sup>

## 4.2.2. Analyse des Kosovo-spezifischen Diskurses

### 4.2.2.1. Innenpolitischer Diskurskontext, Diskursverlauf und Analyseraster

Der innenpolitische Kontext des Untersuchungszeitraums ist geprägt von Auseinandersetzungen um die Politik der Regierung und einer europaweit einzigartigen Parteinahme der griechischen Bevölkerung für Serbien. Der Kurs der Regierung wurde dabei von der wichtigsten Oppositionspartei, der ND, weitgehend mitgetragen, wohingegen er in der Bevölkerung und auch bei den kleineren Parteien KKE, Synaspismos und DÍKKI auf heftigen Widerstand stieß.<sup>532</sup>

Die Analyse gründet vor allem auf den Diskursbeiträgen der politischen Parteien, die den Diskurs maßgeblich bestimmten. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Parlamentsdebatten über das Kosovo vom 31. März 1999 und über die neue NATO am 3. Mai 1999, aber auch

---

<sup>528</sup> Krause 2000, S. 414.

<sup>529</sup> Vgl. <http://www.greekembassy.org/press/newsflash/1999/may/nflash0529a.html>, [letzter Zugriff am 17.5.2002].

<sup>530</sup> ANA, 8.4.1999, 9.4.1999, 17.4.1999, 27.5.1999.

<sup>531</sup> Kraft 2000, S. 273.

<sup>532</sup> Gustav Auernheimer (1999), "Der Kosovokonflikt und die griechische Öffentlichkeit." In: *Südosteuropa*, Vol. 48, Nr. 7-8, S. 389-400, S. 390.

andere Diskursbeiträge von Entscheidungs- und Amtsträgern werden berücksichtigt. Hinzu kommen die Kommentare der griechischen Zeitungen und Zeitschriften, die auf dem Hintergrund der Ablehnung des Einsatzes in der Bevölkerung ein breites Meinungsspektrum wiedergeben.

In Griechenland war die Beschäftigung mit dem Kosovo vor dem Beginn der Bombenangriffe sehr gering. Hinzu kam, dass der politische Diskurs im Januar und Februar 1999 von der Öcalan-Affäre bestimmt wurde, die das Thema des Kosovo – Konfliktes zusätzlich an den Rand drängte.<sup>533</sup> Die Analyse der Debatte wird deshalb in zwei chronologische Abschnitte gegliedert. Der erste beginnt im Februar 1998 und endet mit dem Beginn der NATO-Angriffe, während der zweite Abschnitt lediglich den Zeitraum der Bombenangriffe umfasst. Die ungleiche Verteilung wird durch die oben erläuterte Bedeutung des Themas in der griechischen Öffentlichkeit gerechtfertigt. Erst mit dem Beginn der NATO-Angriffe wurde das Kosovo zu einem beherrschenden Thema in Griechenland und hielt sich beinahe über den gesamten zweiten Untersuchungszeitraum auf den Titelseiten der wichtigsten Zeitungen. Die beiden wichtigsten Fragen, die dabei in der griechischen Öffentlichkeit diskutiert wurden, waren die Möglichkeit der Grenzveränderung auf dem Balkan durch eine mögliche Unabhängigkeit des Kosovo und der Militäreinsatz der internationalen Gemeinschaft, seine Berechtigung, aber auch sein Nutzen.

Die Äußerungen der Diskursteilnehmer werden ebenso wie in der ersten Fallstudie nach den Begründungen (*reasons for action*) für die griechische Außenpolitik untersucht, welche angeführt werden. Als Unterfragen werden eingeführt:

Wie wird der **Konflikt** gesehen? Wie ist die Einschätzung der **Konfliktgegner**?

Wie werden die **Strategien** und **Mittel** beurteilt, die von der internationalen Gemeinschaft und auch der griechischen Regierung zur Konfliktlösung eingesetzt werden?

Welche **Handlungsanweisung** wird gegeben?

Wie wird die **Legitimation** der griechischen und der internationalen Politik bewertet?

Welche **anderen Akteure** werden wie eingeschätzt?<sup>534</sup>

---

<sup>533</sup> Vgl. dazu das Interview von K. Simitis im Fernsehsender MEGA Channel am 3. Februar 1999, bei dem auch Fragen von Bürgern gestellt werden konnten, aber der Konflikt in der naheliegenden Region mit keinem Wort zur Sprache kam, abrufbar unter: <http://www.primeminister.gr/speeches/19990203.htm>, [letzter Zugriff am 12.5.2002].

<sup>534</sup> Anhand dieses Analyserasters werde ich auch die Diskursanalyse untergliedern. Dies gewährleistet einerseits eine bessere Lesbarkeit, andererseits bleibt die Analyse mit diesen heuristischen Kriterien, die nur wenig Theorie vorweg nehmen, offen für andere Ansätze.

#### 4.2.2.2. Die Akteure

Die wichtigsten Akteure des Diskurses in Griechenland waren aus der Regierung der Ministerpräsident *Kôstas Simitis*, der Außenminister *Theodôros Pagkalos*, der wegen einer Affäre um den Kurdenführer *Abdullah Öcalan* am 16. Februar 1999 zurücktrat, sein Nachfolger *Geôrgios Papandreou* und der Verteidigungsminister *Akîs Tsochatzopoulos*. Bei den übrigen Parteien stehen insbesondere die Parteiführer im Vordergrund. Das waren *Kôstas Karamanlîs* (der Neffe des früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten *Kôstas Karamanlîs*) der als Vorsitzender der stärksten Oppositionspartei ND herausragte sowie *Aleka Paparîga* (KKE), *Nikolaos Kônstantopoulos* (SYN) und *Dîmitrios Tsobolas* (DÎKKI). Neben diesen parteigebundenen Akteuren wurde der Diskurs insbesondere nach dem Beginn der NATO-Bombardements auch noch von Vertretern aller gesellschaftlichen Schichten geprägt. Insbesondere der Erzbischof von Athen und Ganz-Griechenland, *Christodoulos*, und einige Künstler spielten dabei wichtige Rollen.

#### 4.2.2.3. Februar 1998 bis zum 24. März 1999 – Der Diskurs schwelt

Die Auseinandersetzungen zwischen Serben und Albanern fanden in Griechenland nur sehr geringe Beachtung. Die in der griechischen Öffentlichkeit lange angekündigten Probleme dieser Region überraschten niemanden ernsthaft und wurden weitgehend ignoriert. Lediglich im wissenschaftlichen Diskurs wurde dem Konflikt verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>535</sup> Dennoch zeichneten sich schon in dieser Phase die Fronten zwischen Befürwortern eines Eingriffs der internationalen Gemeinschaft und den Gegnern ab, die sich in der Phase der Luftangriffe noch verhärten sollten. Zu den Befürwortern zählten vor allem die Regierung und die stärkste Oppositionspartei ND.<sup>536</sup>

Deren **Konfliktsicht** stellte im März 1998 der stellvertretende Außenminister *G. Papandreou* dar. Er bezeichnete den Konflikt als Bedrohung für die Sicherheit in der weiteren Region. Eine Ausweitung der Gefechte zu einem Bürgerkrieg oder Krieg sei eine immense Gefahr für alle Balkanstaaten, da diese in den Konflikt verwickelt werden könnten. Auch die ökonomischen Folgen würden katastrophal sein und die Entwicklung der Region um Jahre zurückwer-

---

<sup>535</sup> Vgl. zur Aufmerksamkeit hinsichtlich des Problems: Thanos Veremis (2000a), *Kosovo. Die langanhaltende Krise*. Athen: I. Sideris; Veremis 2000b; Thanos Veremis und Dimitrios Triantaphyllou (1999) (Hrsg), *Kosovo and the Albanian Dimension in Southeastern Europe: the need for regional security and conflict prevention*. Athen: ELIAMEP.

<sup>536</sup> Vgl. zu dieser Einschätzung auch: G. Auernheimer, Transit zum Bodenkrieg, in: Freitag, 30. April 1999, abrufbar unter: <http://www.freitag.de/1999/18/99180402.htm> [letzter Zugriff am 12.5.2002].

fen. Dabei identifizierte er keine verantwortliche Partei für die Eskalationen, die auf beiderseitiger Gewalt beruhten. Dennoch betonte er, dass *Milošević* nun in der Pflicht stünde, die Vorschläge der Kontaktgruppe umzusetzen. Auch im Januar 1999 äußerte sich der griechische Außenminister *T. Pagkalos* noch zurückhaltend hinsichtlich der Verantwortlichen für den Konflikt. Seiner Ansicht nach wendete die jugoslawische Armee ebenso wie die albanische UCK Gewalt an, und müsse dafür gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden.<sup>537</sup> Griechenlands Rolle im Konflikt – so der Ministerpräsident *K. Simitis* – sei bestimmt durch seine Zugehörigkeit zu Europa. Als gleichberechtigtes Mitglied in der Gruppe der höchst entwickelten Staaten der Welt sei Griechenland nicht mehr Teil des Problems auf dem Balkan, sondern Teil der Lösung. Das Land sei ein Faktor der Stabilität und des Friedens in der Region.<sup>538</sup>

Die Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft in Form von internationalen Institutionen (Kontaktgruppe, NATO) sei das richtige **Mittel**, um die Schaffung von Einflusszonen und „bevorzugten Partnern“ auf dem Balkan zu vermeiden – wie es in der Vergangenheit zu oft geschehen war. Die angestrebte Konfliktlösung mit ausgeweiteter Autonomie für die albanische Bevölkerung wurde von der griechischen Regierung unterstützt.

Daneben war *Papandreou's Handlungsanweisung* ein geschlossenes Auftreten der Balkanstaaten, um gegenwärtige und zukünftige Bedrohungen gemeinsam meistern zu können.<sup>539</sup> Der Staatssekretär im Außenministerium, *Iannos Kranidiotis*, erweiterte diese Forderung noch, indem er sich für den langfristigen Beitritt aller Balkanstaaten in die EU aussprach und betonte, dass die Zukunft der Region nur dort liegen könnte. Allerdings müssten sich die Staaten der Region erst noch durch eine verstärkte innerregionale Kooperation qualifizieren. Die Hauptforderung der griechischen Regierung war – ebenso wie schon im Mazedonienkonflikt – die unbedingte Unantastbarkeit der Grenzen auf dem Balkan. Eine Lösung des Konfliktes im Kosovo müsse deswegen innerhalb der Jugoslawischen Föderation gesucht werden.<sup>540</sup> *Kranidiotis* betonte, dass Griechenland in seiner Doppelrolle als Mitglied der westlichen Gemeinschaft (EU, NATO) und Balkanstaat eine stabilisierende Mittlerrolle einnehmen könne

---

<sup>537</sup> T. Pangalos: Keynote Address, Konferenz: „Recent Developments in the Kosovo Region: Strategies and Options for a peaceful Solution, Athen 22.1.1999, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 69-76, S. 74.

<sup>538</sup> Vgl. den Redebeitrag des Ministerpräsidenten K. Simitis, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung fA, 5. März 1999, S. 5024.

<sup>539</sup> G. Papandreou: Konferenzbeitrag zur Konferenz: „Security and Conflict Prevention in southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen 27.3.1998, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 169-174.

<sup>540</sup> I. Kranidiotis: Konferenzbeitrag zur Konferenz: „Security and Conflict Prevention in southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen 27.3.1998, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 196-198.

und bereit sei, zur Normalisierung der Situation im Kosovo beizutragen.<sup>541</sup> Die griechische Regierung betreibe laut Verteidigungsminister *A. Tsochatzopoulos* eine Politik des Friedens, der Sicherheit und Stabilität in der Region. Sie unterstütze stets die friedliche Lösung der Krise und verweigere sich jedem Einsatz militärischer Gewalt. Den Drohungen der NATO habe sie auch nur zugestimmt, weil sie die einzige Möglichkeit bedeuteten, eine friedliche Lösung zu erwirken, wie es auch mit dem Milošević-Holbrooke-Abkommen geschehen sei, so der Minister im November 1998.<sup>542</sup>

Der Staatssekretär *Kranidiotis* begrüßte ausdrücklich die Initiativen der internationalen Gemeinschaft als Ganzes in Form der Kontaktgruppe und betonte die breite Legitimationsbasis, die dadurch entstünde. Als wichtigste **Legitimation** des Engagements wurde die Anerkennung der Menschenrechte genannt, die nicht nur eine innere, sondern auch eine internationale Bedeutung hätten. Diese Position behielt die Regierung über den gesamten ersten Untersuchungszeitraum bei. So betonte der Außenminister *T. Pagkalos* im Januar 1999:

„Human rights are no longer a matter for each nation state. They are an international problem. We are all answerable to everyone else.“<sup>543</sup>

Die Wahrnehmung der Menschenrechtsproblematik als internationales Problem sei eine langfristige Entwicklung, an der Griechenland teilhaben müsse, um die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen nicht zu gefährden und seine moralisch und rechtlich höhere Position im Vergleich zur Türkei beizubehalten.<sup>544</sup> Dennoch dürfe die staatliche Souveränität insbesondere hinsichtlich der Grenzen, nicht verletzt werden. Diese sei auch der langfristige Garant für Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan, denn wenn den Unabhängigkeitsbestrebungen der Albaner im Kosovo nachgegeben werde, öffne man die Büchse der Pandora und entlasse wieder den Geist des ungezügelter Nationalismus auf dem Balkan, der schon zu viele Konflikte heraufbeschworen hatte.<sup>545</sup>

Die Einladung der Kontaktgruppe als auswärtiger **Akteur** an die Balkanstaaten, ihre Meinung einzubringen, nannte *Papandreou* eine wichtige Maßnahme zu einer geschlossenen Herange-

<sup>541</sup> I. Kranidiotis: Konferenzbeitrag zur Konferenz: „Security and Conflict Prevention in southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen 27.3.1998, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 201.

<sup>542</sup> Vgl. die Diskussion der aktuellen Frage Nr. 223/23.11.98 des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakis, Redebeitrag des Verteidigungsministers A. Tsochatzopoulos, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung LA, 26. November 1998, S. 1719f.

<sup>543</sup> T. Pangalos: Keynote Address, Konferenz: „Recent Developments in the Kosovo Region: Strategies and Options for a peaceful Solution, Athen 22.1.1999, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 69-76, S. 75.

<sup>544</sup> Vgl. den Redebeitrag des stellvertretenden Außenministers G. Papandreou, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung KE, 19. November 1998, S. 1416.

<sup>545</sup> I. Kranidiotis: Konferenzbeitrag zur Konferenz: „Security and Conflict Prevention in southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen 27.3.1998, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 198.

hensweise aller Betroffenen. Die Zeit der selektiven Einflussnahme mächtiger Staaten auf dem Balkan sei vorbei und die Probleme der Region erforderten eine gemeinsame Strategie der internationalen Gemeinschaft unter Einschluss der Staaten der Region.<sup>546</sup> Neben der Kontaktgruppe sollte nach Ansicht der griechischen Regierung die OSZE eine wichtige Rolle bei der Konfliktlösung einnehmen. Wegen der erhöhten Eskalationsgefahr im Januar 1999 sprach *Pagkalos* der Beobachter – Mission entscheidende Bedeutung für die Implementation eines Prozesses des Kompromisses, der Koexistenz und der Verständigung im Kosovo zu.<sup>547</sup>

Eine der Regierung sehr ähnliche Position vertrat die größte Oppositionspartei – die ND. Lediglich an dem innenpolitischen Vorgehen der Regierung übte sie Kritik und forderte einen nationalen Rat für Außenpolitik, der eine Strategie für die Behandlung der „nationalen Themen“ erarbeiten sollte. Diese Felder (Balkan, Zypern, Ägäis) seien zu wichtig für Griechenland, als dass sie nur von einer Partei gehandhabt werden dürften.<sup>548</sup>

Demgegenüber formierte sich schon in dieser Phase der erste Widerstand gegen die Politik der internationalen Gemeinschaft im Kosovo und die Rolle der griechischen Regierung darin. Die wichtigsten Vertreter der Gegner rekrutierten sich aus den kleineren Parteien und aus der orthodoxen Kirche.

Ihre **Konfliktsicht** bezog sich selten auf den Konflikt im Kosovo selbst, sondern setzte erst mit der Aktivierung der NATO als Druckmittel der internationalen Gemeinschaft ein. Sie sahen den Konflikt deswegen nicht primär als Auseinandersetzung zwischen Albanern und Serben im Kosovo, sondern zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien, mit dem Aufhänger der ethnischen Differenzen in der Region. Dies wird deutlich in der Formulierung der aktuellen Frage vom 23. November 1998 des Abgeordneten der KKE *Charalampos Aggourakīs* an den Außenminister bezüglich der möglichen Teilnahme Griechenlands an einer schnellen Eingreiftruppe der NATO in FYROM. Darin heißt es:

„Mit welchem Recht verwickelt die Regierung das Land in die aggressiven Pläne der NATO außerhalb ihres Gebietes, wenn die betreffenden Aktivitäten von der Regierung

---

<sup>546</sup> G. Papandreou: Konferenzbeitrag zur Konferenz: „Security and Conflict Prevention in southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen 27.3.1998, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 169-174.

<sup>547</sup> T. Pangalos: Keynote Address, Konferenz: „Recent Developments in the Kosovo Region: Strategies and Options for a peaceful Solution, Athen 22.1.1999, Veremis und Triantaphyllou 1999, S. 69-76, 75.

<sup>548</sup> Redebeitrag des Vorsitzenden der ND im griechischen Parlament K. Karamanlīs, 5. März 1999, abrufbar unter: <http://www.nd.gr/logoi.asp?epipedo=001T01003003004> [letzter Zugriff am 13.6.2002]; zur Position der ND hinsichtlich der Regionalpolitik Griechenlands: Kostas Karamanlis (2000), "Greece: The EU's Anchor of Stability in a Troubled Region." In: *The Washington Quarterly*, Vol. 23, Nr. 2, S. 7-11.

der BRJ kategorisch abgelehnt wird und sie noch nicht einmal das verlogene Etikett einer Zustimmung des UN-Sicherheitsrates besitzt?<sup>549</sup>

Die internationale Gemeinschaft und an ihrer Spitze die NATO (und im griechischen Diskurs damit implizit auch die USA) wurden als Aggressoren gegenüber der BRJ angesehen.

Die **Mittel** der Gemeinschaft wurden entsprechend beurteilt. So galten die OSZE - Beobachter lediglich als willkommener Vorwand für einen Einmarsch in das Kosovo und die Eingreiftruppe der NATO zum Schutz der Beobachter wurde als Invasionsarmee angesehen, die vorsorglich an den Grenzen zum Kosovo stationiert werde.<sup>550</sup>

Die auf der Aufrechterhaltung der Menschenrechte basierende **Legitimation** der NATO wurde als weiterer Vorwand bezeichnet, um dem völkerrechtswidrigen Angriff eine moralische Stütze zu verleihen. Die oberste Legitimationsbasis in dieser Argumentation ist die staatliche Souveränität, die auf keinen Fall verletzt werden dürfe. Wörtlich heißt es:

„Wir sind diametral gegen das Recht jedweder Organisation, militärisch in die innenpolitischen Belange eines anderen Landes einzugreifen. Dies verstößt gegen das maßgebliche Prinzip des Völkerrechts, welches der Respekt der nationalen Unabhängigkeit und nationalen Souveränität jedes Staates ist. Ob ein Regime volksfeindlich oder antidemokratisch ist oder dergleichen, soll das Volk entscheiden und es gegebenenfalls umstürzen. Die Pflicht der internationalen Gemeinschaft ist es, mit politischen Mitteln ihre Solidarität mit dem Kampf des Volkes zu signalisieren, wie es während des Kampfes des griechischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur geschehen ist.“<sup>551</sup>

Als warnendes Beispiel für die möglichen Folgen einer Politik, die das Selbstbestimmungsrecht einer Minderheit über die staatliche Souveränität stelle, wurde die türkische Minderheit in Thrakien angeführt. Diese oft als „fünfte Kolonne der Türkei“ bezeichnete Gruppe würde in naher Zukunft die gleichen Rechte wie die Kosovaren für sich einfordern und damit die Existenz des griechischen Staates aufs Spiel setzen.<sup>552</sup>

---

<sup>549</sup> Vgl. die aktuelle Frage Nr. 223/23.11.98 des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakís, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung LA, 26. November 1998, S. 1719.

<sup>550</sup> Diskussion der aktuellen Frage Nr. 223/23.11.98 des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakís, Redebeitrag des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakís, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung LA, 26. November 1998, S. 1720.

<sup>551</sup> Vgl. den Redebeitrag des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Stratís Korakas, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung KD, 19. November 1998, S. 1416.

<sup>552</sup> Ta Nea, 12.4.1999, 26.5.1999.



Die griechische Regierung, so die **Handlungsanweisung**, solle sich an den Operationen der NATO auf keinen Fall beteiligen oder diese sogar im Rahmen ihrer Möglichkeiten verhindern, indem sie ein Veto gegen sie einlegt und die Teilnahme griechischer Truppen bei jedwedem Einsatz verweigert. Die internationale Gemeinschaft solle sich insgesamt aus dem Balkan heraushalten und nicht versuchen in die Politik souveräner Staaten einzugreifen.<sup>553</sup>

Die wichtigste Rolle bei der Ablehnung des Engagements der internationalen Gemeinschaft im Kosovo spielte die Einschätzung ihrer **Akteure**. Die großen Staaten, insbesondere die USA, Deutschland und Großbritannien, wurden als machtlüsterne Imperien dargestellt, deren Bestreben es sei, den Balkan, ebenso wie schon im 19. Jahrhundert, unter sich aufzuteilen, und im Zuge der Globalisierung jedes widerstrebende Land, wie in diesem Fall Jugoslawien, unter das Regiment des Kapitalismus zu zwingen.<sup>554</sup> Dies reflektiert eine weit verbreitete Sicht innerhalb der griechischen Linken, die das weltwirtschaftliche System als einen machtgierigen Moloch begreift, der bestrebt ist, die ganze Welt, notfalls unter Einsatz aller Mittel, zu vereinnahmen.<sup>555</sup>

Der Widerstand der orthodoxen Kirche, mit dem Erzbischof *Christodoulos* als herausragender Figur, basierte vor allem auf der Wahrnehmung der Serben als orthodoxes „Brudervolk“, sowie dem Empfinden einer vom Westen diskriminierten Religion anzugehören.<sup>556</sup> Während des ersten Untersuchungszeitraumes blieb der Widerstand aus der Kirche allerdings verhalten, erst in der zweiten Phase des Konfliktes verstärkten sich die Proteste.

#### 4.2.2.4. 24. März 1999 bis Juni 1999 – Der Diskurs kocht

Die zweite Phase ist im griechischen Diskurs gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den Befürwortern des NATO – Einsatzes, wobei im griechischen Fall der Terminus Dulder angebracht erscheint, und dessen Gegnern. Der Kosovo – Konflikt wurde das wichtigste Thema im griechischen politischen Diskurs und beherrschte über den gesamten Untersuchungszeitraum die Titelseiten der wichtigsten griechischen Zeitungen.<sup>557</sup>

---

<sup>553</sup> Vgl. den Redebeitrag des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Strafis Korakas, in: Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung KD, 19. November 1998, S. 1416; Eleutherotupia, 12.1.1999.

<sup>554</sup> Vgl. Flugblatt der „Kämpferischen Bewegungen“ vom 1.4.1998 zu den Hochschulwahlen an der Aristoteles Universität Thessaloniki (AUT) (in gr.).

<sup>555</sup> Vgl. dazu den Sammelband: Takis Fotopoulos (1999) (Hrsg), *Die neue Ordnung auf dem Balkan. Der Krieg und die globalisierte Marktwirtschaft*. Athen: Stachu.

<sup>556</sup> Vgl. FAZ, 10.5.1999; Auernheimer 1999, S. 392.

<sup>557</sup> Die Wochenzeitung „To Bîma“ platzierte vom 27.3.99 bis zum 13.6.99 den Kosovo – Konflikt bei 10 Ausgaben auf dem Titelblatt (bei insgesamt 12 Ausgaben), die Tageszeitung „Ta Nea“ brachte den Konflikt zwischen dem 24.3.99 und dem 12.6.99 54 mal auf der Titelseite (bei insgesamt 65 Ausgaben). Ähnliche Zahlen finden

Insbesondere die Gegnerschaft zum NATO – Einsatz äußerte sich in teilweise drastischen Darstellungen und Vergleichen. Der öffentliche Protest in Griechenland wurde auch bei zahlreichen Demonstrationen, vor allem vor amerikanischen Botschaften und Einrichtungen, sowie bei Solidaritätskonzerten für Jugoslawien und Streiks der Transportgewerkschaften artikuliert.<sup>558</sup> Die Regierung behielt ihre Position aus dem ersten Untersuchungszeitraum weitgehend bei, angesichts der Luftangriffe der NATO geriet sie allerdings unter enormen innenpolitischen Druck.

Der Ministerpräsident *K. Simitis* legte die **Konfliktsicht** der griechischen Regierung folgendermaßen dar:

„Jugoslawien ist verpflichtet, den Bewohnern des Kosovo eine weitgefaßte Autonomie einzuräumen. Es ist verpflichtet, ihre Menschenrechte zu respektieren und eine friedliche Lösung der Konflikte anzustreben. Wir verurteilen die Politik der ethnischen Säuberungen, die Serbien verfolgt. (...) Die griechischen Regierung hat sich sowohl im Rahmen der NATO wie auch der EU um eine effektive Lösung des Flüchtlingsproblems bemüht. (...) Griechenland braucht keine Angst zu haben. Wir werden in keinem Fall in Kriegshandlungen involviert. Griechenland gehört der Stabilitätszone und dem Kräftesystem des europäischen Raumes an. In dieser Zone bleibt es auch. Wir sind unverändert gegen jeden Schritt, der zu einer Verschiebung der Grenzen auf dem Balkan führen könnte. Wir treten eindeutig für die Erhaltung der heutigen Grenzen Jugoslawiens ein. Dies wird das unveränderliche Prinzip unserer Politik bleiben.“<sup>559</sup>

Der Außenminister *Papandreou* verdeutlichte gleichzeitig, dass Griechenland aufgrund seiner Nähe zum Krisengebiet nicht an den NATO – Operationen teilnehmen werde und diese auch nicht unterstützen werde. Eine mögliche Ausweitung des Konfliktes auf die griechisch-türkischen Beziehungen, wie sie in einer Aussage des US-Präsidenten Clinton am 24. März 1999 angeklungen war, wurde von der griechischen Regierung vehement zurückgewiesen.<sup>560</sup> Allerdings würde sich die Regierung weiterhin um eine friedliche Beilegung des Konflikts bemühen.

---

sich auch bei den übrigen wichtigen Blättern. Vgl. die Internetarchive unter:

<http://tovima.dolnet.gr/demo/owa/tobhma.ekdoseis?entypo=B&cookie=> (To Bîma), [http://ta-nea.dolnet.gr/neaweb/neafile.pf?entypo=A&my\\_fyllo=16462](http://ta-nea.dolnet.gr/neaweb/neafile.pf?entypo=A&my_fyllo=16462) (Ta Nea), <http://www.kathimerini.gr> (Kathîmerinî), <http://archive.enet.gr/> (Eleutherotupia).

<sup>558</sup> ANA, 5.4.1999, 6.4.1999, Auernheimer 1999, S. 391.

<sup>559</sup> Griechische Botschaft Bonn, Presseabteilung: „Griechenlands Haltung zur Krise auf dem Balkan.“ 7.4.1999, abrufbar unter: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/19990407.htm>, [letzter Zugriff am 24.11.2001].

<sup>560</sup> <http://www.aimpress.org/dyn/trae/archive/data/199905/90508-002-trae-tir.htm>; Ta Nea, 28.3.1999; Kathîmerinî, 29.3.1999.

















































































































